

Ergebnisse der Mitgliederbefragung zum Bundestagswahlprogramm 2017

Befragungszeitraum: 16.02.2017 bis 23.02.2017

Anzahl versendeter Einladungen: 23.445

Teilnehmer: 6.385

Beteiligungsquote: 27,2 %



Alternative
für
Deutschland

1 Demokratie und Souveränität

1.1 Nationalstaat erhalten

Als „Präambel“ des Themas Demokratie, Grundwerte und Europa stehen zwei Vorschläge zur Auswahl. Welche Version favorisieren Sie:

Option 1

Das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ (GG), unsere am 23. Mai 1949 in Kraft getretene Verfassung, ist das eigentliche Wahlprogramm der AfD. Dort, insbesondere in den ersten zwanzig Artikeln mit dem „Katalog der Grundrechte“, findet sich das, was die AfD bewahren will, soweit es noch vorhanden ist, und zurück-erkämpfen muss, soweit es den Macht- und Geld-Interessen von Parteien, Berufspolitikern, Verbänden, Großfinanz und Lobbyisten geopfert wurde. Das Volk des Grundgesetzes ist das deutsche Volk.

Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten!

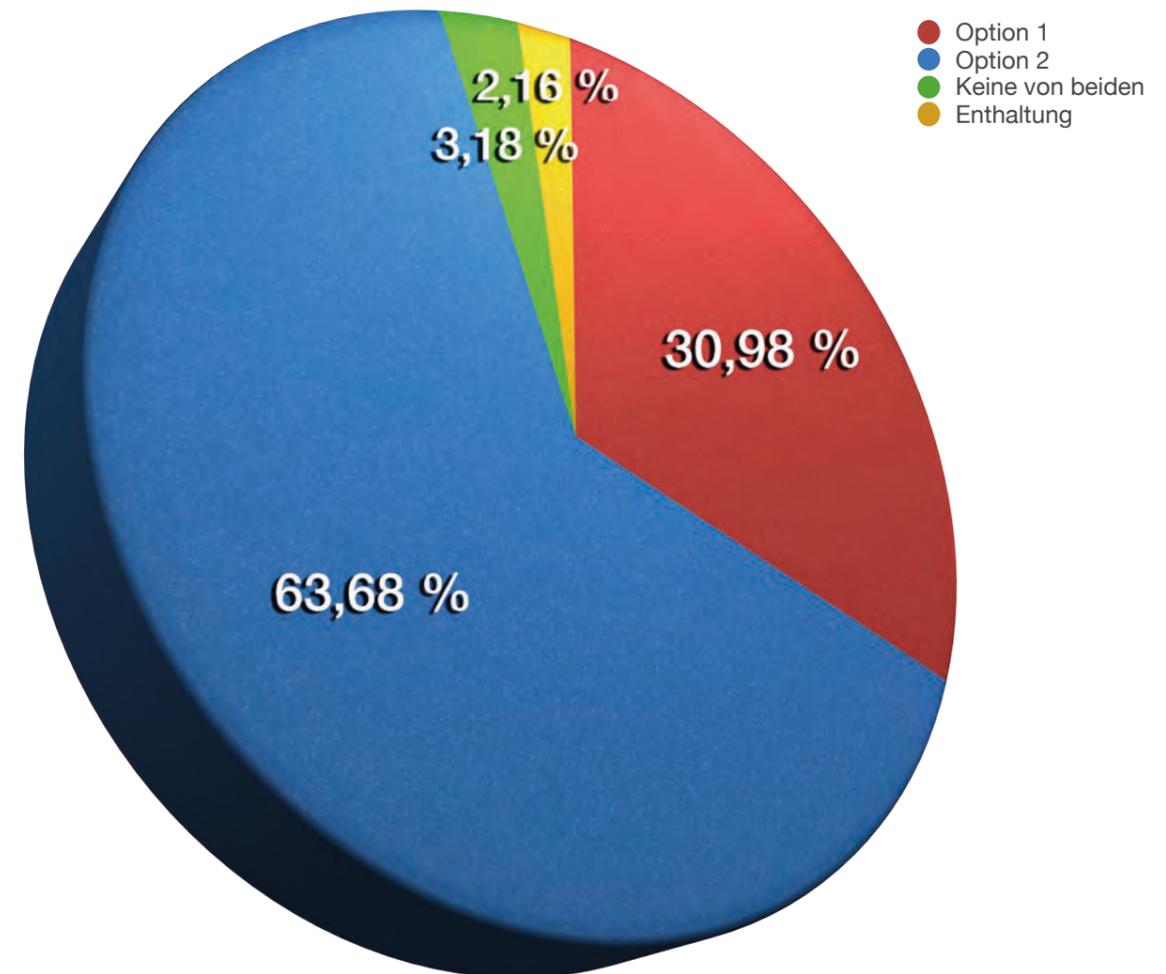
Option 2

Wir wollen Deutschland reformieren und an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen, die zu seinem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben. Die Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die Gewaltenteilung, muss wiederhergestellt und der Staat muss seine eigentlichen Kernaufgaben, insbesondere die Innere Sicherheit, wieder gewährleisten. Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde rechtswidrig in die unantastbare Volkssouveränität eingegriffen. Ein Staat, der das Grenzregime und damit die Hoheit über sein Staatsgebiet aufgibt, löst sich auf. Er verliert seine Eigenstaatlichkeit.

Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten!

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	1.978	6.385
Option 2	4.066	6.385
Keine von beiden	203	6.385
Enthaltung	138	6.385



1 Demokratie und Souveränität

1.2 Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten

Das bestehende "Lissabon-Europa" ist zurückzuführen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren. Nicht rückholbare Souveränitätsverzicht der Staaten dürfen mit einer solchen Konstruktion nicht verbunden werden. Ähnlich wie heute im Europäischen Vertrag (EUV) in Art. 50 vorgesehen, behält sich jeder Staat ein Austrittsrecht vor.

Sofern eine solche Konzeption mit den derzeitigen Partnern der EU nicht einvernehmlich auszuhandeln ist, ist Deutschland gezwungen, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und aus der bestehenden EU auszutreten.

Option 1

Ich stimme dem oben ausgeführten Text zu. Die Europäische Union muss zurückgeführt werden in einen Staatenbund souveräner Staaten. Jeder Staat der EU muss das Recht haben auszutreten. Sofern die EU nicht in unserem Sinne reformiert werden kann, muss Deutschland aus der EU austreten.

Option 2

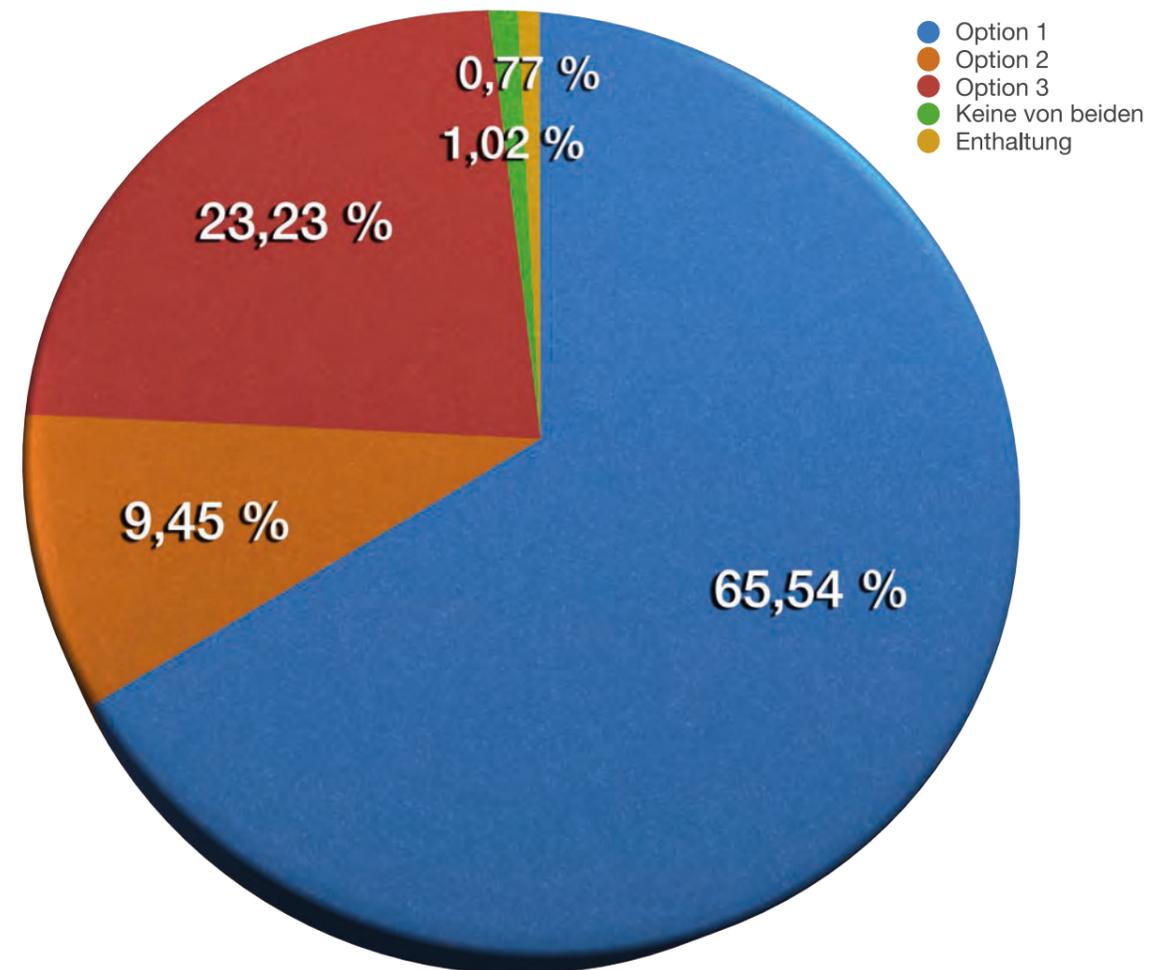
Der oben ausgeführte Text geht mir zu weit. Deutschland sollte versuchen, die EU mit demokratischen Mitteln zu reformieren. Ein Austritt aus der EU kommt für mich nicht in Frage.

Option 3

Die oben genannten Forderungen gehen mir nicht weit genug. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten hat kein Interesse an einer Rückführung der EU zurück zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft. Der Brüsseler System-Apparat wird - mit all seiner sich angeeigneten Macht - dieses Ansinnen blockieren. Ein Verhandeln über eine Reform der EU macht wenig Sinn. Deutschland soll baldmöglichst aus der EU austreten.

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	4.184	6.384
Option 2	603	6.384
Option 3	1.483	6.384
Keine von beiden	65	6.384
Enthaltung	49	6.384



1 Demokratie und Souveränität

1.3 Volksabstimmung über Euro und EU

Die deutschen Bürger sind der Zahlmeister Europas.
 Entgegen aller früheren Beteuerungen haften wir für die jährlich wachsenden Schulden anderer EU-Länder.
 Dies ist ein schicksalhafter politischer Wortbruch, der die heute lebenden Bürger und mehrere nachfolgenden Generationen in große Existenznot bringen wird.

Das deutsche Volk soll deshalb nach dem britischen Vorbild über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone und gegebenenfalls der EU abstimmen!

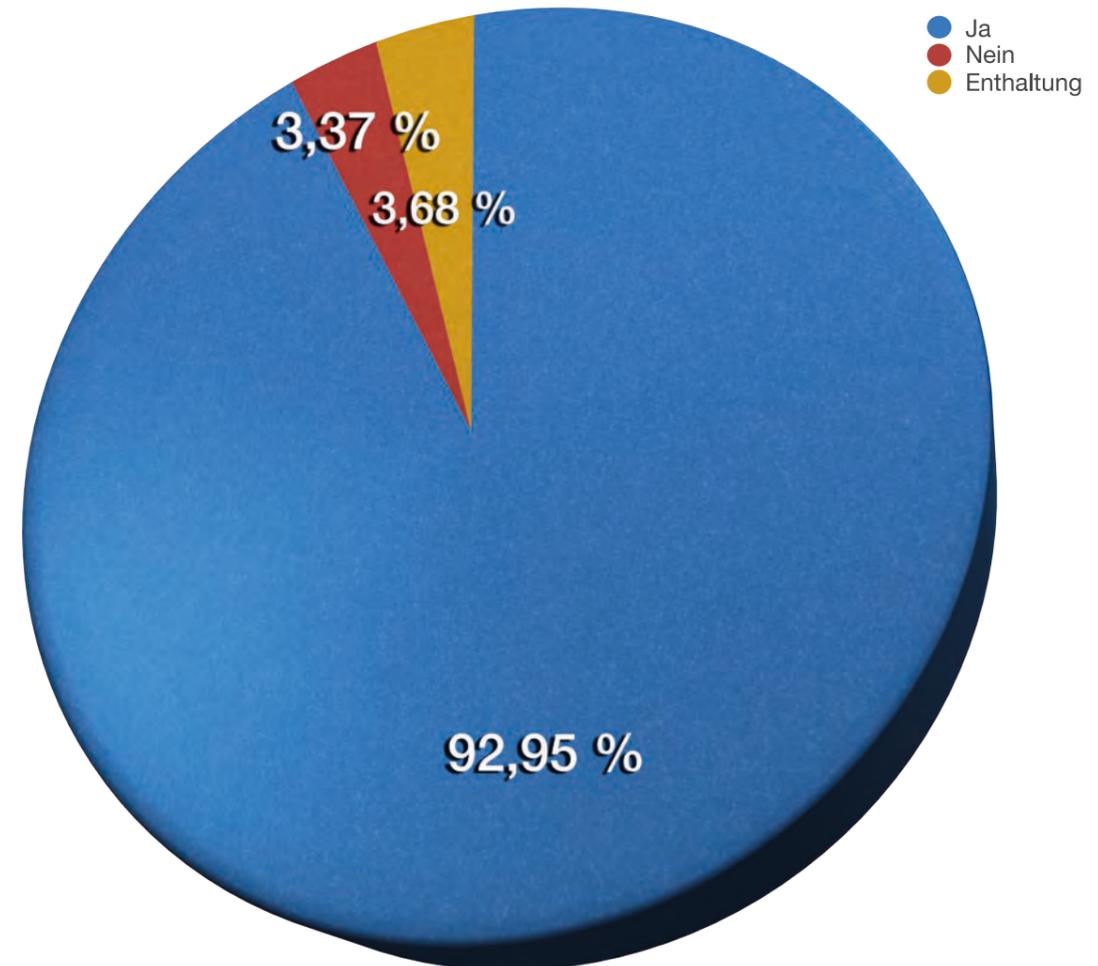
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.934	6.384
Nein	215	6.384
Enthaltung	235	6.384



2 Währung, Geld- und Finanzpolitik

2.1 Ausstieg Deutschlands aus dem Euro

Die Geschaftgrundlage des Euros auf Basis des Stabilitäts-Vertrags von Maastricht wird seit Jahren täglich gebrochen. Die mit dem Ausstieg aus dem Euro verbundenen einmaligen Kosten sind beherrschbarer als die, um im Euro-Verbund zu verbleiben.

Deutschland muss die Transferunion aufkündigen und den EURO-Raum verlassen.

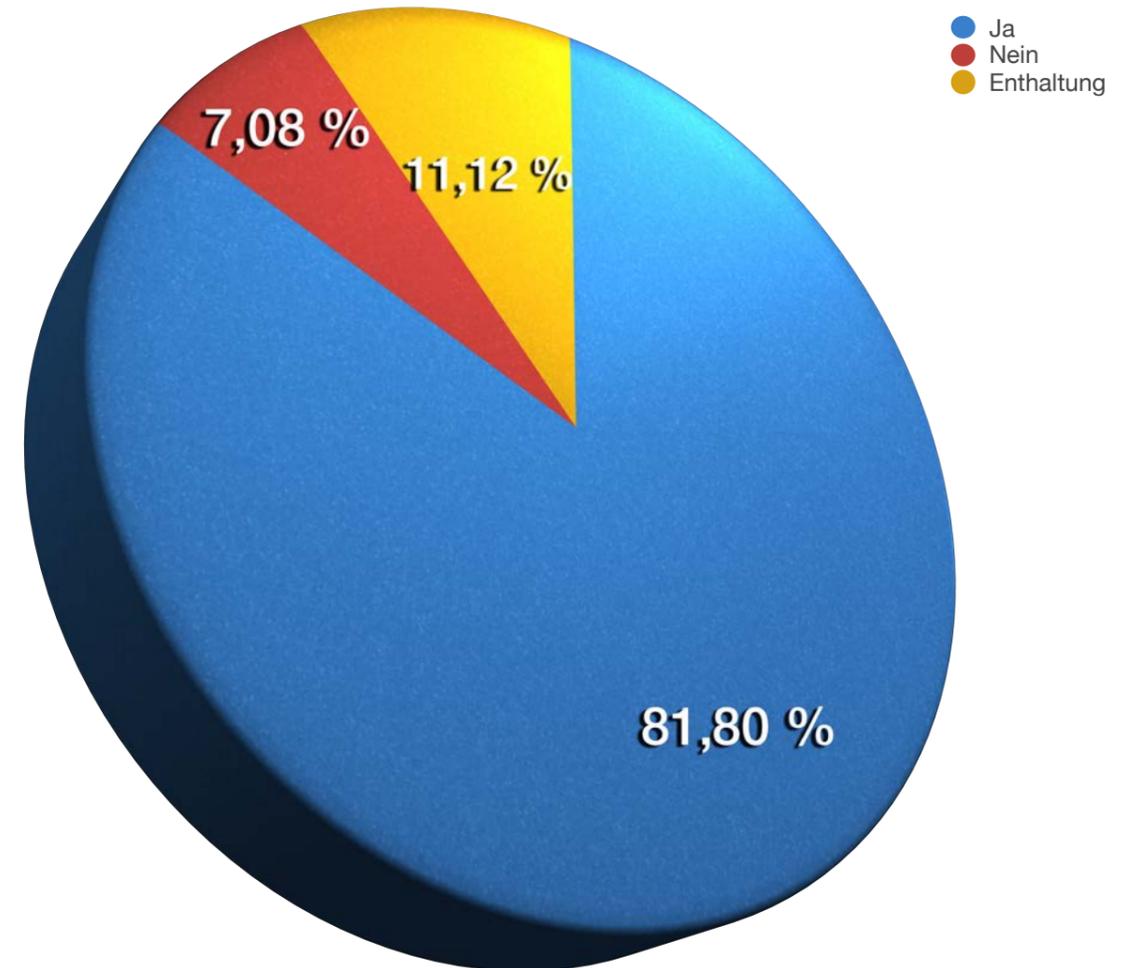
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.222	6.384
Nein	452	6.384
Enthaltung	710	6.384



2 Währung, Geld- und Finanzpolitik

2.2 Keine Haftung für ausländische Banken / Keine europäische Bankenunion

Die „Bankenunion“ wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte Haftungs- und Transferunion.

Wir wenden uns gegen jegliche Versuche der europäischen Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken, insbesondere aus Bankgeschäften.

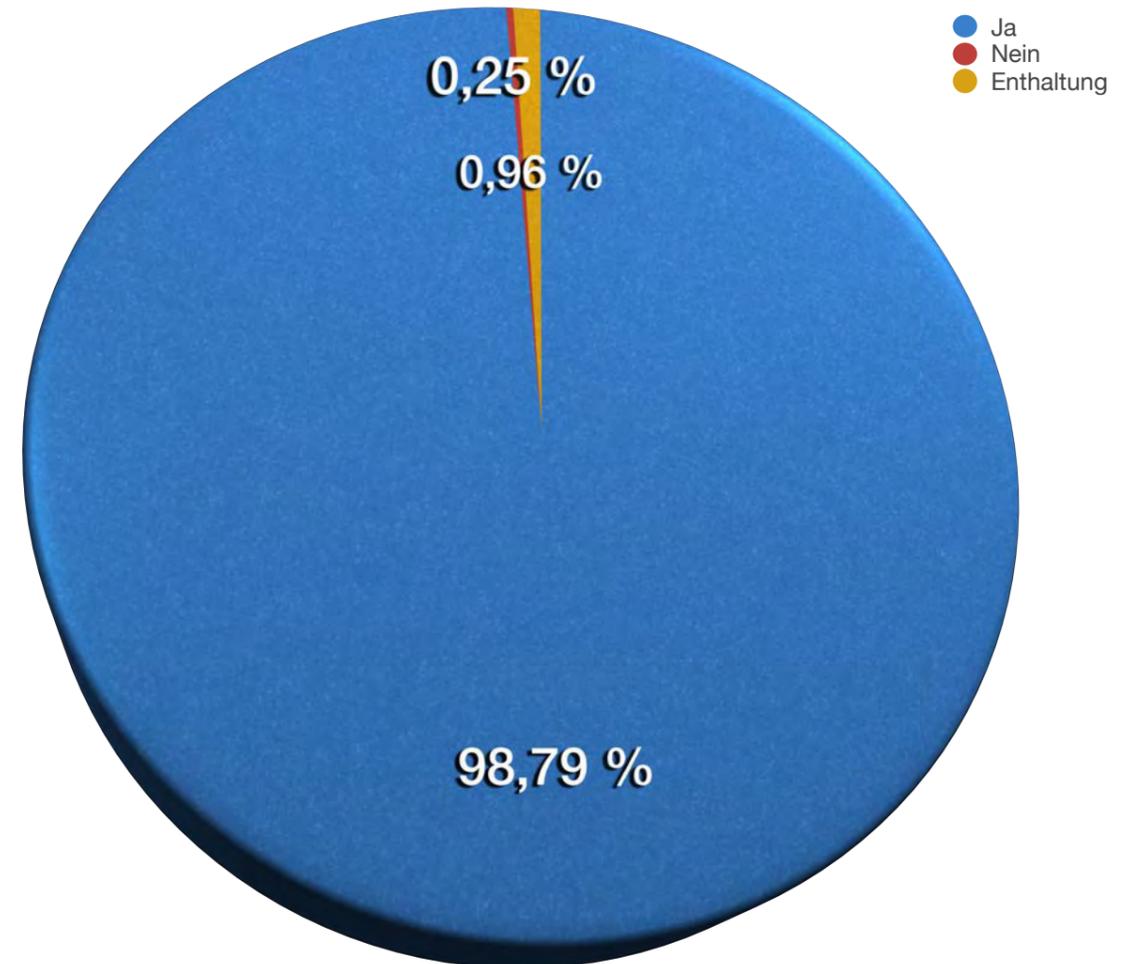
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.307	6.384
Nein	16	6.384
Enthaltung	61	6.384



2 Währung, Geld- und Finanzpolitik

2.3 Bargeld erhalten

Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird seine schleichende Abschaffung vorbereitet.

Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht.

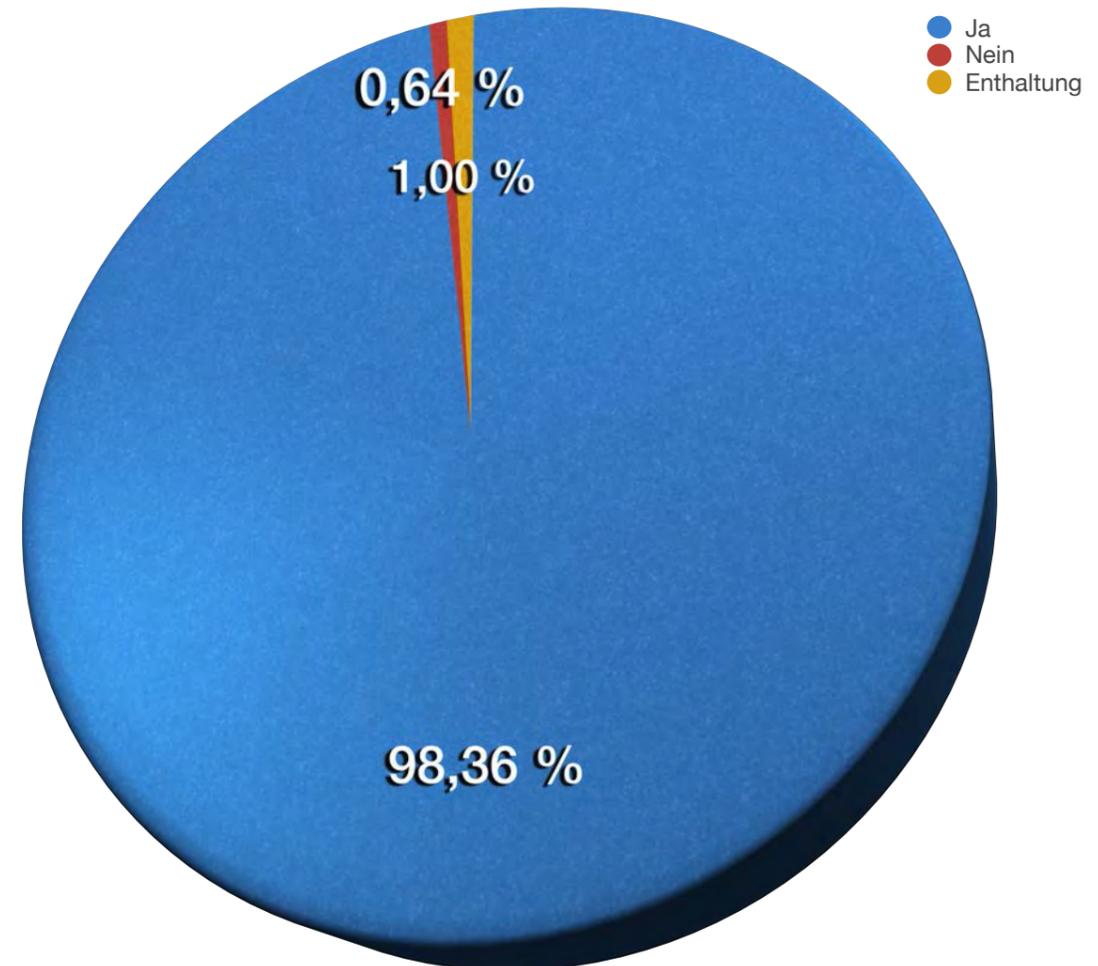
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.279	6.384
Nein	41	6.384
Enthaltung	64	6.384



3 Außen- und Sicherheitspolitik

3.1 Beitritt der Türkei zur EU

Die Türkei gehört auf Grund ihrer Kultur und Religion nicht zu Europa. Die aktuellen politischen Entwicklungen geben Anlass zur Sorge auch im Hinblick auf die NATO-Mitgliedschaft und zeigen, dass sich die Türkei immer weiter von Europa und der westlichen Wertegemeinschaft entfernt.

Die AfD lehnt den Beitritt der Türkei zur EU ab und fordert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen.

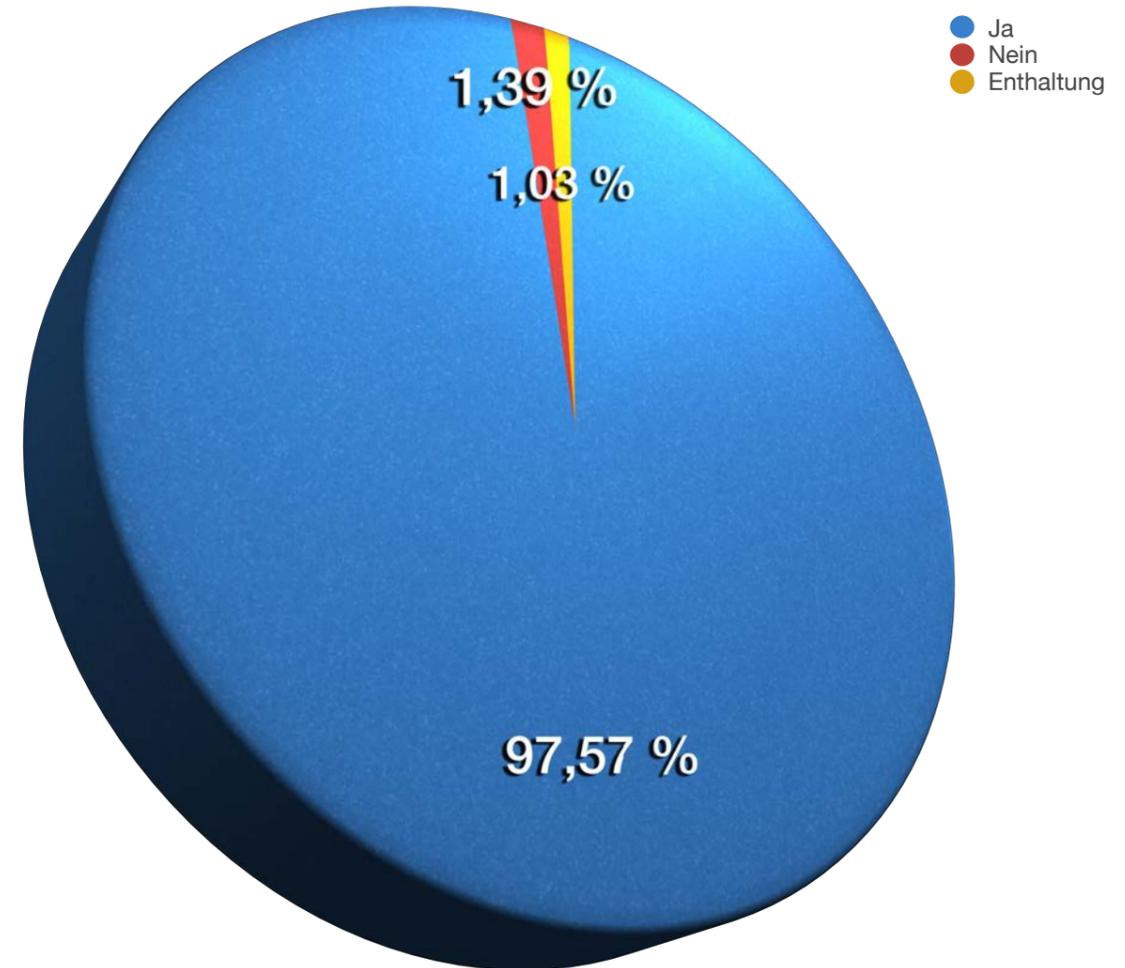
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.229	6.384
Nein	89	6.384
Enthaltung	66	6.384



3 Außen- und Sicherheitspolitik

3.2 Grenzschutz

Die AfD betrachtet das Schengen-Abkommen als gescheitert, da eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen nicht gegeben ist.

Deshalb muss ein deutscher Grenzschutz aufgebaut werden, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag, wobei der freie Personen- und Güterverkehr zu gewährleisten ist.

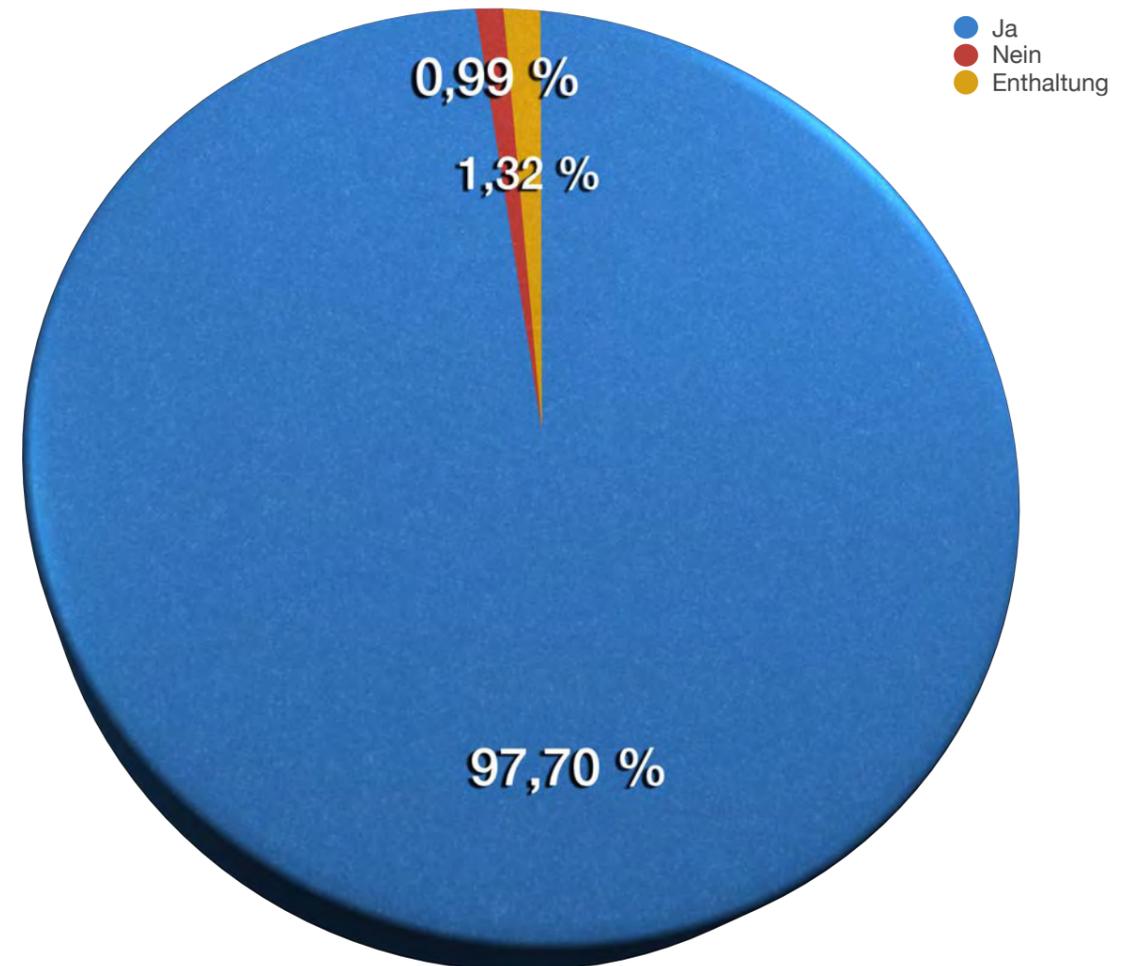
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.237	6.384
Nein	63	6.384
Enthaltung	84	6.384



3 Außen- und Sicherheitspolitik

3.3 Verhältnis zu Russland

Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen.

Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte vielmehr vertieft werden.

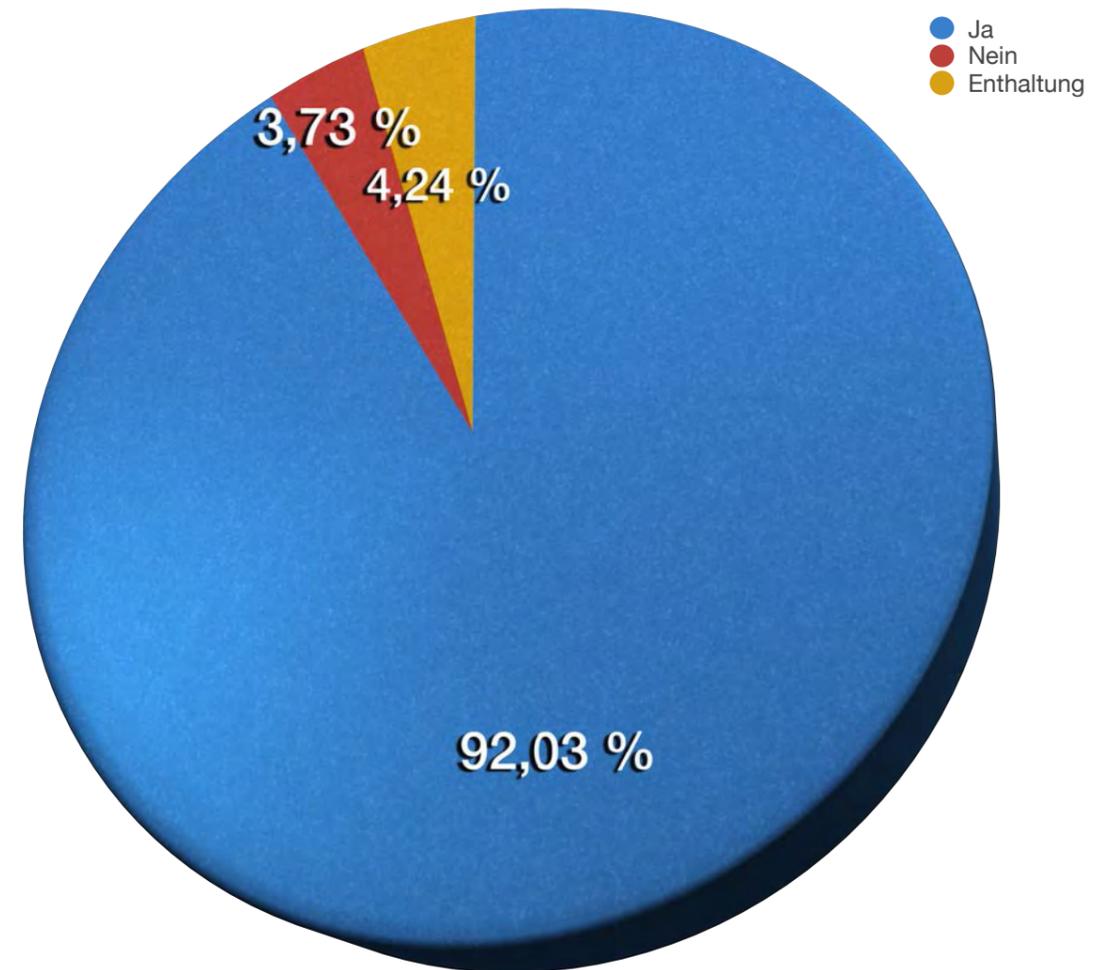
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.875	6.384
Nein	238	6.384
Enthaltung	271	6.384



3 Außen- und Sicherheitspolitik

3.4 Entwicklungspolitik

Nach 50 Jahren Entwicklungspolitik ist das Ergebnis ernüchternd. Beispielsweise ist Afrika heute trotz (oder wegen) aller Hilfen nur mit rund zwei Prozent am Welthandel beteiligt. Durch das rapide Bevölkerungswachstum (Afrika 2015 1,2 Mrd. Einwohner; 2050 2,4 Mrd. Einwohner) werden die Ergebnisse der Entwicklungspolitik wieder zunichte gemacht.

Statt Finanztransfers fordern wir die Öffnung unserer Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern und wollen deutsche Unternehmer unterstützen, in diese Länder zu investieren und dortige Unternehmer bei der Professionalisierung ihrer Tätigkeit fördern.

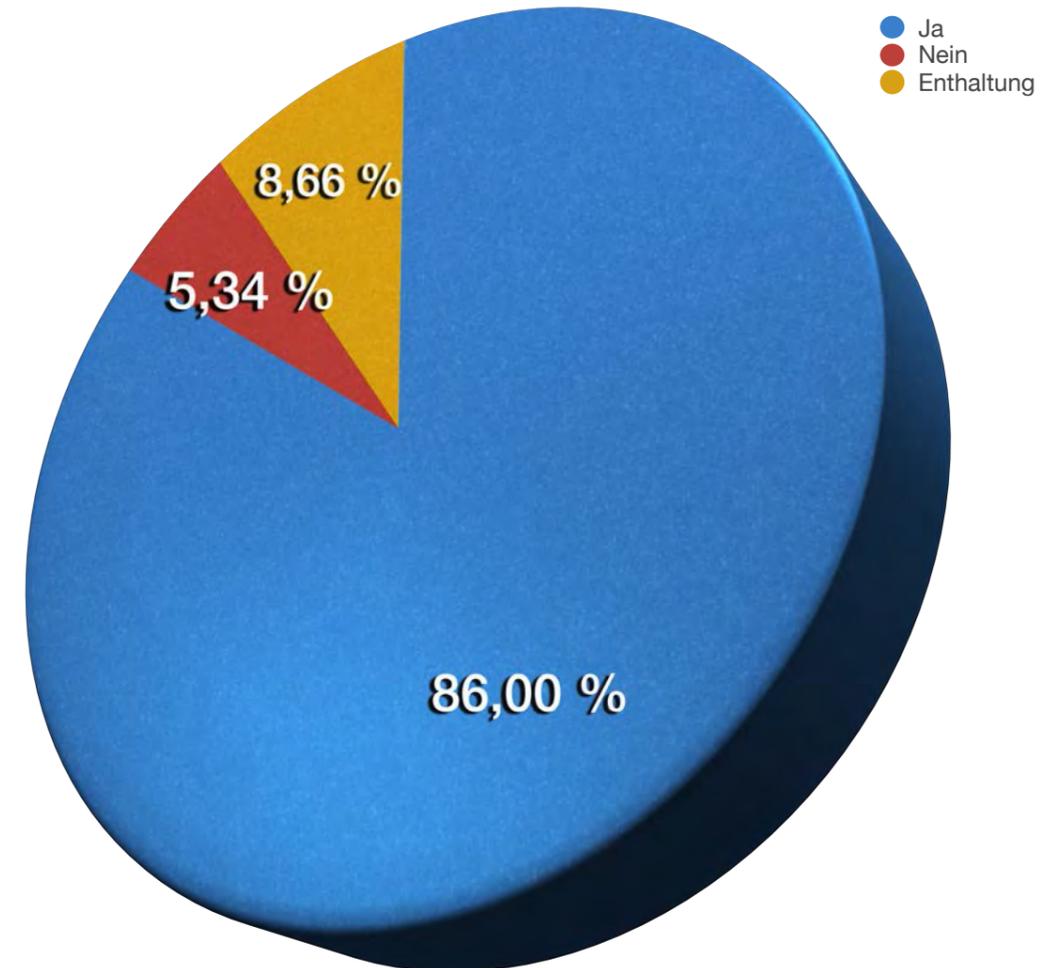
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.490	6.384
Nein	341	6.384
Enthaltung	553	6.384



4 Innere Sicherheit

4.1 Abmahnvereine abschaffen

Die Durchsetzung des Rechts ist Sache des Staates. Dieser hat das Gewaltmonopol und muss dafür Sorge tragen, dass das Recht korrekt angewandt wird.

Der Abmahnindustrie, die das Urheberrecht missbraucht, um von unbescholtenen Bürgern im Internet jährlich Millionenbeträge abzukassieren, will die AfD einen gesetzlichen Riegel vorschieben.

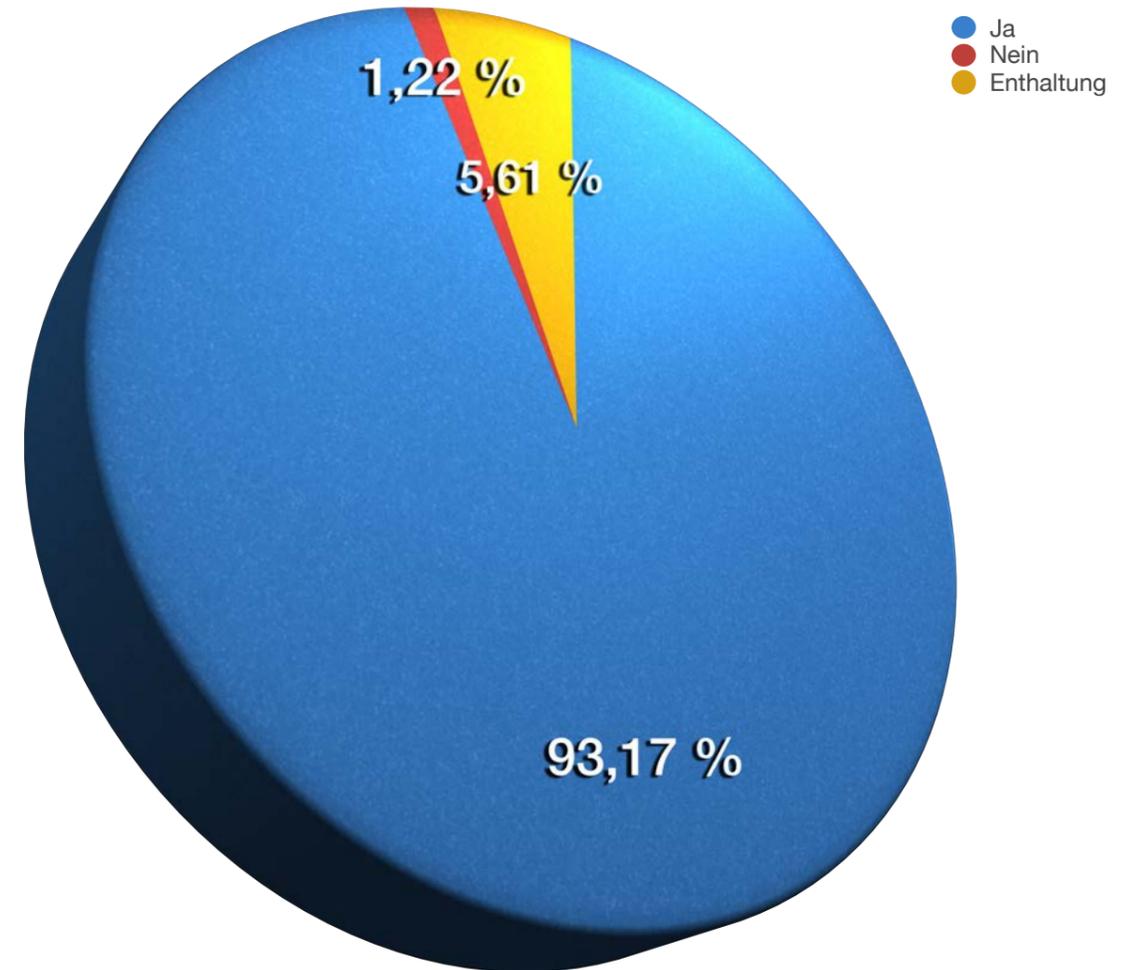
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.948	6.384
Nein	78	6.384
Enthaltung	358	6.384



4 Innere Sicherheit

4.2 Neustrukturierung der Polizei

Die Polizei bietet in Bund und Ländern ein trauriges Bild: Personalmangel, strukturelle Unzulänglichkeiten, unzureichende Ausrüstung und Bewaffnung treffen auf schlechte Bezahlung und z.T. empörend miserable soziale Absicherung. Durch höchst unterschiedliche Arbeitsbedingungen machen sich Bund und Länder zudem untereinander Konkurrenz und jagen sich gegenseitig die besten Beamten ab. Damit muss endlich Schluss sein.

Die AfD fordert daher:

1. Neustrukturierung der Bundespolizeien unter einheitlicher Führung
2. Überführung der Bereitschaftspolizeien der Länder in die Bundespolizei
3. Wiederbelebung des Einsatzes von Wehrpflichtigen im Grenzdienst

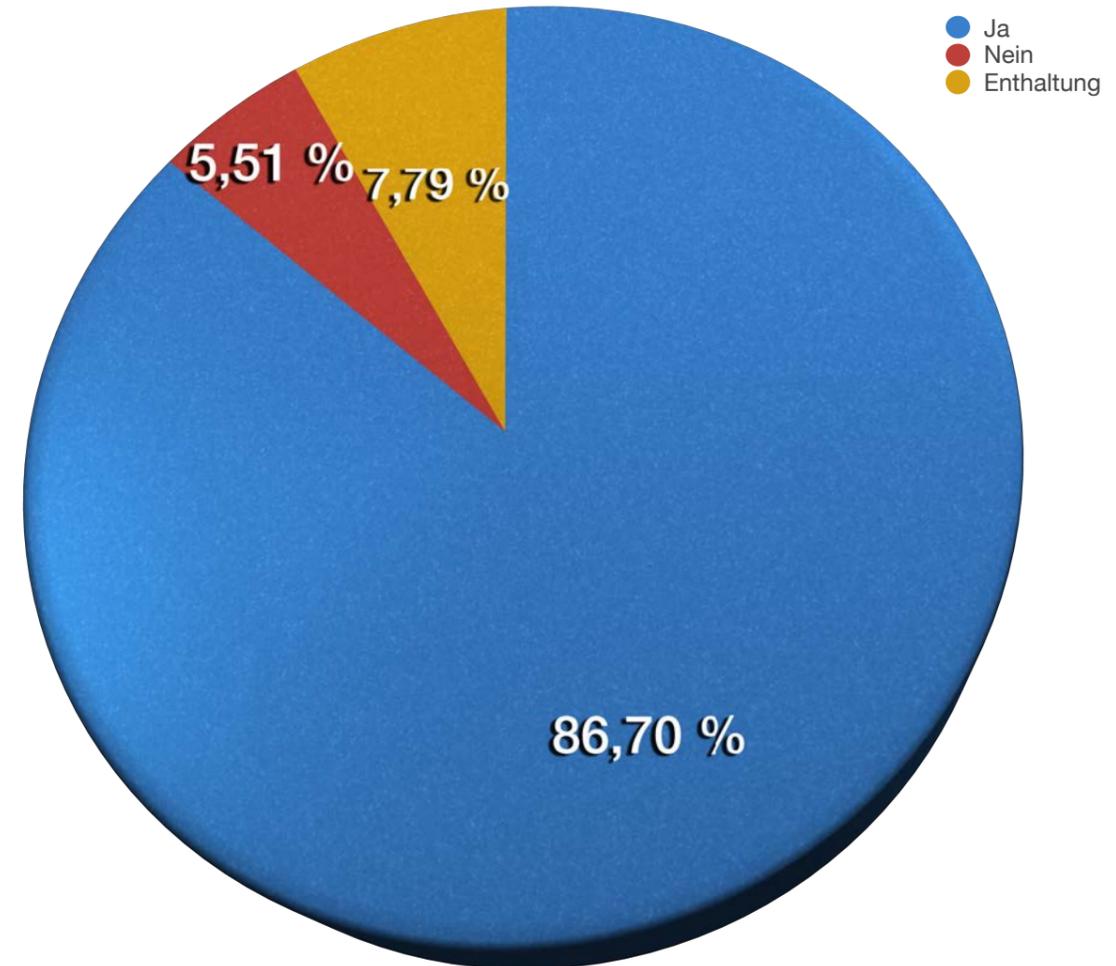
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.535	6.384
Nein	352	6.384
Enthaltung	497	6.384



4 Innere Sicherheit

4.3 Inkassokosten deckeln

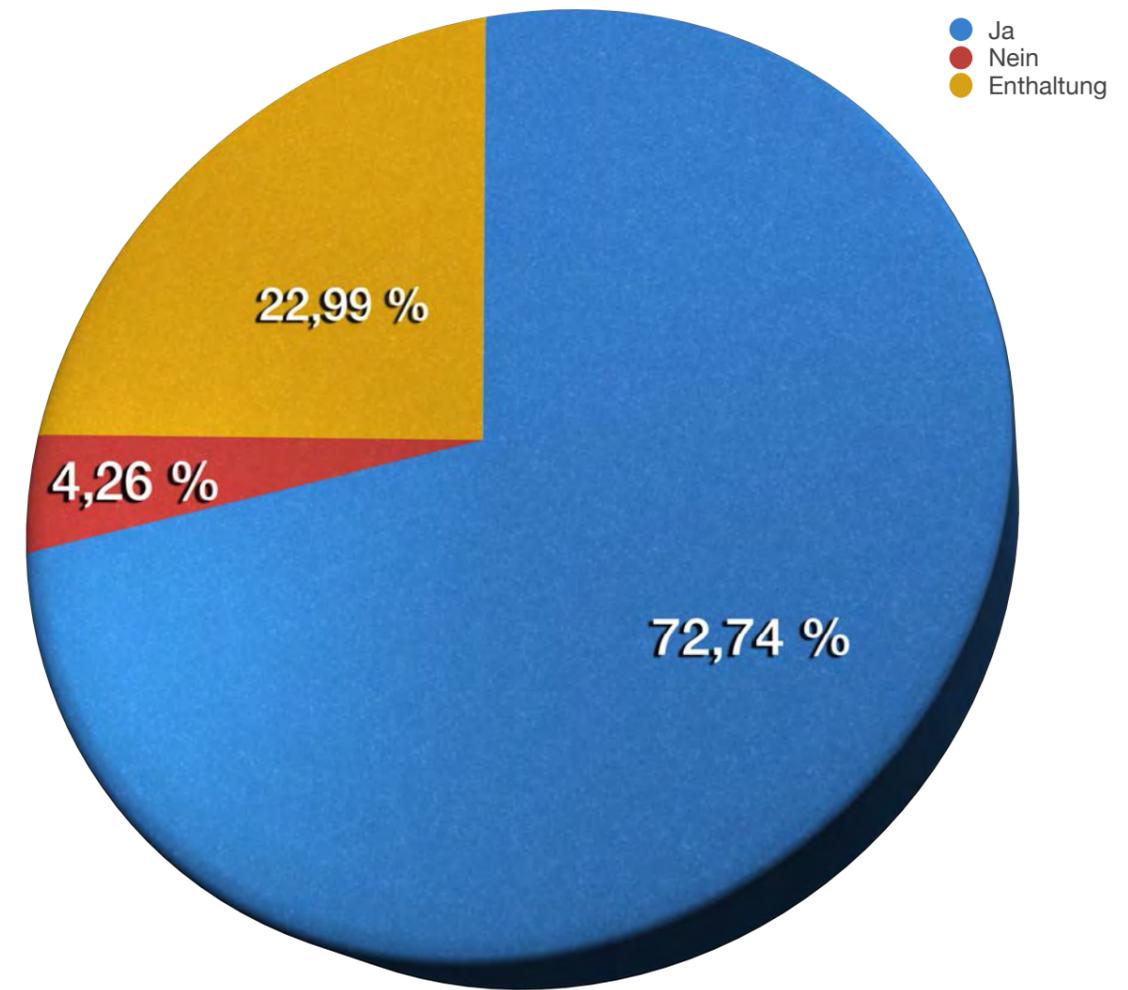
Die AfD setzt sich dafür ein, dass Schuldner vor Mehrfachbelastung durch verschiedene Kosten geschützt werden.

Schuldner sollen maximal mit Kosten belastet werden, die dem entsprechen, was nach dem Vergütungsgesetz für Rechtsanwälte als Gebühr festsetzungsfähig ist.

- Ja
- Nein
- Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.644	6.384
Nein	272	6.384
Enthaltung	1.468	6.384



5 Zuwanderung und Asyl

5.1 Minuszuwanderung

Soll die Forderung nach einer Minuszuwanderung um eine Zahlenangabe ergänzt werden?

Option 1

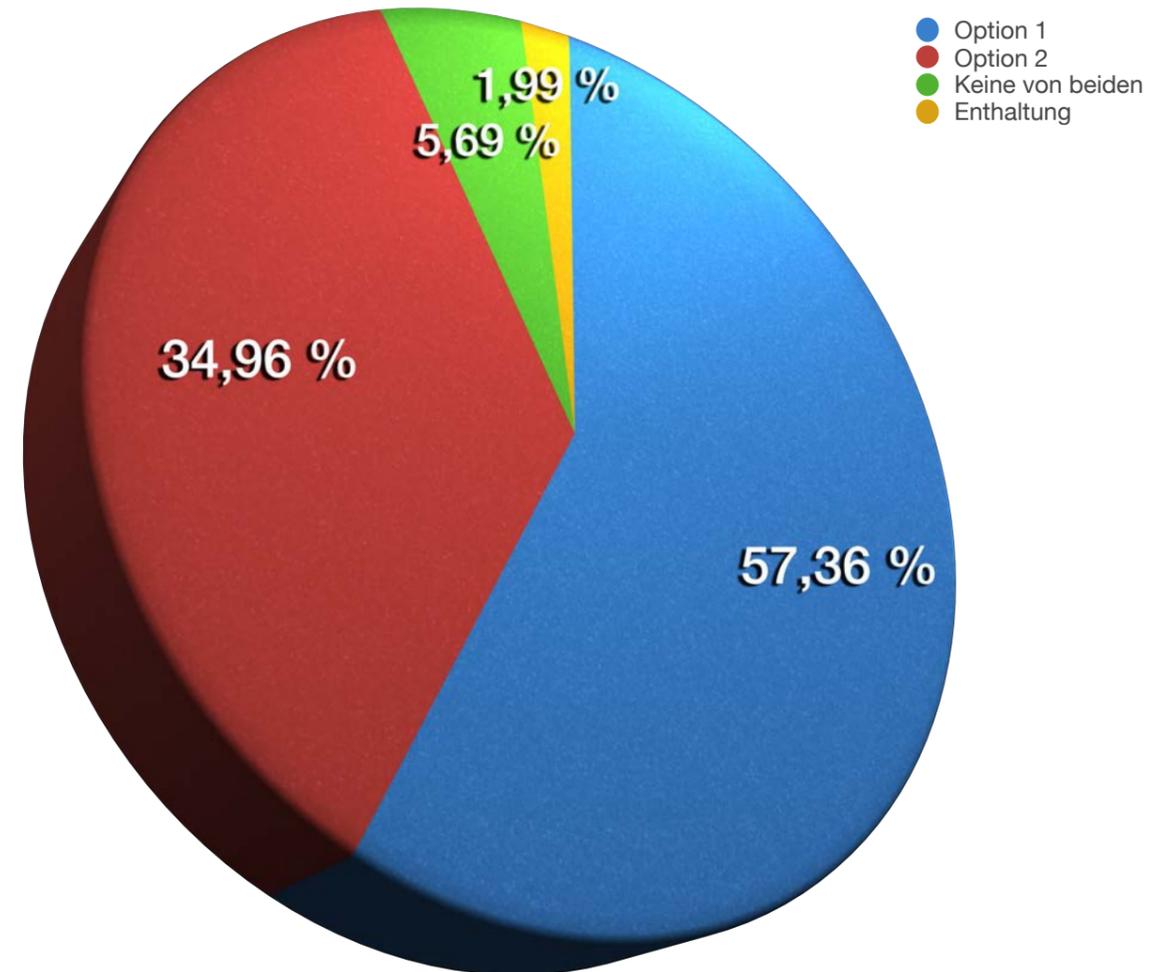
Die Grenzen müssen geschlossen werden, um die unregelmäßige Masseneinwanderung in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich völlig unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden! Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszuwanderung.

Option 2

Die Grenzen müssen geschlossen werden, um die unregelmäßige Masseneinwanderung in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich völlig unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden! Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszuwanderung von mindestens 200.000 Personen pro Jahr.

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	3.662	6.384
Option 2	2.232	6.384
Keine von beiden	363	6.384
Enthaltung	127	6.384



5 Zuwanderung und Asyl

5.2 Untersuchungsausschuss

Die Anerkennungsquote für Asylbewerber ist seit 2014 von unter 30% auf aktuell fast 70% angestiegen, obwohl die wenigsten aus Kriegsgebieten kommen und alle über sichere Drittstaaten einreisen. In diesen Fällen besteht sowohl nach Art. 16a Grundgesetz wie auch geltendem internationalem Recht kein Schutzanspruch. Die entgegenstehende tägliche Anerkennungspraxis in Deutschland (z.B. Pauschalanerkennungen) verstößt gegen Recht und Gesetz - was von der Bundesregierung völlig ignoriert, ja gefördert wird. Diese Übertretung internationaler Rechtsnormen muss unverzüglich beendet werden.

Um die Verantwortlichen für die ab September 2015 geduldete Massenzuwanderung zur Rechenschaft zu ziehen, werden wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Bundestag verlangen.

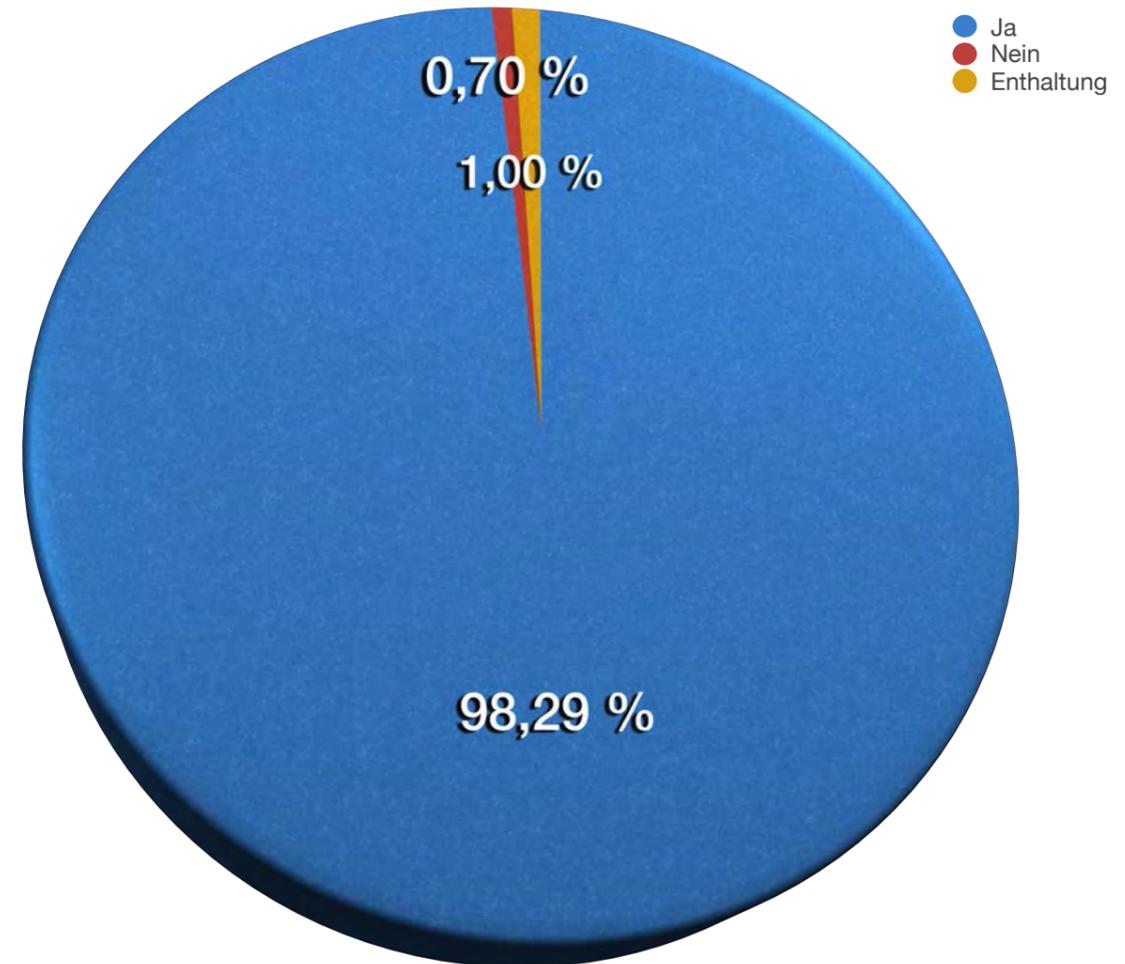
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.275	6.384
Nein	45	6.384
Enthaltung	64	6.384



5 Zuwanderung und Asyl

5.3 Grundgesetzänderung (Art.16a)

Stimmen Sie der Aufnahme folgender Forderung in das Wahlprogramm zu:

Der massenhafte Missbrauch des Asylrechts muss durch eine Grundgesetzänderung beendet werden.

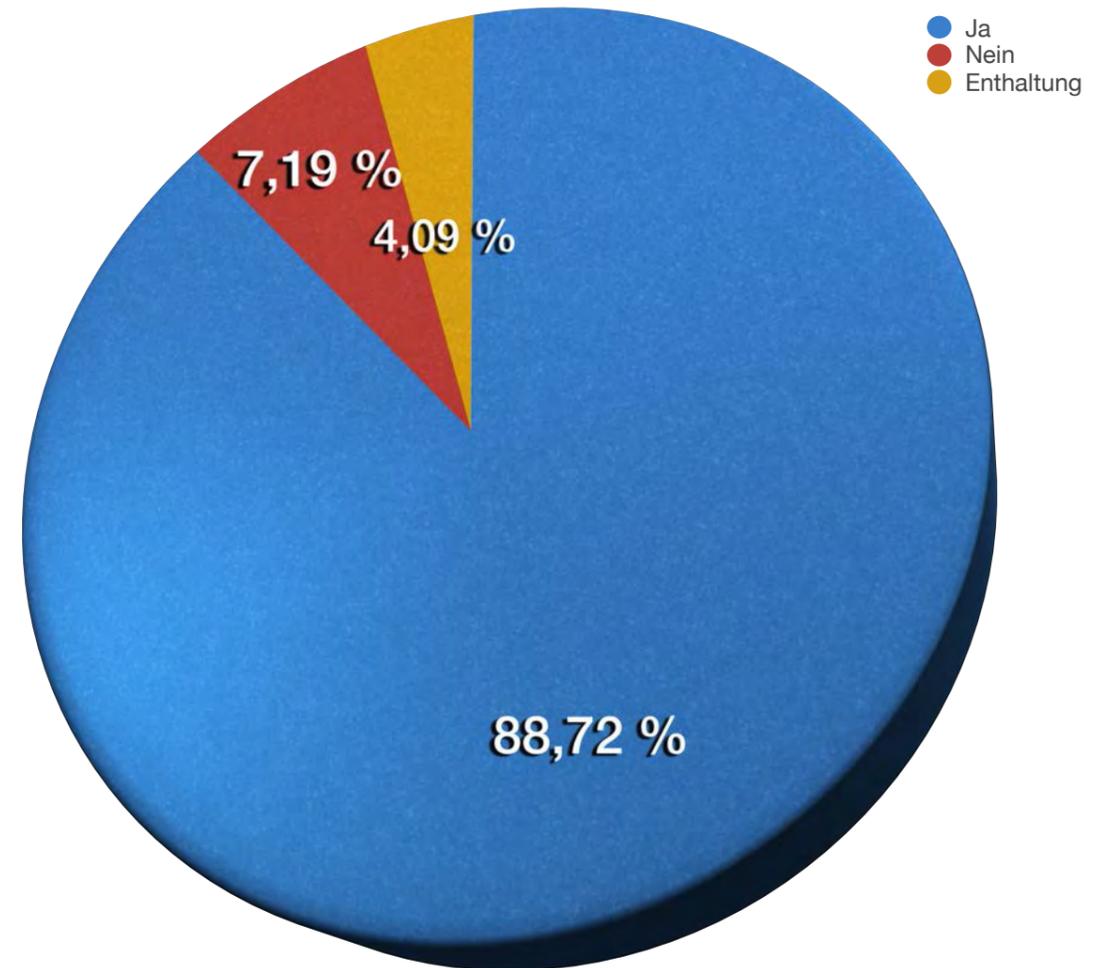
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.664	6.384
Nein	459	6.384
Enthaltung	261	6.384



6 Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

6.1 Religionskritik muss erlaubt sein

Staatliches Recht steht im säkularen Staat über religiösen Geboten und Traditionen. Islamkritik, auch religiöse Satire, (und Karikaturen), sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig. Sie sind Ausfluss des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und der Kunstfreiheit.

Einer Diffamierung rationaler Religionskritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“ tritt die AfD entgegen. Wir fordern jedermann dazu auf, solche Polemik durch intellektuellen Diskurs zu ersetzen.

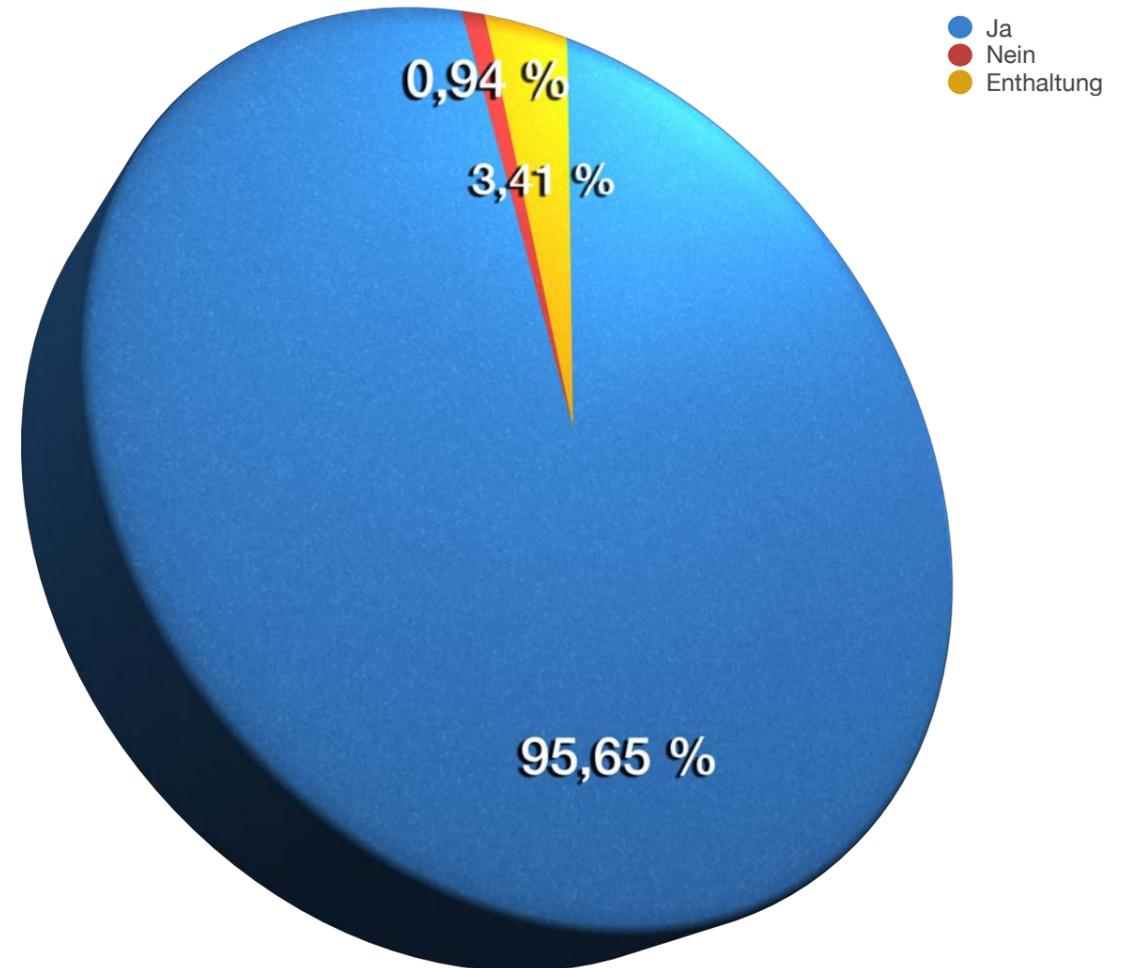
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.106	6.384
Nein	60	6.384
Enthaltung	218	6.384



6 Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

6.2 Verbot der Vollverschleierung

Burka und Niqab errichten durch die Gesichtsverhüllung eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit das Zusammenleben in der Gesellschaft. Ein Verbot ist daher nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2014 rechtmäßig.

Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.

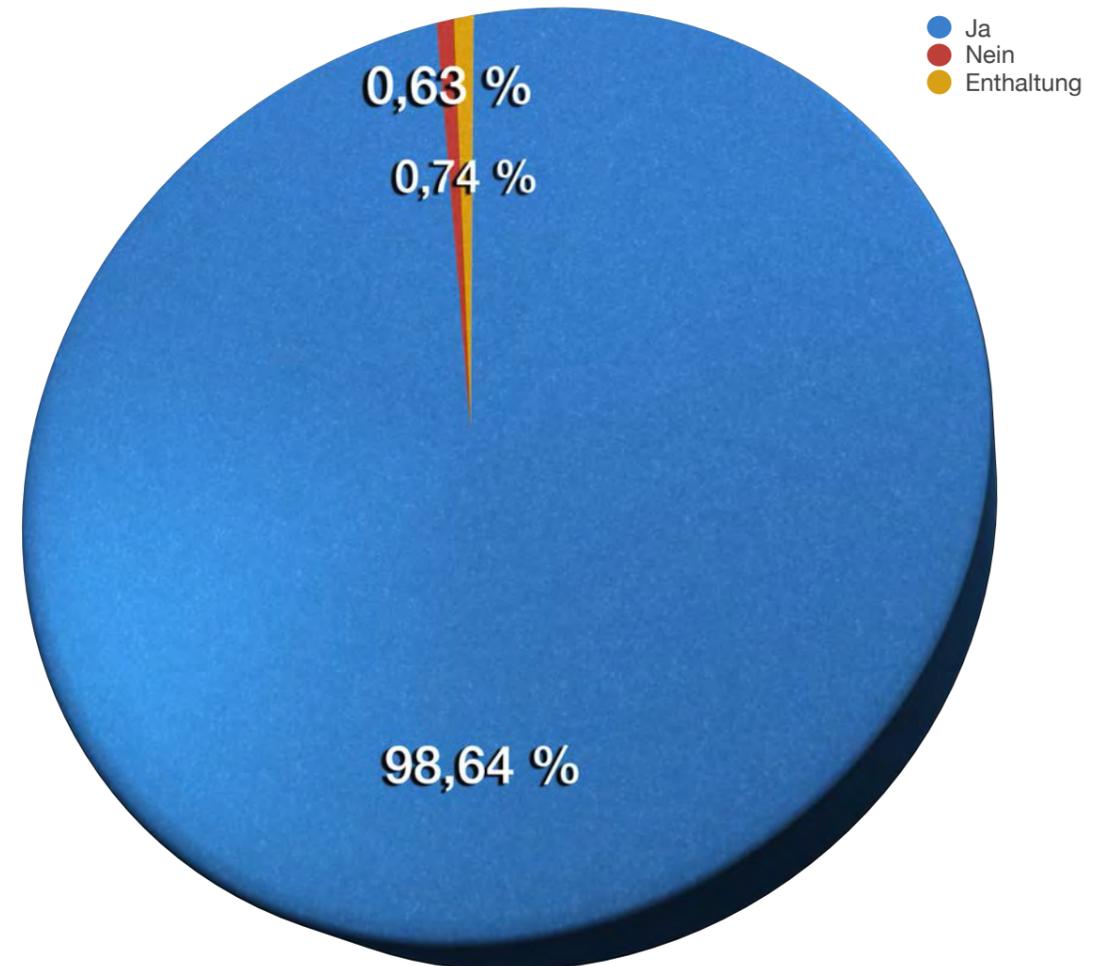
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.297	6.384
Nein	40	6.384
Enthaltung	47	6.384



7 Familien und Bevölkerungsentwicklung

7.1 Schutz des ungeborenen Lebens

Auch ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Viel zu oft wird dieses Recht der Selbstverwirklichung oder sozialen Zukunftsängsten untergeordnet. Solchen Ängsten will die AfD durch konkrete Hilfen für Familien in allen Lebenslagen vorbeugen. Die Schwangerschaftskonfliktberatung muss dem Schutz des Lebens dienen. Sie soll den Vater des ungeborenen Kindes einbeziehen.

Alle Bestrebungen, die Tötung Ungeborener zu einem „Menschenrecht“ zu erklären, lehnen wir konsequent ab.

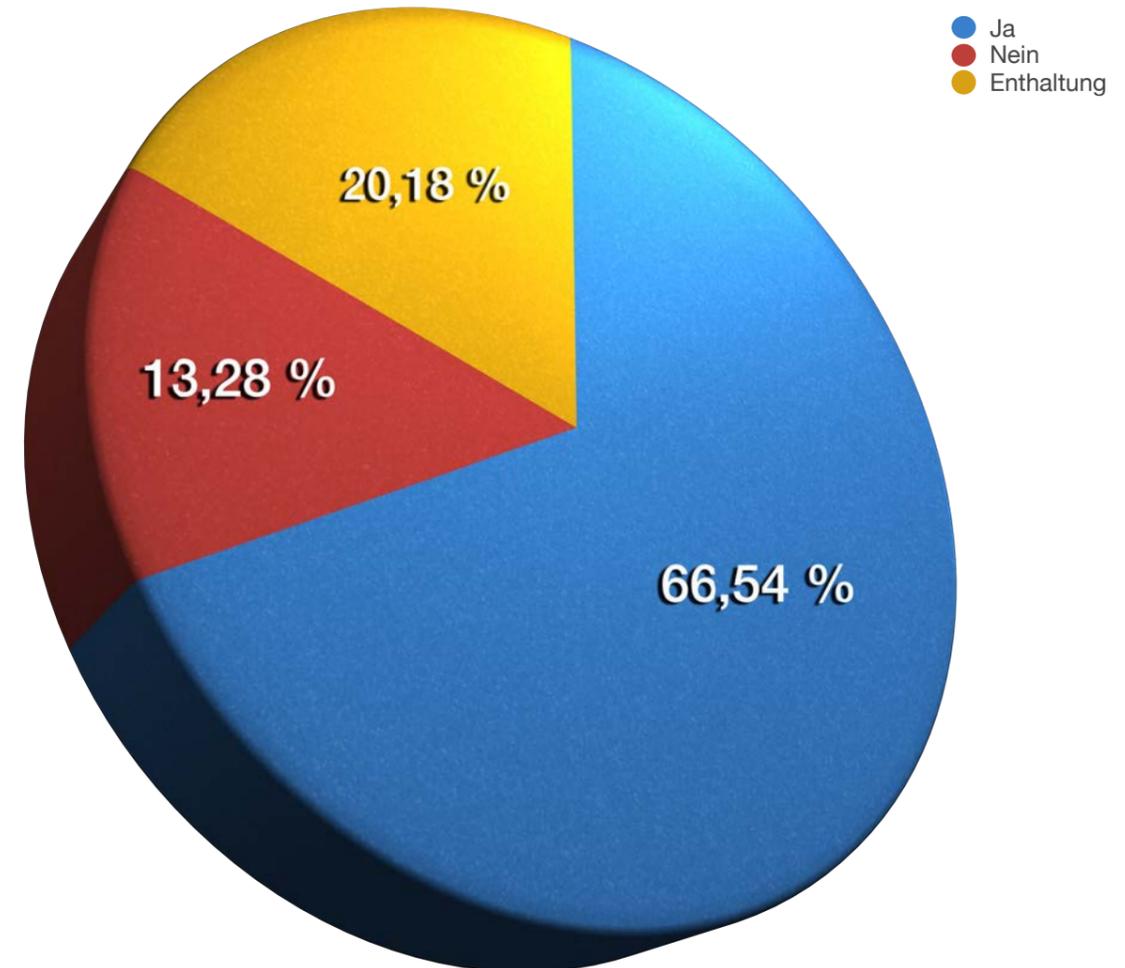
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.248	6.384
Nein	848	6.384
Enthaltung	1.288	6.384



7 Familien und Bevölkerungsentwicklung

7.2 Familienrecht

Die Reform des Familienrechts (1977) führte dazu, dass selbst Straftaten und schwerwiegendes Fehlverhalten gegen den Ehepartner bei der Bemessung finanzieller Ansprüche nach Trennung und Scheidung in vielen Fällen ohne Auswirkung bleiben. Eine derartige Rechtsprechung ist nicht geeignet, die Partner zu ehelicher Solidarität anzuhalten und untergräbt dadurch die Stabilität bestehender Ehen.

Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität muss bei den Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden.

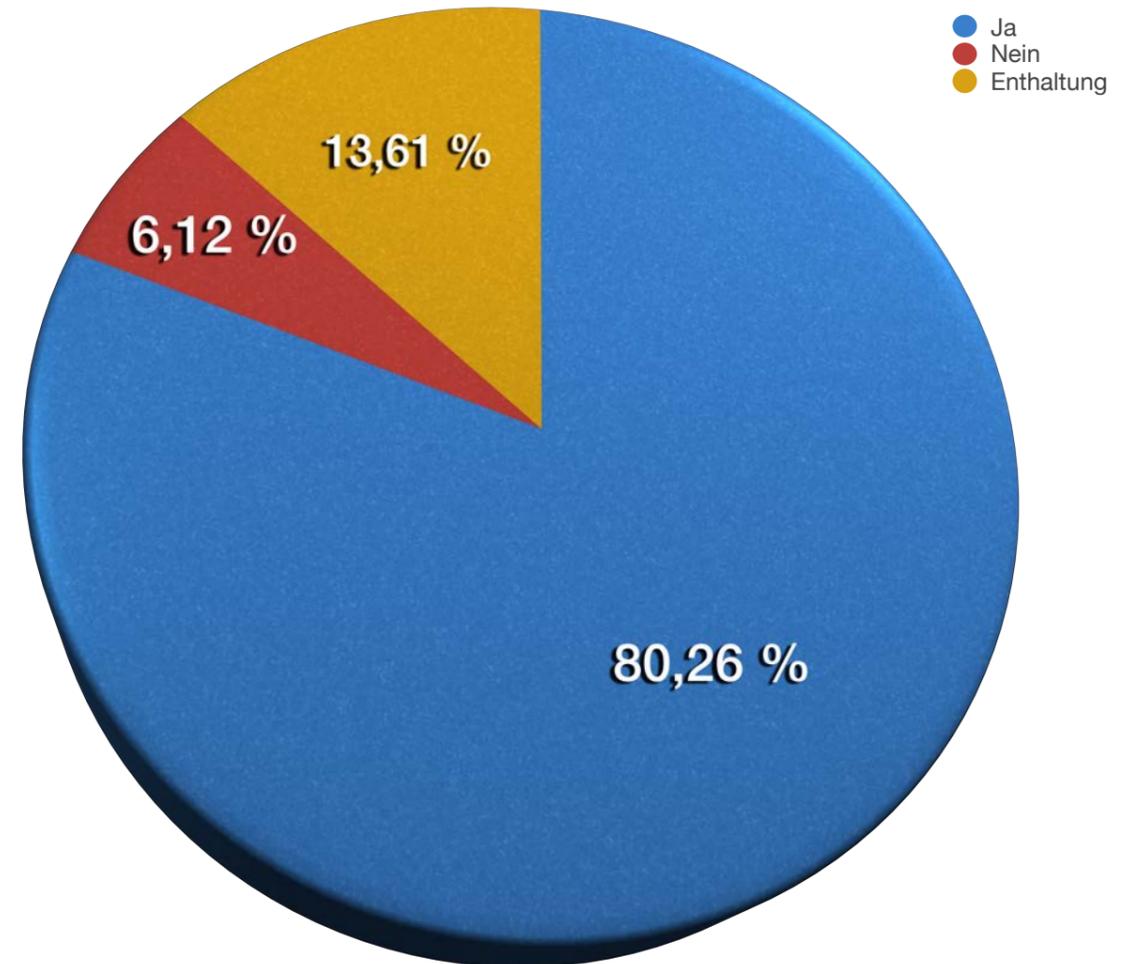
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.124	6.384
Nein	391	6.384
Enthaltung	869	6.384



7 Familien und Bevölkerungsentwicklung

7.3 Trennung und Scheidung im Interesse der Kinder gestalten

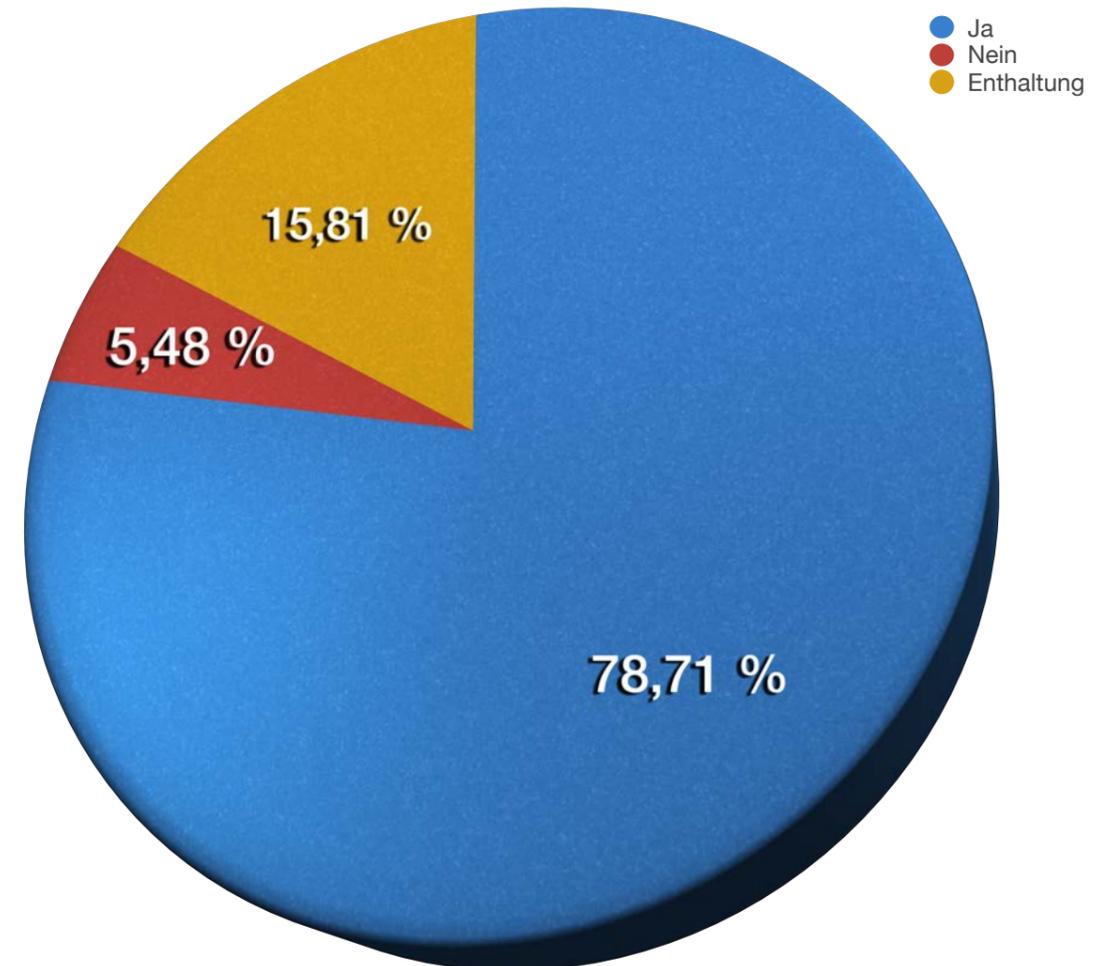
Der regelmäßige Kontakt zu ihren leiblichen Eltern nach einer Trennung oder Scheidung ist für die gesunde Entwicklung der betroffenen Kinder von elementarer Bedeutung.

Das „Wechselmodell“ (paritätische Doppelresidenz) sollte deshalb nach dem Vorbild von Ländern wie Australien, Frankreich, Schweden u.a. auch in Deutschland zum gesetzlichen Regelfall werden, sofern sich nicht beide Eltern einvernehmlich auf eine andere Regelung verständigen.

- Ja
- Nein
- Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.024	6.384
Nein	350	6.384
Enthaltung	1.009	6.384



7 Familien und Bevölkerungsentwicklung

7.4 Väter stärken

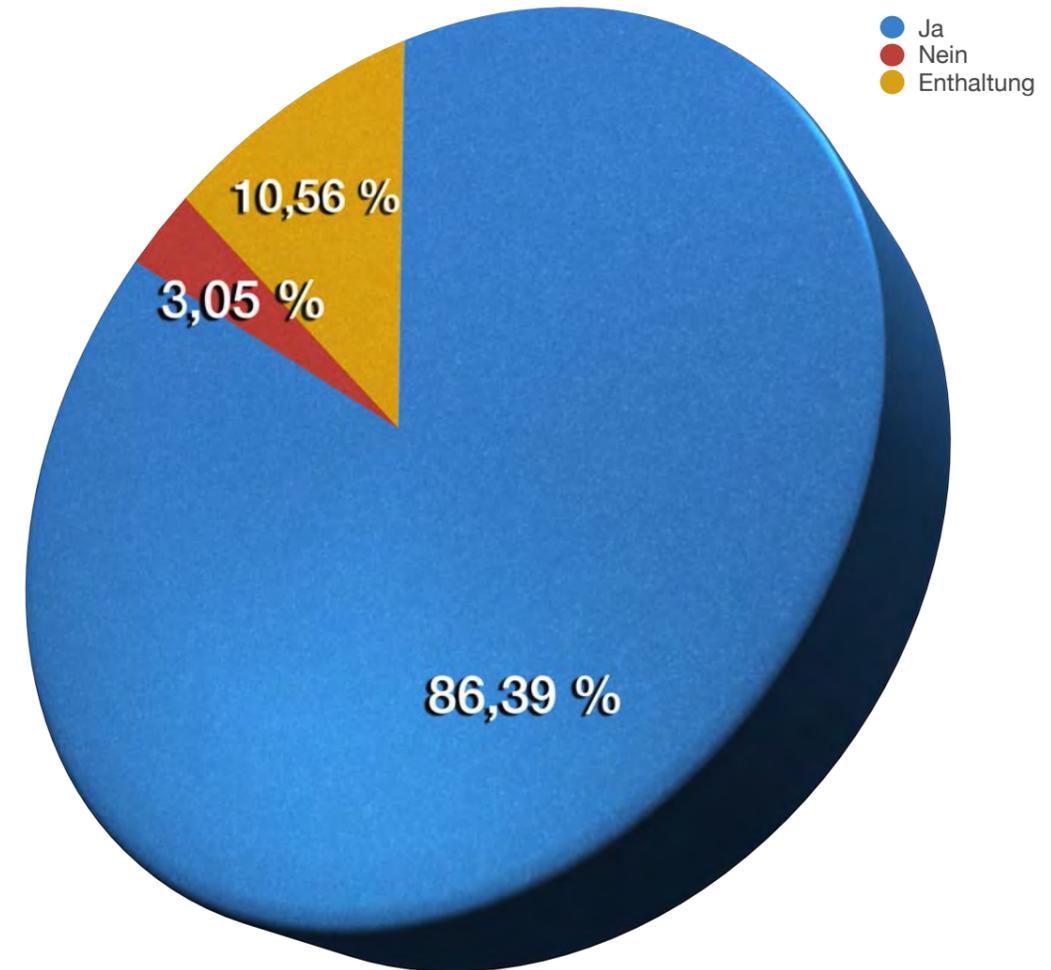
Einer gezielten Politik für Männer, respektive für Väter, hat sich bislang keine Partei angenommen. Bei vielen getrennt lebenden Paaren leiden viele Väter unter den familienrechtlichen Bestimmungen, wünschen sich beispielsweise mehr Umgang mit ihren Kindern haben zu können.

Wir wollen uns deshalb für die Rechte von Vätern stark machen.

- Ja
- Nein
- Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.515	6.384
Nein	195	6.384
Enthaltung	674	6.384



7 Familien und Bevölkerungsentwicklung

7.5 Jungen schützen

Jungen leiden unter der numerischen, der kulturellen und der politischen Feminisierung von Bildungsinstitutionen. Die pädagogische Arbeit mit Jungen wird oftmals missbraucht, um einen Wandel männlicher Identität zu forcieren.

Option 1

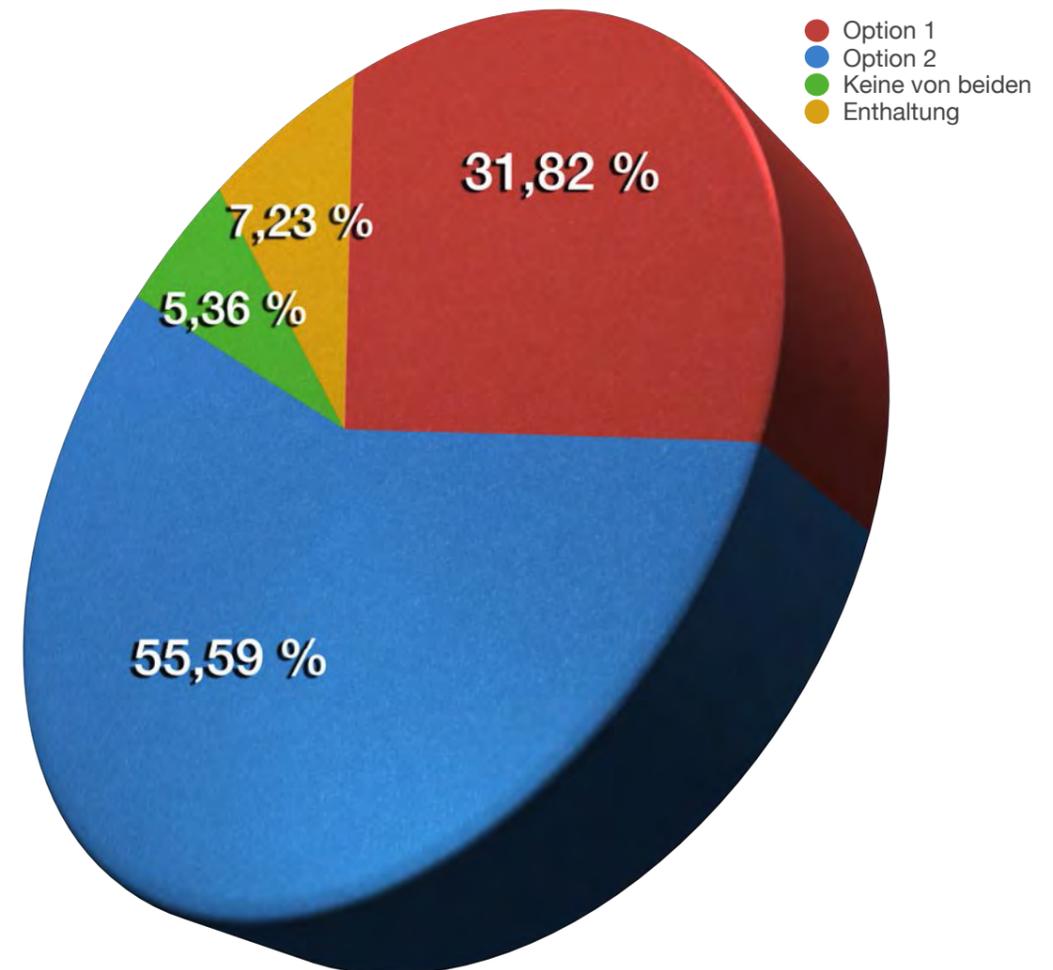
Jungen müssen sich in ihrer geschlechtlichen Identität – ohne gesellschaftspolitische Bevormundung – natürlich entwickeln dürfen. Die von ihnen entfaltete Männlichkeit muss wieder als etwas Positives begriffen werden.

Option 2

Jungen müssen sich in ihrer geschlechtlichen Identität – ohne gesellschaftspolitische Bevormundung – natürlich entwickeln dürfen. Die von ihnen entfaltete Männlichkeit muss wieder als etwas Positives begriffen werden. Pädagogen müssen eine höhere Sensibilität für geschlechtsspezifisches Lernverhalten entwickeln. Es muss darauf hingewirkt werden, den Anteil des männlichen Personals in den Schulen zu vergrößern.

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	2.029	6.377
Option 2	3.545	6.377
Keine von beiden	342	6.377
Enthaltung	461	6.377



8 Bildung und Schule

8.1 Schulen vor Fremdeinflüssen schützen

Die sogenannte „neue Lernkultur“, die den klassengeführten Unterricht durch selbstgesteuertes, kompetenzorientiertes Lernen ersetzt, hat zu massivem Leistungsabbau bei den Schülern geführt. In fast allen Bundesländern haben sich nach der Aufregung um „PISA“ Bildungspolitiker und Schulaufsicht zu Handlangern der Testindustrie machen lassen.

Die AfD lehnt den Einfluss von internationalen Konzernen, Stiftungen und anderen Lobbygruppierungen auf unser Bildungssystem und damit auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ab. Eine Ökonomisierung und Globalisierung des deutschen Bildungswesens wird es mit uns nicht geben.

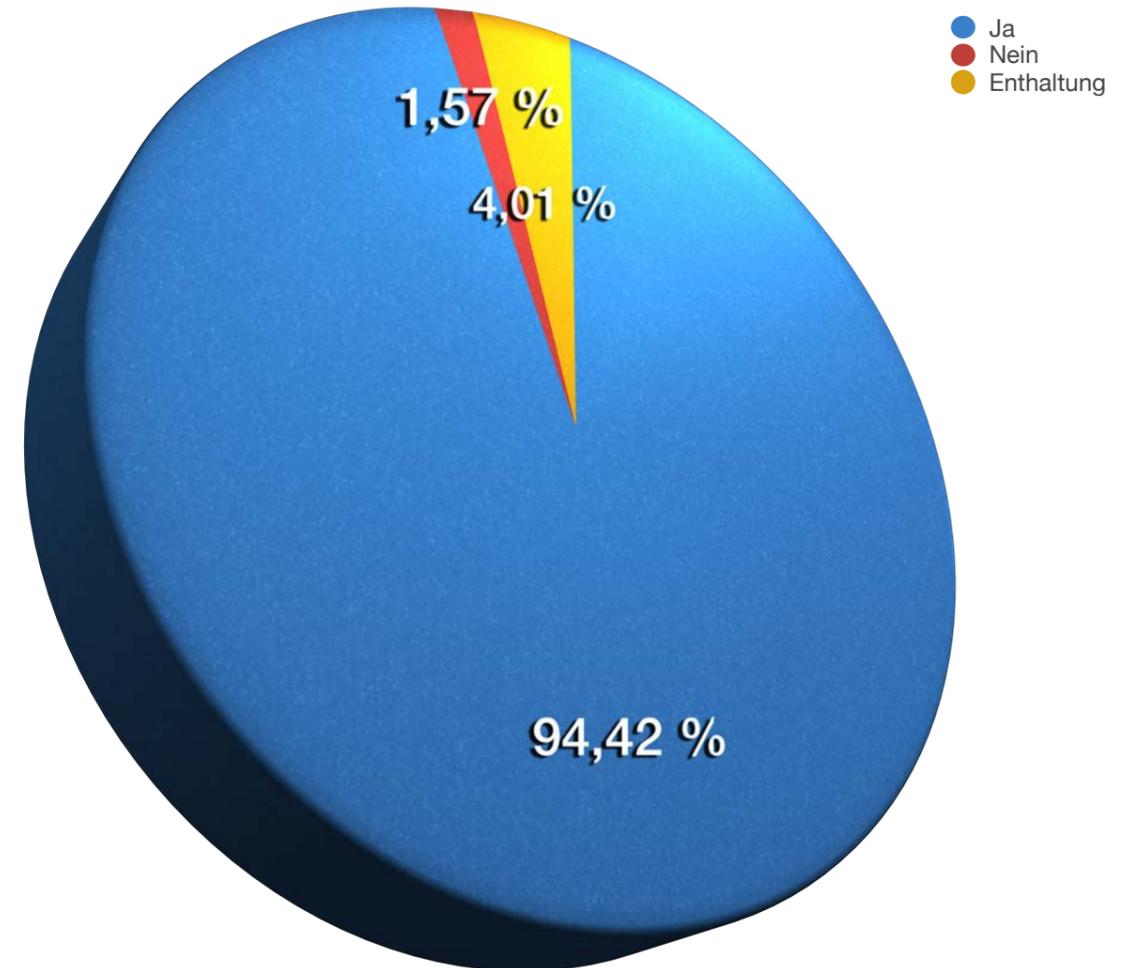
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.029	6.385
Nein	100	6.385
Enthaltung	256	6.385



8 Bildung und Schule

8.2 Kein Koranunterricht an verfassungsfeindlichen Moscheevereinen

Die Koranschulen in Deutschland werden zumeist von Moscheevereinen betrieben. Viele dieser Vereine stehen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablehnend gegenüber.

Wir fordern deshalb eine flächendeckende Überprüfung aller Moscheevereine und bei Verdacht auf Verfassungsfeindlichkeit als Sofortmaßnahme ein Verbot, Koranunterricht zu erteilen.

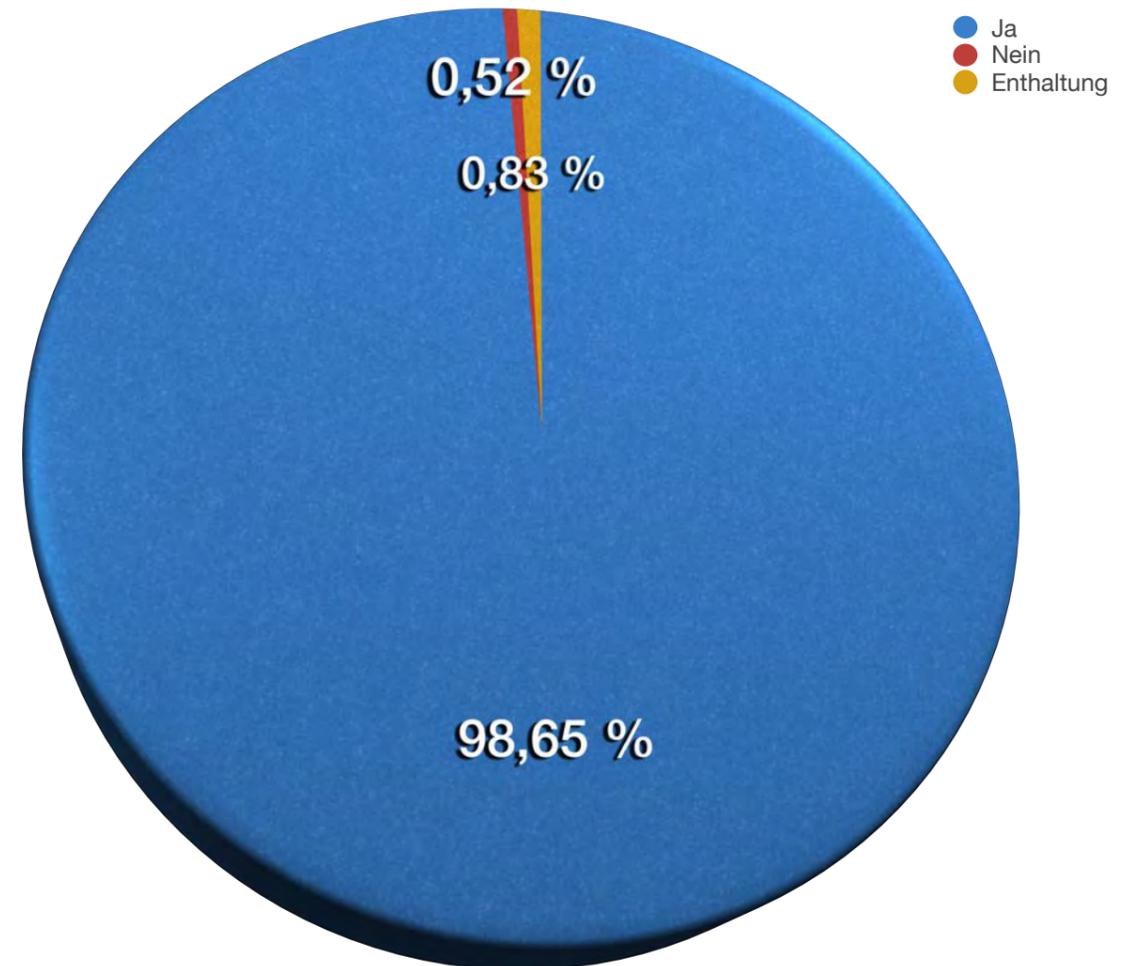
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.299	6.385
Nein	33	6.385
Enthaltung	53	6.385



8 Bildung und Schule

8.3 Keine Frühsexualisierung

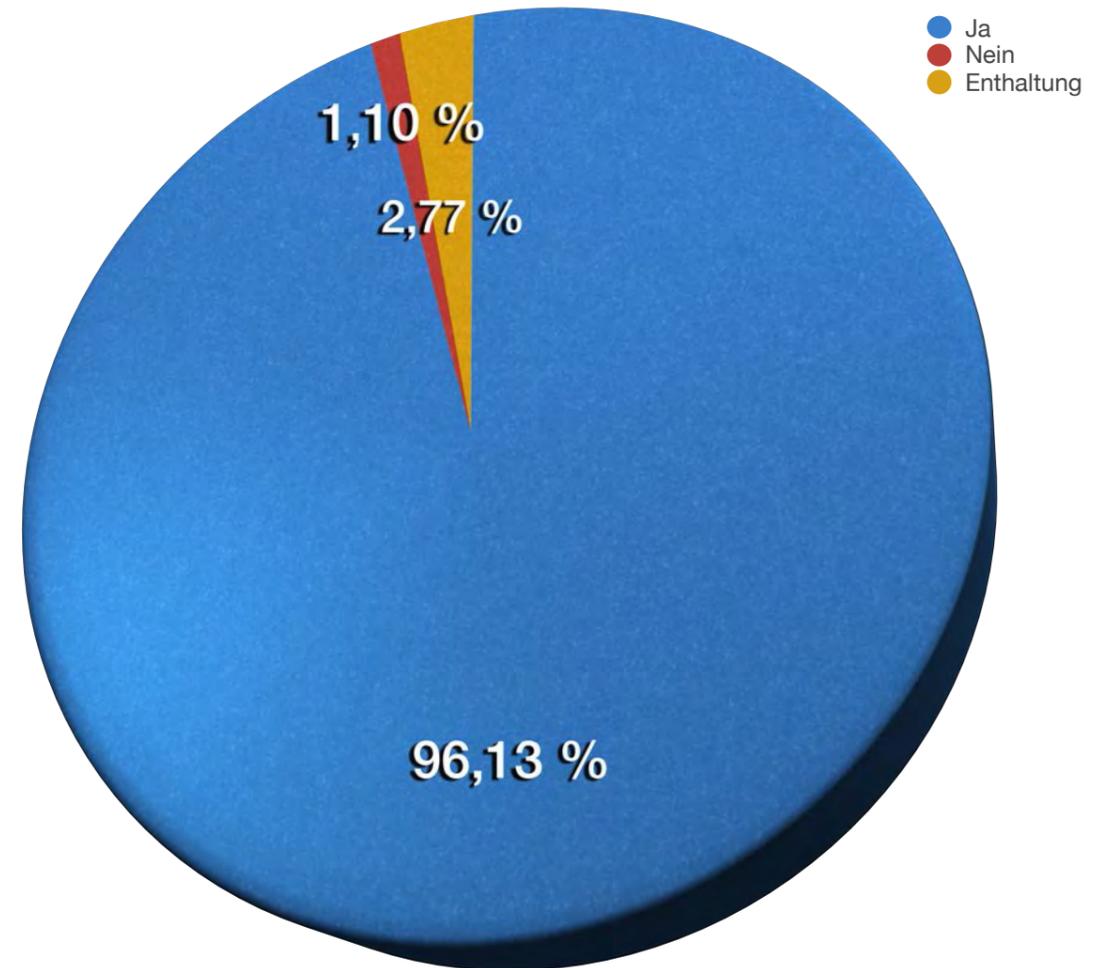
Das traditionelle Familienbild darf nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden.

Wir fordern, das ideologische Experiment der Frühsexualisierung sofort zu beenden.

Ja
Nein
Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.138	6.385
Nein	70	6.385
Enthaltung	177	6.385



9 Kultur und Medien

9.1 Schutz der deutschen Sprache

Die Nationalsprache ist das Herz einer Kulturnation.

Als zentrales Element deutscher Identität will die AfD die deutsche Sprache als Staatssprache im Grundgesetz festschreiben.

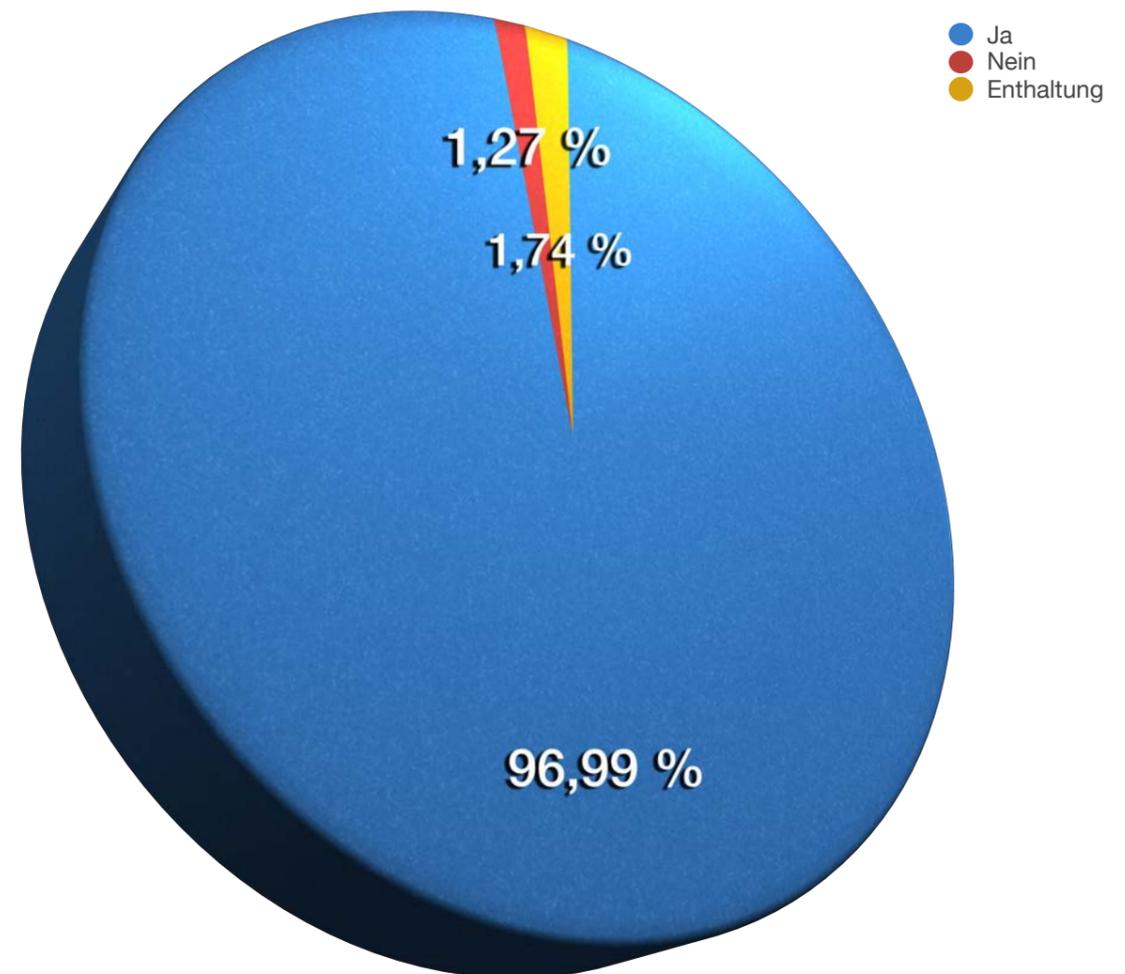
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.193	6.385
Nein	81	6.385
Enthaltung	111	6.385



9 Kultur und Medien

9.2 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	3.439	6.385
Option 2	2.645	6.385
Keine von beiden	167	6.385
Enthaltung	134	6.385

Option 1

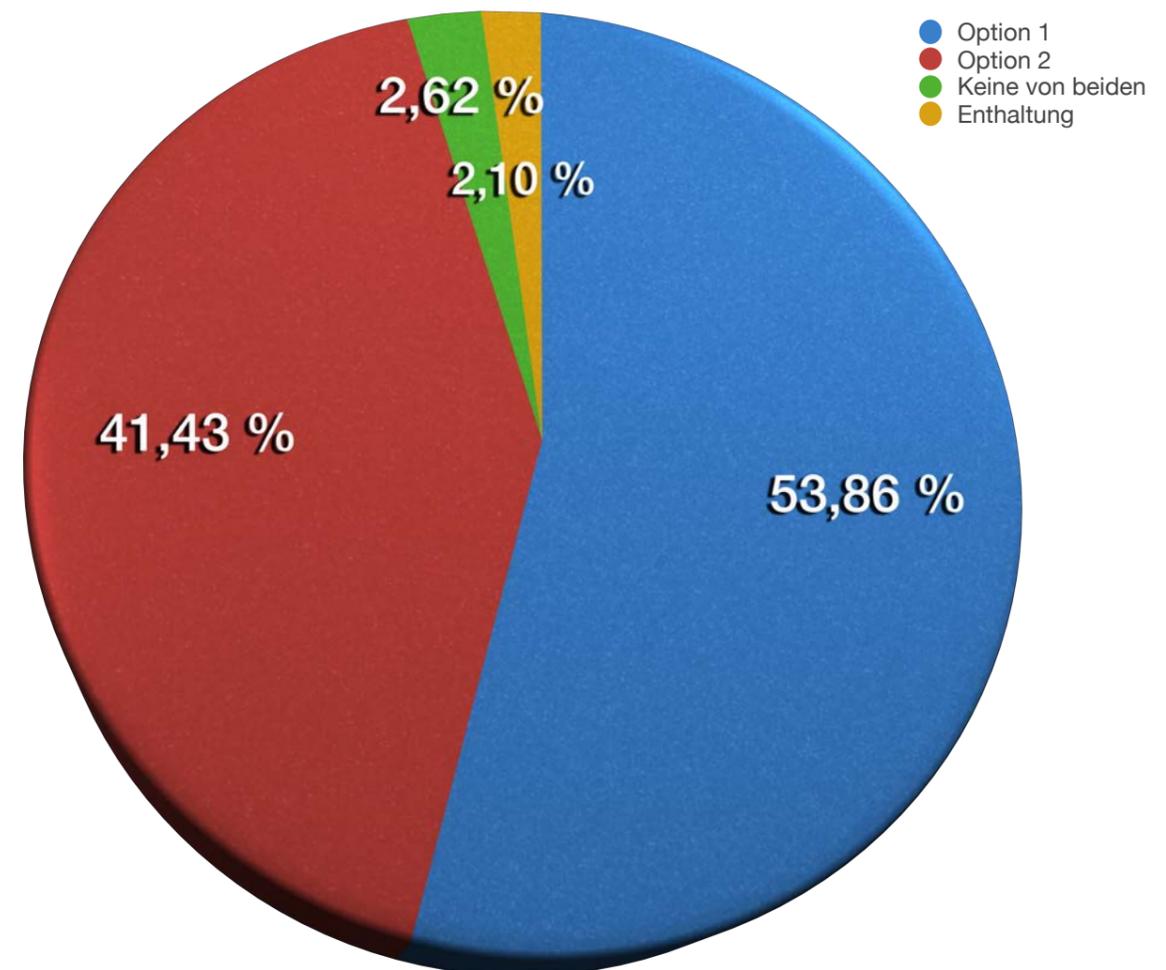
Die AfD fordert die Abschaffung des geräteunabhängigen "Rundfunkbeitrags". Ein bundesweites steuerfinanziertes Vollprogramm (Fernsehen/Hörfunk) ist ausreichend, um den Auftrag eines unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erfüllen. Die Aufsichtsräte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind von staatlichem Einfluss so weit wie möglich frei zu halten.

Um den Rundfunk effektiv zu reformieren, sind die Rundfunkstaatsverträge zu kündigen.

Option 2

Die AfD fordert die Abschaffung des "Rundfunkbeitrags". Die AfD ist der Auffassung, dass ein staatlicher (öffentlich-rechtlicher) Rundfunk überflüssig ist.

Die Rundfunkstaatsverträge sind zu kündigen.



10 Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

10.1 Abgabenbremse

Die AfD fordert in Anlehnung an das Grundsatzprogramm eine grundlegende Steuerreform, die die Grundsätze einer Abgabenbremse berücksichtigt und die einhergeht mit einer grundlegenden Reform der Renten- und sozialen Sicherungssysteme.

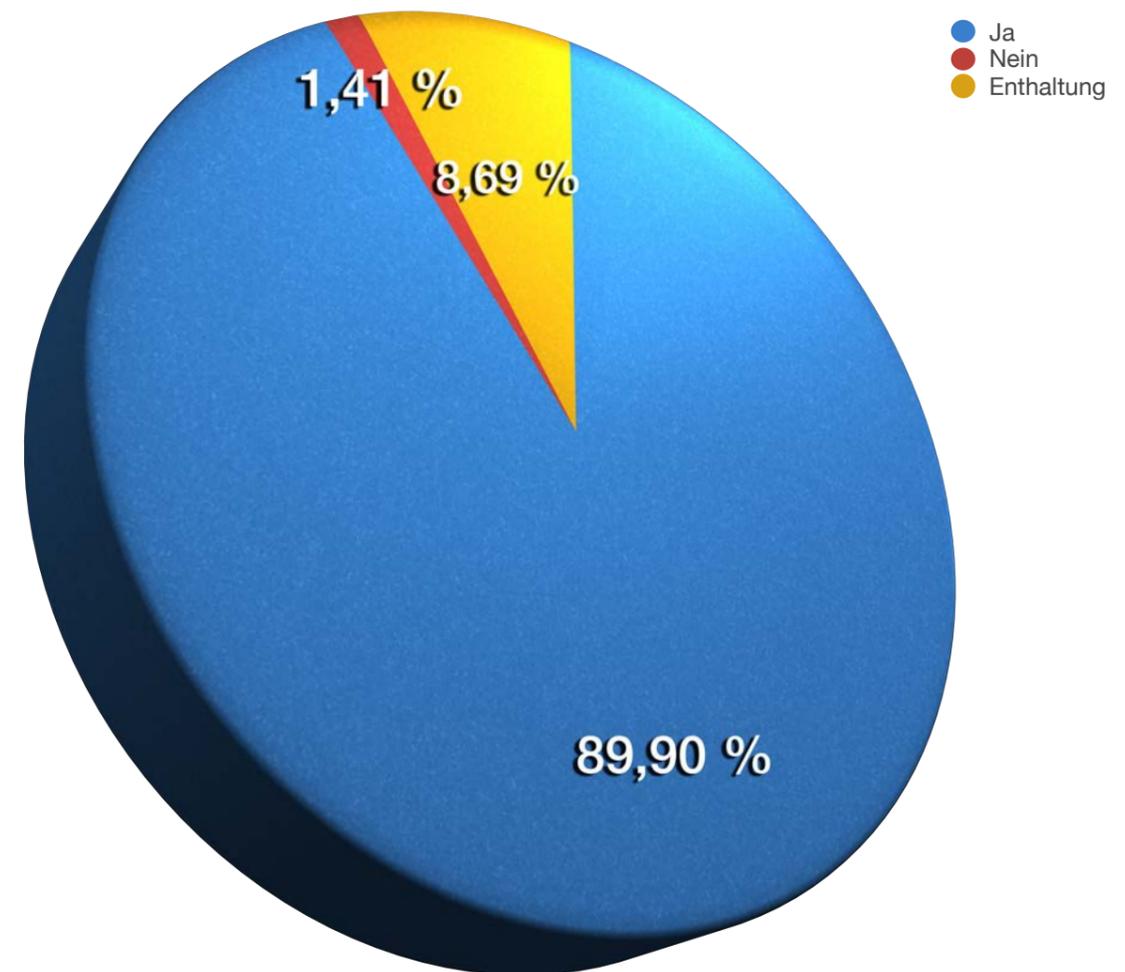
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.740	6.385
Nein	90	6.385
Enthaltung	555	6.385



10 Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

10.2 Erbschaft- und Vermögensteuer

Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer. Intakte Familien denken und leben in Generationenzusammenhängen.

Die Übergabe von Vermögen – auch und gerade in Unternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf nicht dem Staatszugriff ausgesetzt werden.

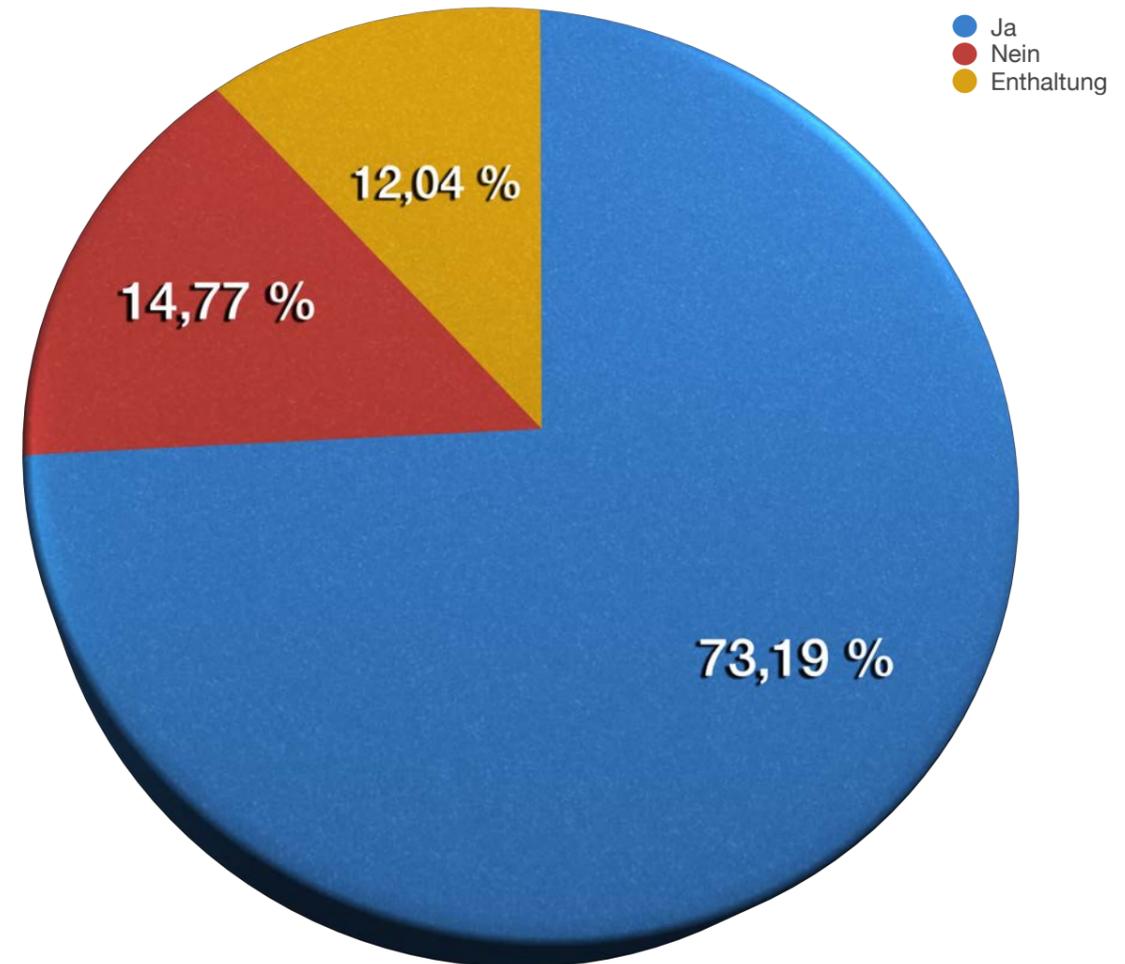
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.673	6.385
Nein	943	6.385
Enthaltung	769	6.385



10 Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

10.3 Leiharbeit Grenzen setzen

Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich ersetzen zunehmend sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dies wirkt sich negativ auf den Wohlstand aus, da das Fehlen einer materiellen Grundlage durch eigene Arbeit z. B. Familiengründungen erschwert. Daraus entstehen Negativwirkungen für die Demographie. Zudem leidet der Aufbau der eigenen Altersvorsorge.

Die AfD fordert deshalb auch eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigte mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen.

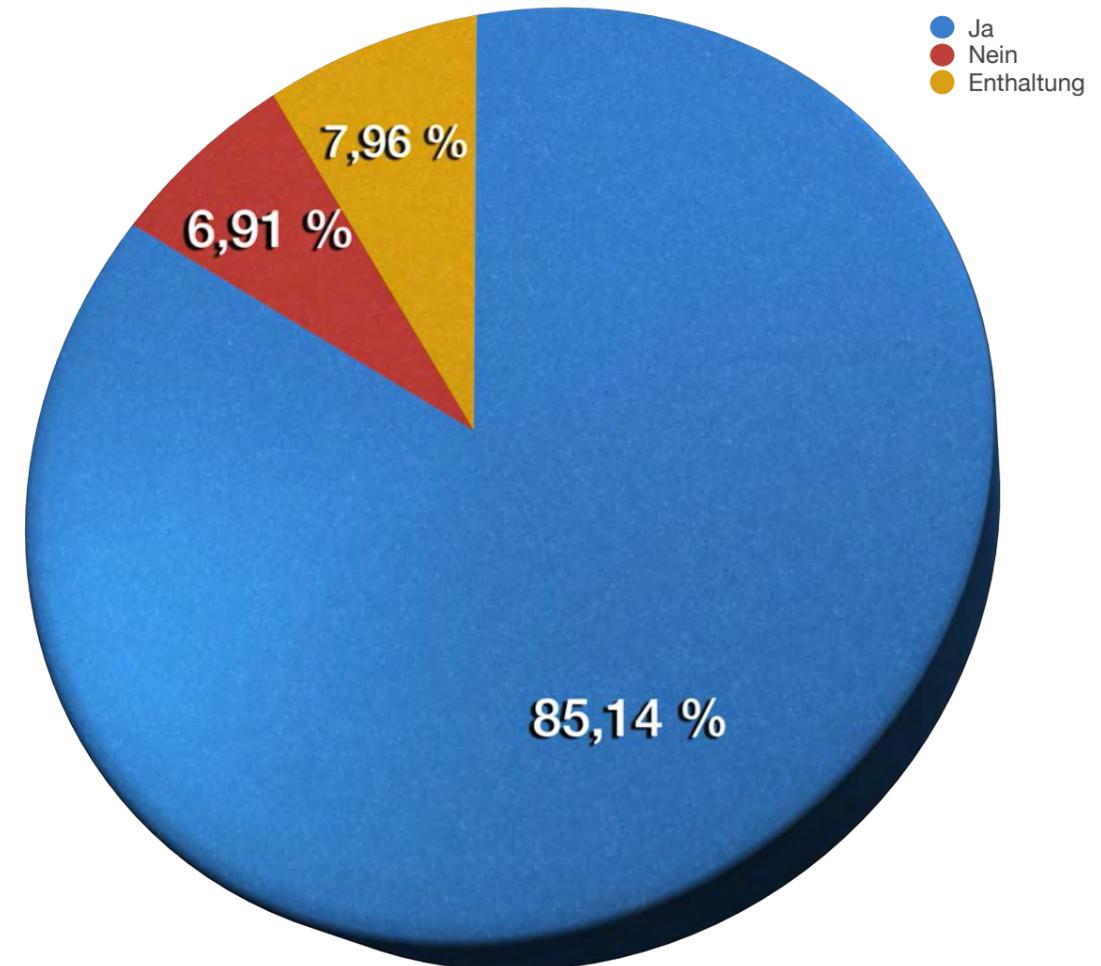
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.436	6.385
Nein	441	6.385
Enthaltung	508	6.385



10 Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

10.4 Haushaltspolitik

Das primäre finanzwirtschaftliche Ziel der Alternative für Deutschland sind ausgeglichene Haushalte. Die Ausgaben des Staates sind durch Einnahmen zu decken. Die Erhöhung von Abgaben oder Aufnahme von Schulden zur Deckung der Ausgaben ist auf die strengen Vorgaben einer Schuldenbremse zu beschränken. Die Bürger haben ein Recht auf verlässliche staatliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine nachhaltige Lebensplanung gewährleisten.

Zur Vermeidung von Erblasten für spätere Generationen ist die Tilgung bestehender Schulden verbindlich gesetzgeberisch zu regeln.

Die Alternative für Deutschland fordert zudem die verpflichtende Einführung der kaufmännischen Buchführung für alle Staatshaushalte.

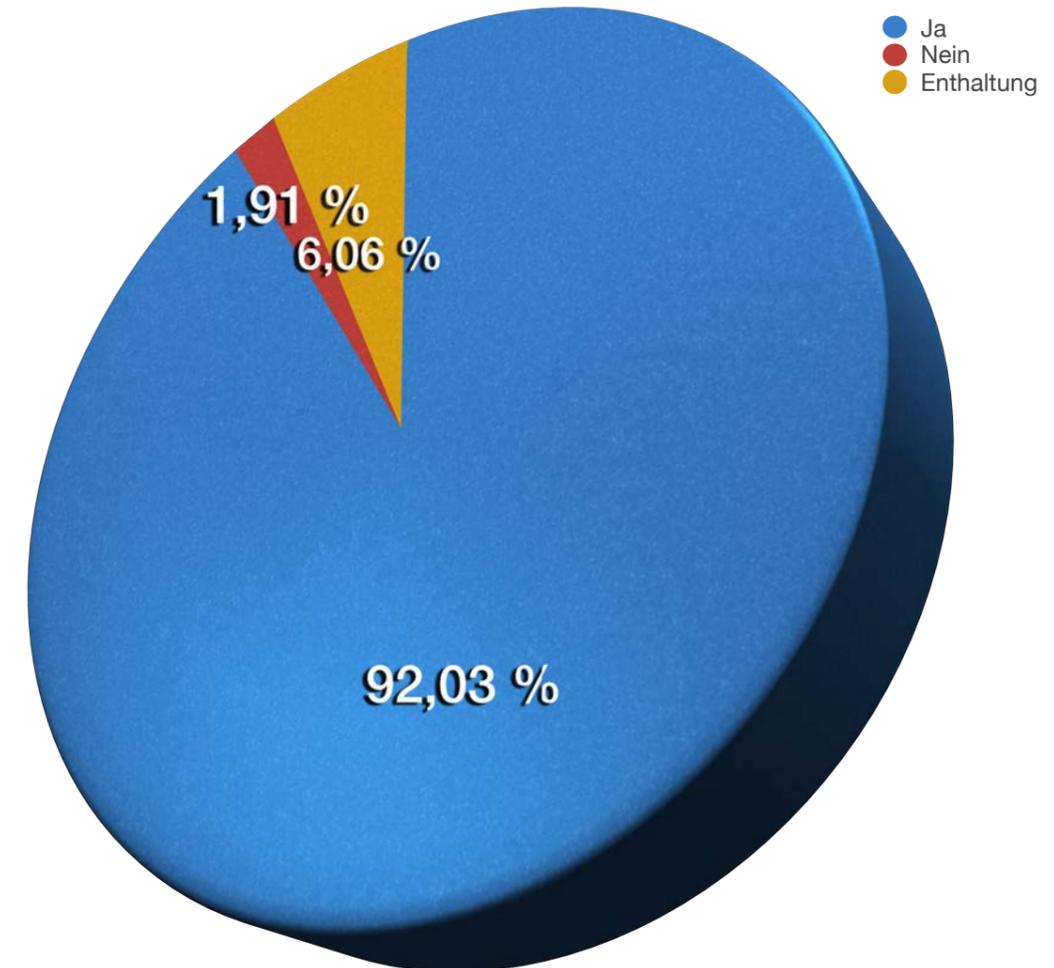
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.876	6.385
Nein	122	6.385
Enthaltung	387	6.385



11 Sozialpolitik

11.1 Grundsicherung im Alter: Wer gearbeitet hat, muss später mehr haben

Erwerbstätige, die jahrzehntelang sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, aber beispielsweise durch niedrige Entlohnung oder unterbrochene Erwerbsbiographien keinen Rentenanspruch aufbauen konnten, der das Niveau der Grundsicherung übersteigt, werden derzeit genauso behandelt, wie Personen die niemals sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Das ist ungerecht.

Die AfD will daher dafür sorgen, dass durch Arbeitsleistung und andere anrechenbare Zeiten, zum Beispiel Erziehungszeiten, erworbene Rentenansprüche mit einem angemessenen Aufschlag zur Grundsicherung Berücksichtigung finden.

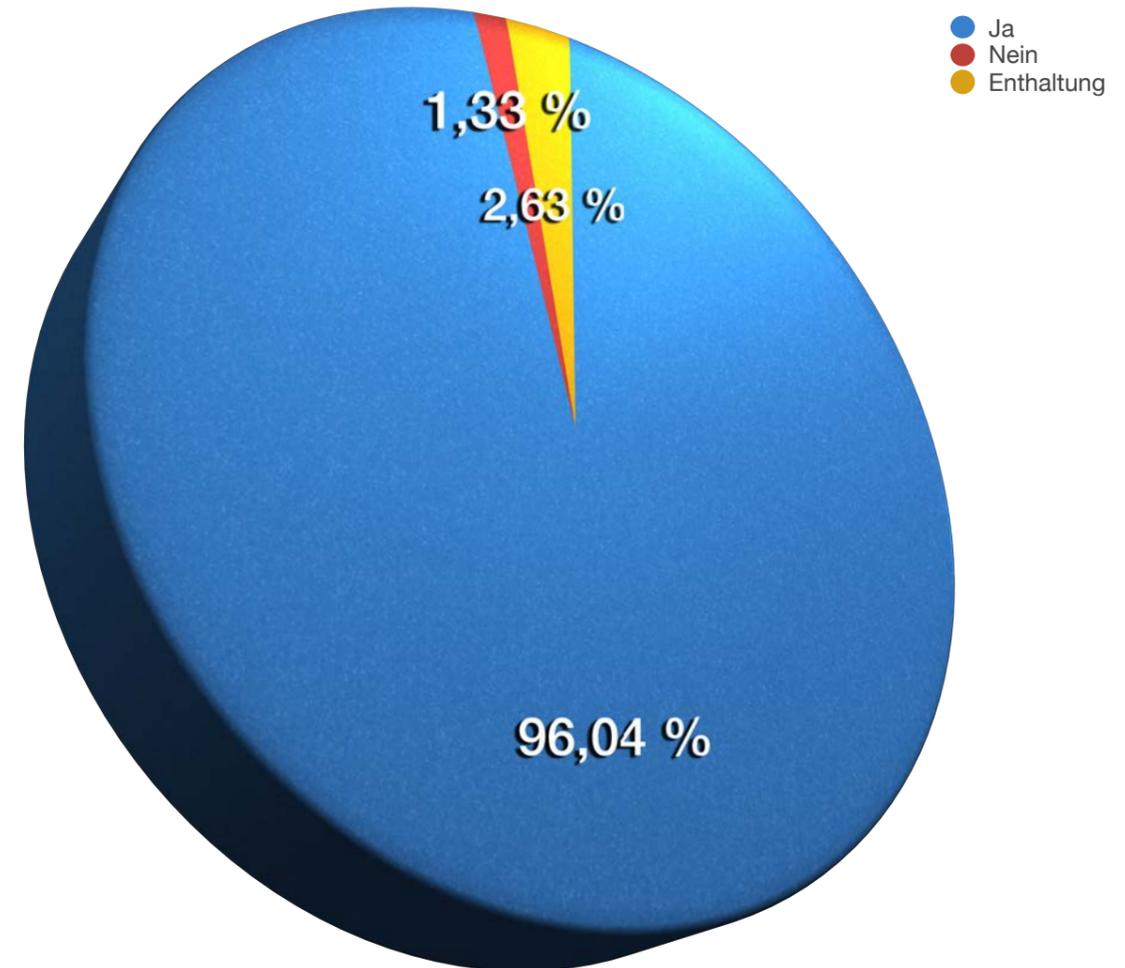
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.132	6.385
Nein	85	6.385
Enthaltung	168	6.385



11 Sozialpolitik

11.2 Rente und Lebensarbeitszeit

Bei Beibehaltung des bisherigen gesetzlichen Rentenmodells ist das Renteneintrittsalter mit 65 Lebensjahren nicht mehr finanzierbar. Die AfD fordert, die Rente zukünftig bei Erreichen einer klar definierten Lebensarbeitszeit, statt wie bisher vom Lebensalter abhängig zu gewähren.

Bei einer Lebensarbeitszeit von 45 Jahren soll künftig der Rentenanspruch abschlagsfrei gegeben sein. Bei der Berechnung der Rente werden alle Beitragszeiten in dem Maß berücksichtigt, in dem sie tatsächlich erbracht wurden.

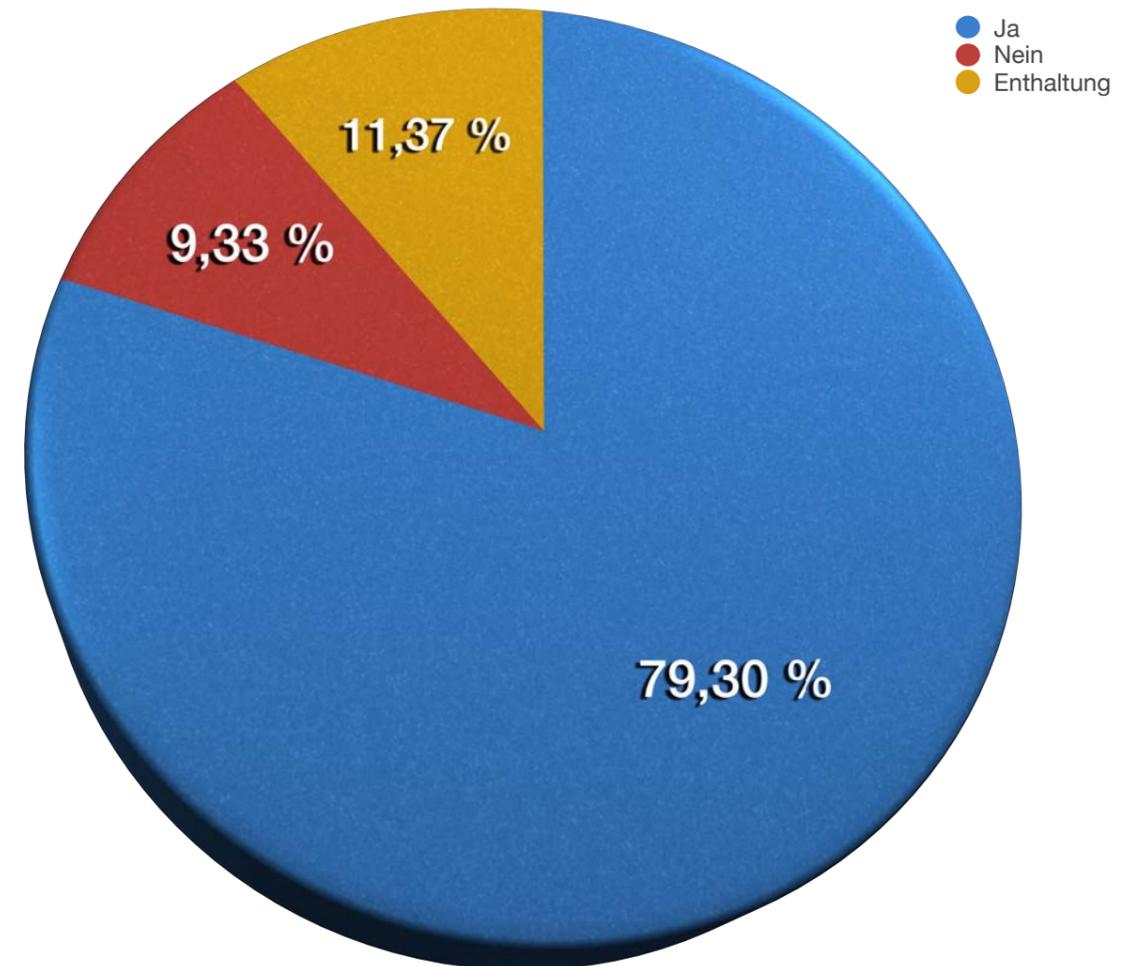
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.063	6.385
Nein	596	6.385
Enthaltung	726	6.385



11 Sozialpolitik

11.3 Erziehungszeiten bei der Rente stärker berücksichtigen

Die AfD setzt sich auch für eine bessere Berücksichtigung der Leistungen von Eltern in der Rentenversicherung ein. Die Kinder von heute sind die potentiellen Beitragszahler von morgen. Wer Kinder großzieht und Rentenversicherungsbeiträge leistet, trägt deshalb doppelt zur Sicherung der Renten bei.

Erziehungszeiten müssen deshalb eine dieser Leistung angemessene Rentenerhöhung der Eltern zur Folge haben.

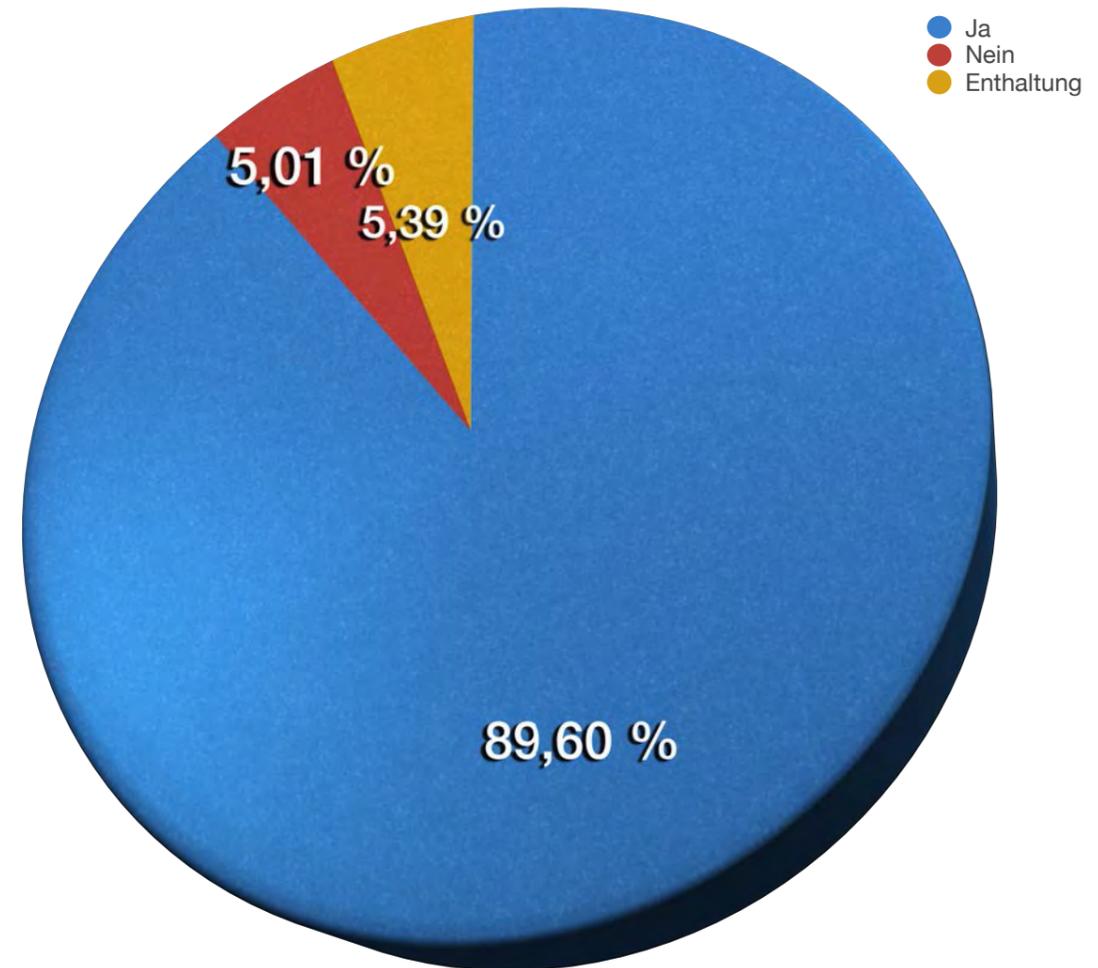
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.721	6.385
Nein	320	6.385
Enthaltung	344	6.385



12 Gesundheitssystem

12.1 Pflegenotstand beheben

Der Mangel an Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen hat verschiedene Gründe. Ein Grund liegt in den vergleichsweise unattraktiven Arbeitsbedingungen. In Krankenhäusern werden stationäre Behandlungen seit dem Jahr 2003 nach Pauschalen bezahlt. Dies führte zu einem erheblichen Stellenabbau beim Pflegepersonal, mit allen damit verbundenen Nachteilen für Beschäftigte (Arbeitsverdichtung) und Patienten. Die Beschäftigten fordern daher vielerorts auch für den Krankenhausbereich die Einführung von Mindestpersonalschlüsseln.

Soll sich die AfD für verbindliche Mindestpersonalschlüssel beim Pflegepersonal in Krankenhäusern einsetzen?

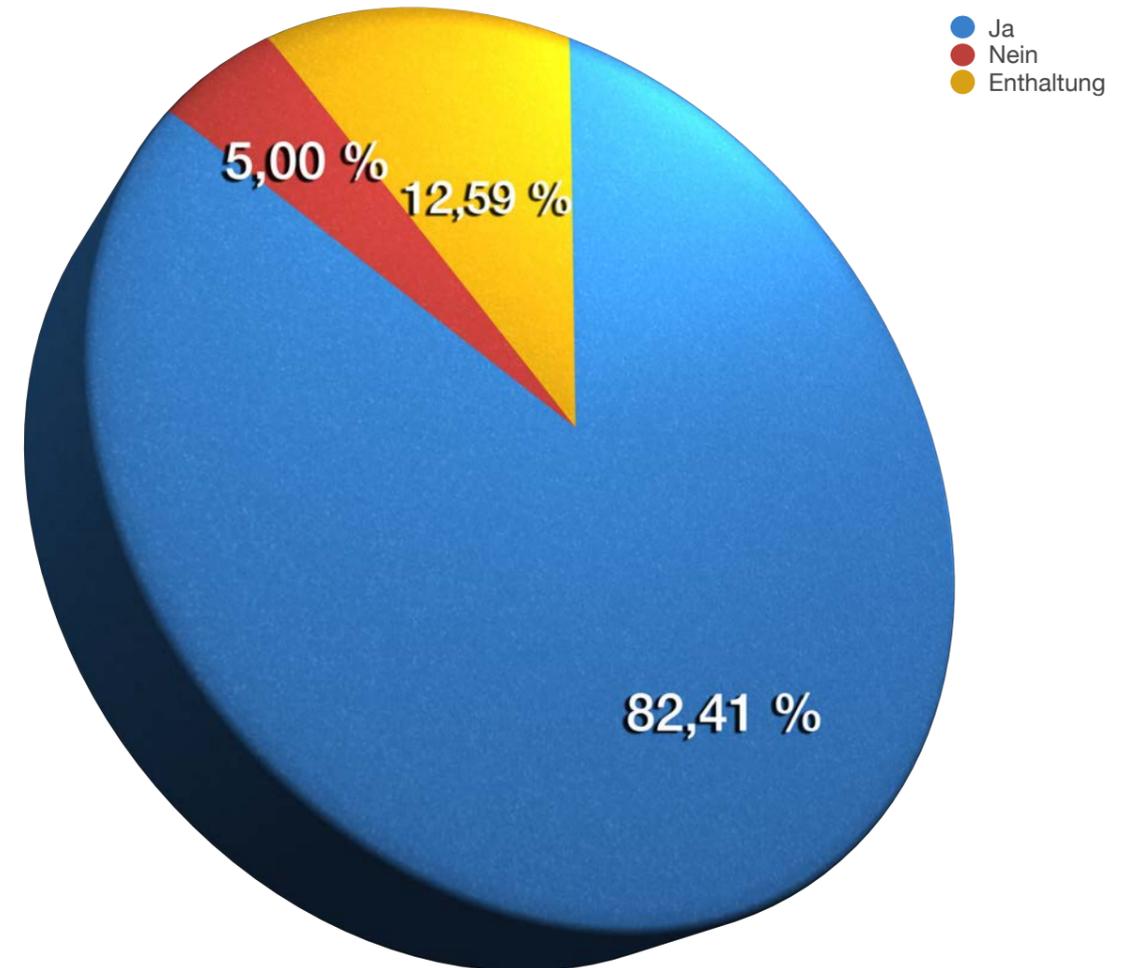
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.262	6.385
Nein	319	6.385
Enthaltung	804	6.385



12 Gesundheitssystem

12.2 Ausgewogene Trägerstruktur

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) aus dem Jahr 1972 sah im Krankenhausbereich eine Trägervielfalt von öffentlichen, frei-gemeinnützigen und privaten Krankenhäusern vor. Der Anteil privater Krankenhäuser (zumeist im Besitz großer Klinikkonzerne) ist bei weiterhin zunehmender Tendenz von ca. 22% auf derzeit ca. 34% gestiegen.

Die AfD setzt sich für eine Begrenzung der Privatisierung von Krankenhäusern und eine ausgewogene Trägerstruktur ein.

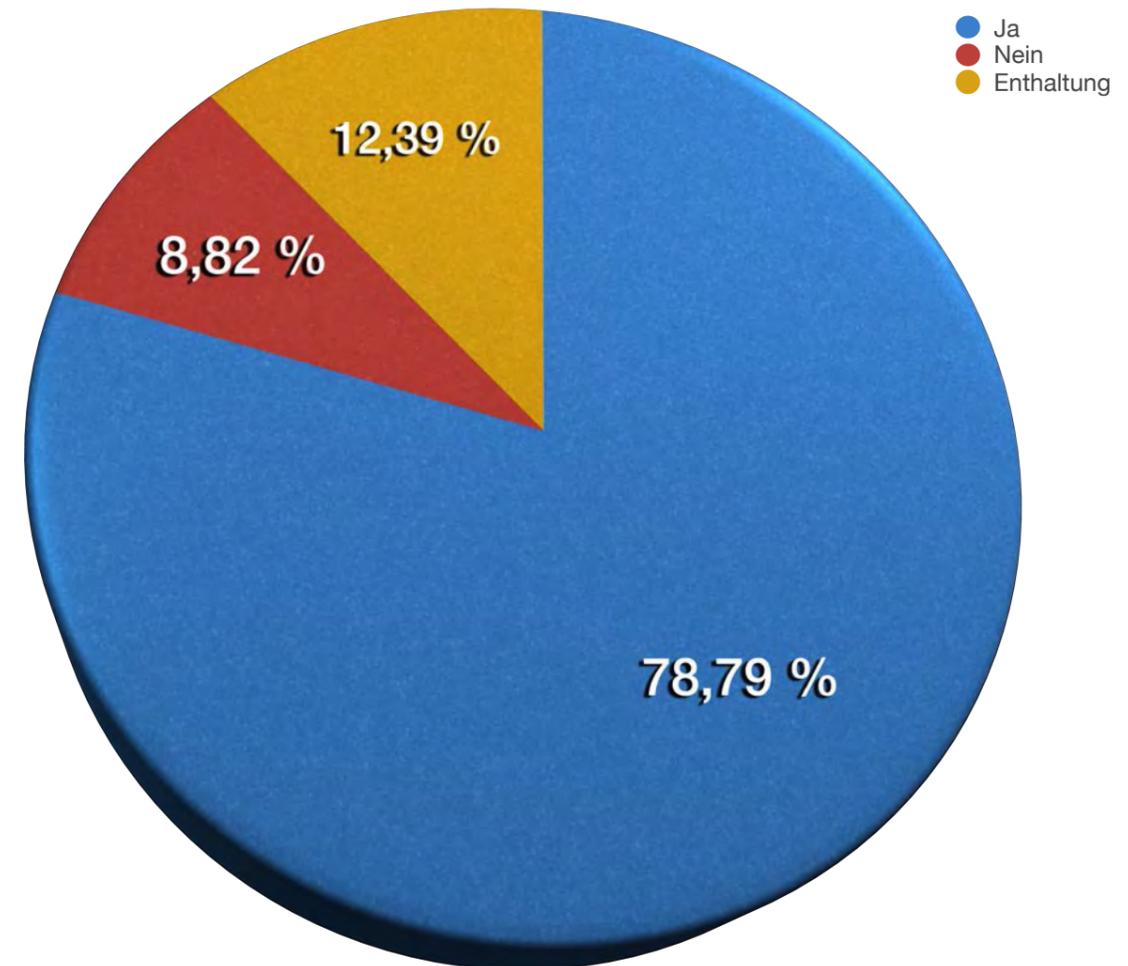
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.031	6.385
Nein	563	6.385
Enthaltung	791	6.385



12 Gesundheitssystem

12.3 Elektronische Gesundheitskarte

Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den höchstmöglichen Schutz genießen. Die elektronische Gesundheitskarte (eGK), auf der bisher nur Versichertendaten gespeichert sind, soll in einer weiteren Ausbaustufe ein Schlüssel zu einer zentralen Datenbank sein, in der neben diagnostischen Unterlagen und Untersuchungsergebnissen alle Informationen aller behandelnden Ärzte über den Patienten (Patientenakten) zusammengetragen werden.

Die AfD lehnt die Schaffung einer solchen zentralen Datenbank zur Speicherung sensibler Gesundheitsdaten ab.

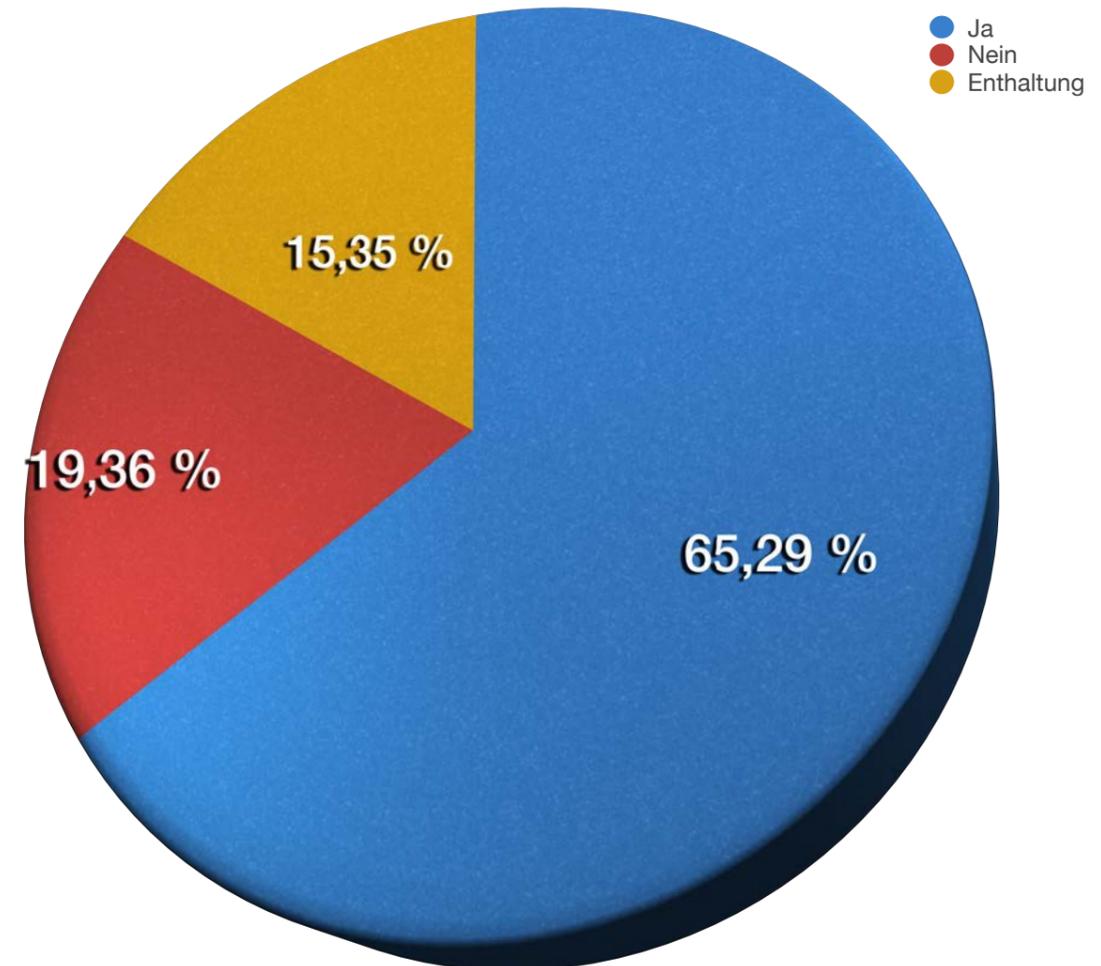
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.169	6.385
Nein	1.236	6.385
Enthaltung	980	6.385



12 Gesundheitssystem

12.4 Alternative Medizin

Unter dem Begriff der „alternativen“ Behandlungen werden die unterschiedlichsten Behandlungsmethoden zusammengefasst. Diese können bei Einhaltung von zu definierenden Qualitätsstandards eine sinnvolle Ergänzung zur herkömmlichen Medizin darstellen.

Alternative Behandlungsmethoden können in bestimmten Bereichen eine Ergänzung der akut medizinischen Behandlungsmethoden darstellen.

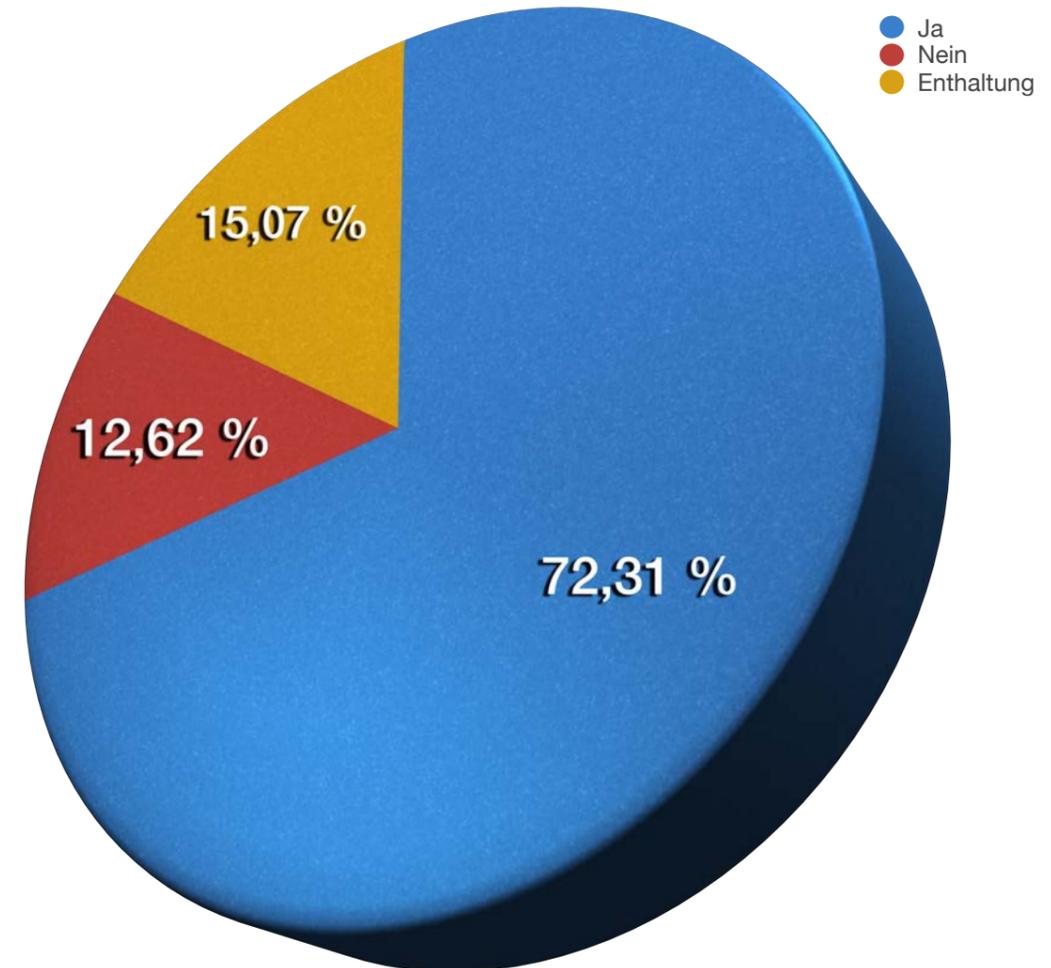
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.617	6.385
Nein	806	6.385
Enthaltung	962	6.385



12 Gesundheitssystem

12.5 Freiberuflich tätige Hebammen

Der Berufsstand der freiberuflichen Hebamme, die die Mutter vom Beginn der Schwangerschaft bis zur Entbindung begleitet, gerät aufgrund der in den letzten Jahren deutlich angestiegenen Haftpflichtprämien sehr stark unter Druck. Ein „Aussterben“ des Berufsstandes in naher Zukunft ist absehbar.

Option 1

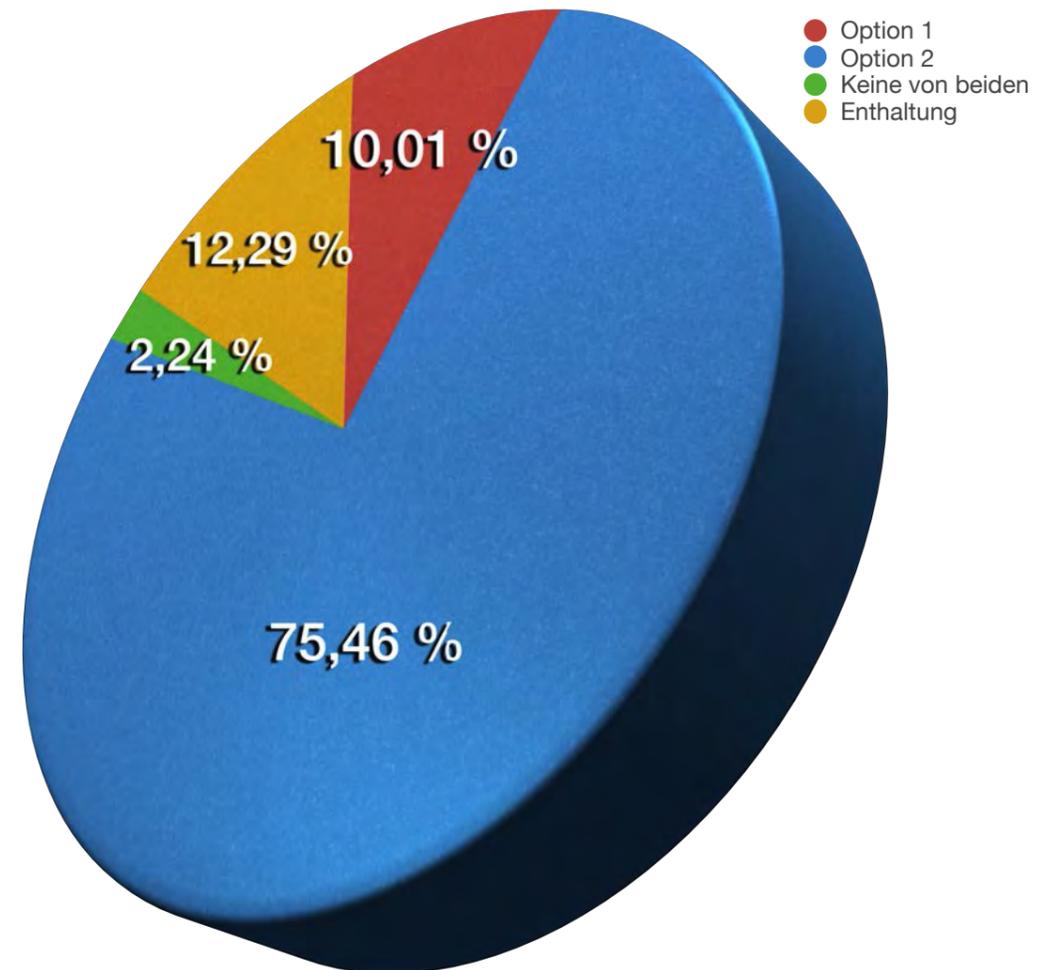
Es besteht kein Handlungsbedarf. Für Entbindungen sind dann ausschließlich die nächstgelegenen Kliniken zuständig.

Option 2

Der Berufsstand der freiberuflich tätigen Hebamme soll grundsätzlich erhalten werden. Hierzu kann über eine Quersubventionierung der Haftpflichtprämien oder andere entlastende Maßnahmen nachgedacht werden.

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	639	6.385
Option 2	4.818	6.385
Keine von beiden	143	6.385
Enthaltung	785	6.385



13 Energie und Klima

13.1 Klimaschutzplan aufheben

Mit dem Beitritt zum Pariser Abkommen und dem von der Bundesregierung erlassenen Klimaschutzplan 2050 hat Deutschland sich verpflichtet, für die sogenannte "Dekarbonisierung" weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen.

Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die "Große Transformation" beenden und den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aufheben.

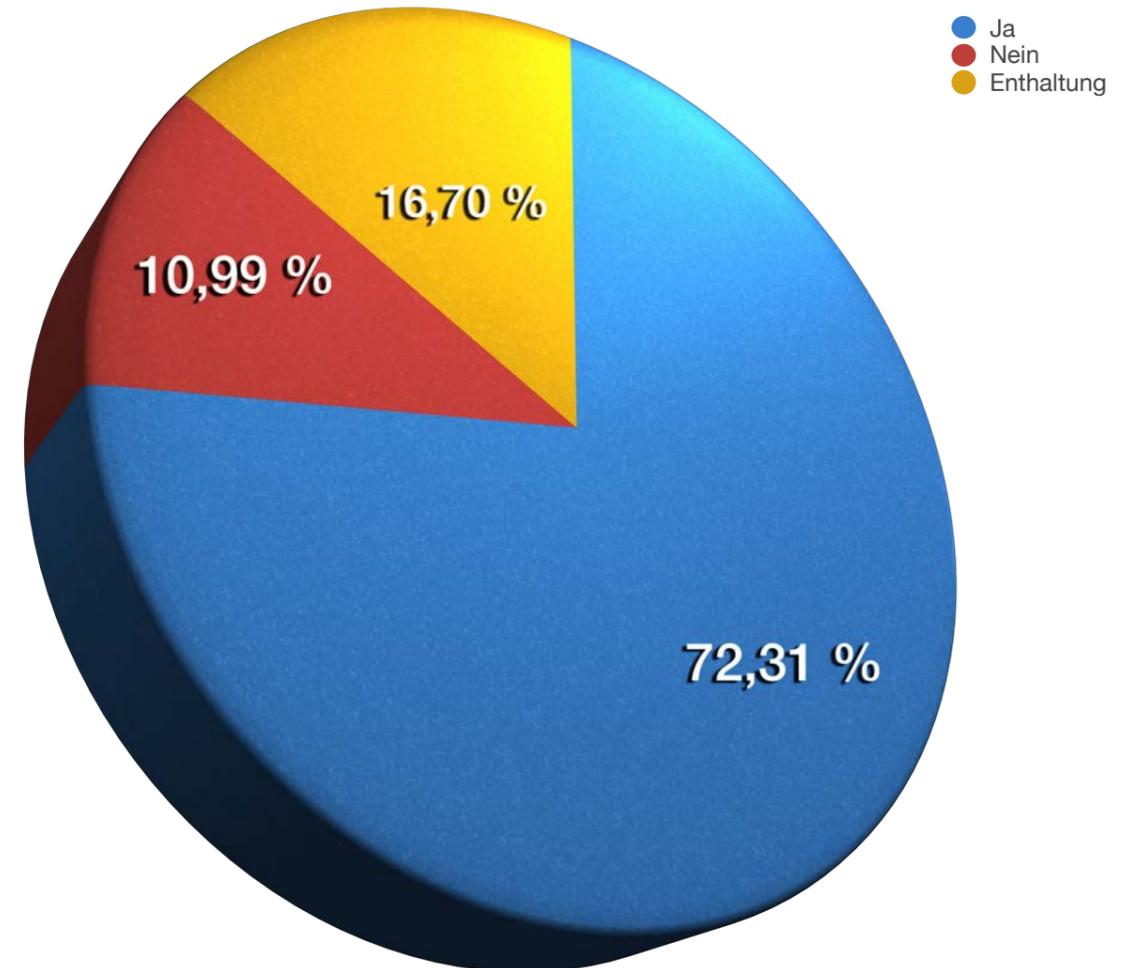
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.617	6.385
Nein	702	6.385
Enthaltung	1.066	6.385



13 Energie und Klima

13.2 EEG aufheben

Deutschland hat Strompreise, die mit jedem Zubau weiterer Wind- und Sonnenstromanlagen und dem Netzausbau zwangsläufig weiter steigen. Der mit staatlicher Planwirtschaft erzeugte Ökostrom hatte im Jahr 2015 einen Marktwert von 3,3 Mrd. Euro. Zusammen mit den EEG-Subventionen kostete dieser Ökostrom die Verbraucher 27,5 Mrd. Euro (Quelle: BMWi). Diese Subventionen fließen zu den Profiteuren der Energiewende und belasten jeden 4-Personenhaushalt bis 2025 mit 25.000 Euro. Damit findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Die volkswirtschaftlichen Mehrkosten der geplanten Energiewende allein im Strombereich werden bis 2050 zusammen mehrere Billionen Euro betragen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ersatzlos zu streichen.

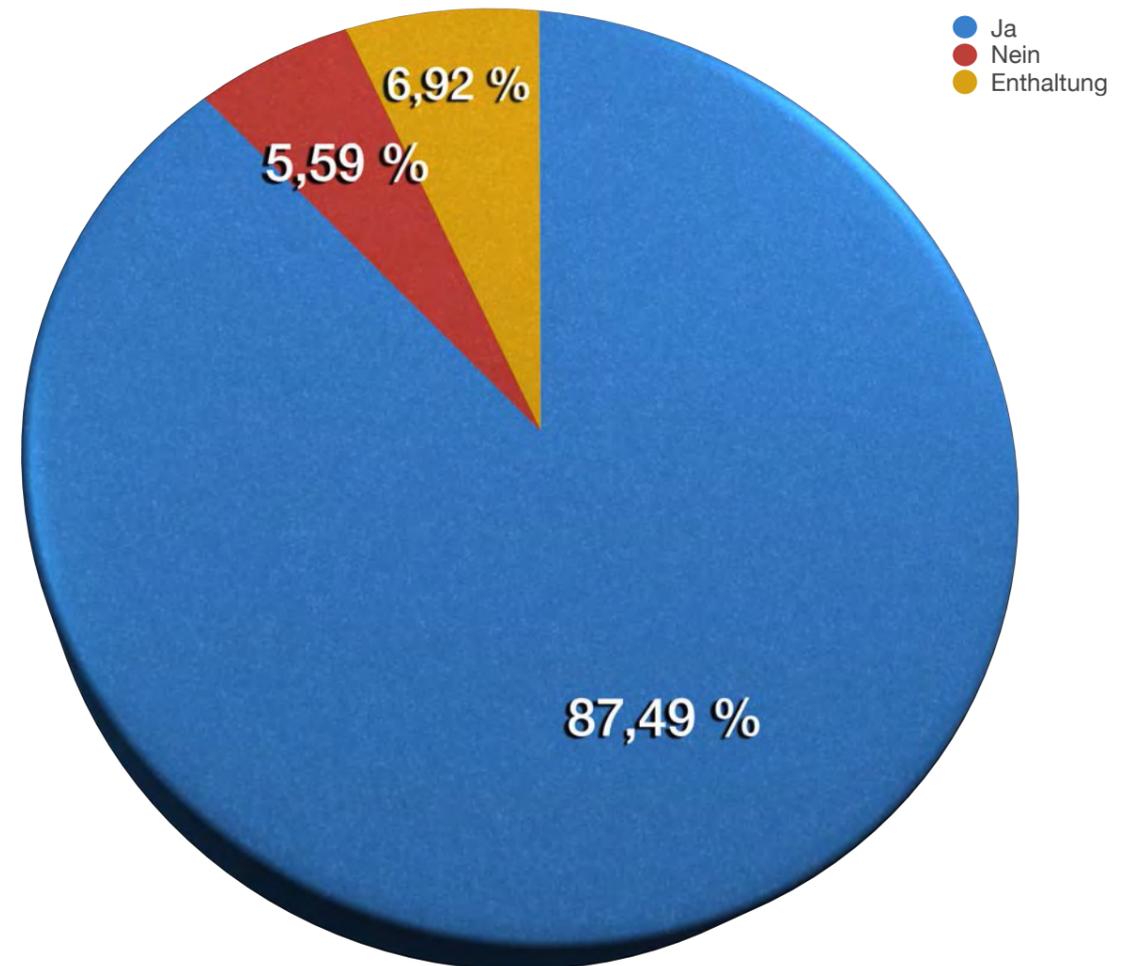
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.586	6.385
Nein	357	6.385
Enthaltung	442	6.385



13 Energie und Klima

13.3 Keine staatliche Einmischung bei Häuserdämmung und Beheizung

Die ständige Verschärfung von Verordnungen und Gesetzen im Wärmesektor, wie die Energieeinspar-Verordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz (EEWärmeG) zur Dämmung und Heizung, führt zu stark steigenden Baukosten und entsprechend hohen Mieten, die die unteren Einkommensgruppen besonders hart treffen. Ihr ökologischer Nutzen ist nicht nachgewiesen.

Die EnEV und das EEWärmeG sind abzuschaffen.

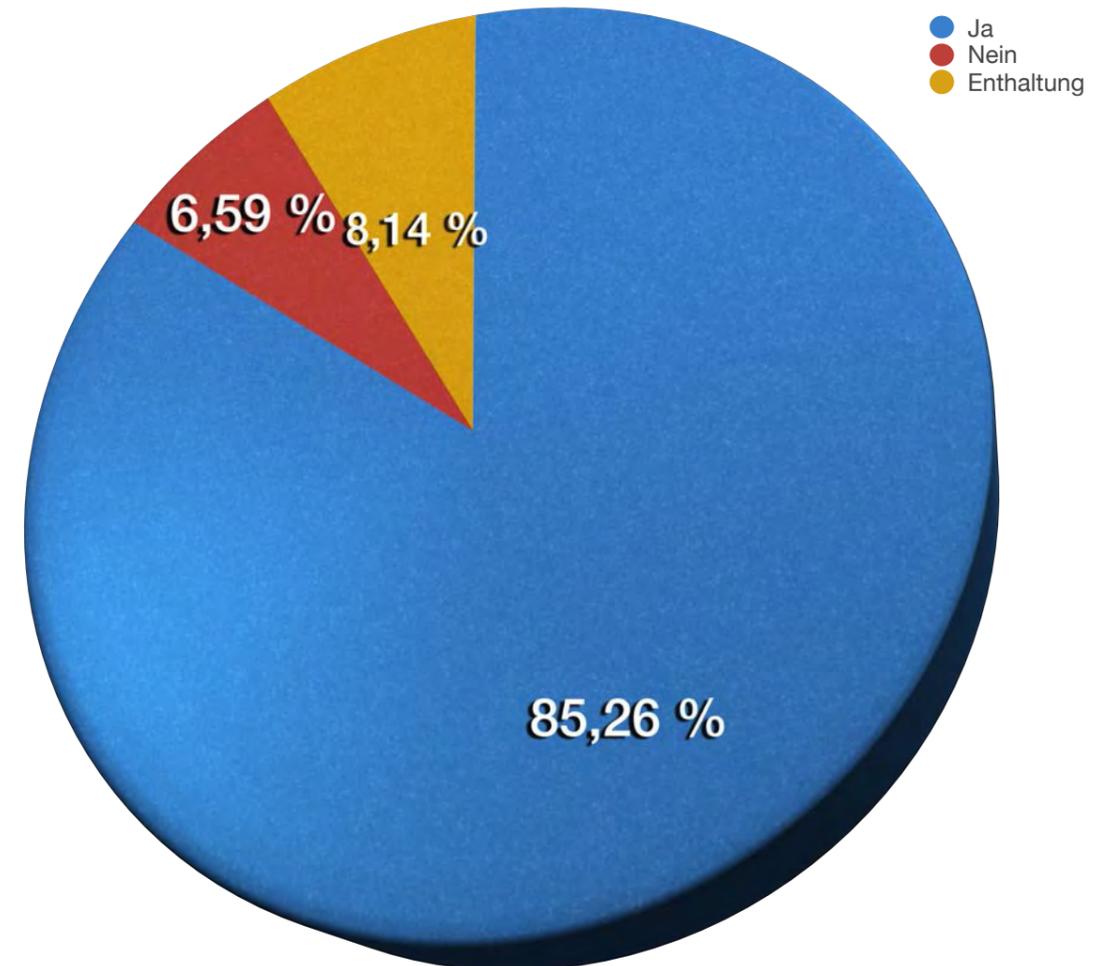
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.444	6.385
Nein	421	6.385
Enthaltung	520	6.385



13 Energie und Klima

13.4 Offenhaltung der Kernkraftoption für die Zukunft

Der Ausstieg aus der Kernenergie war sachlich unbegründet. Für eine Stromversorgung, die sicher, preisgünstig und umweltverträglich ist, werden planbare Energieerzeuger benötigt, die nahe den Verbrauchsregionen arbeiten. Die bestehenden Kernkraftwerke erfüllen diese Forderungen. Es ist falsch, sie vor Ende ihrer Nutzungsdauer abzuschalten.

Die technisch gesicherten Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke sind zu nutzen.

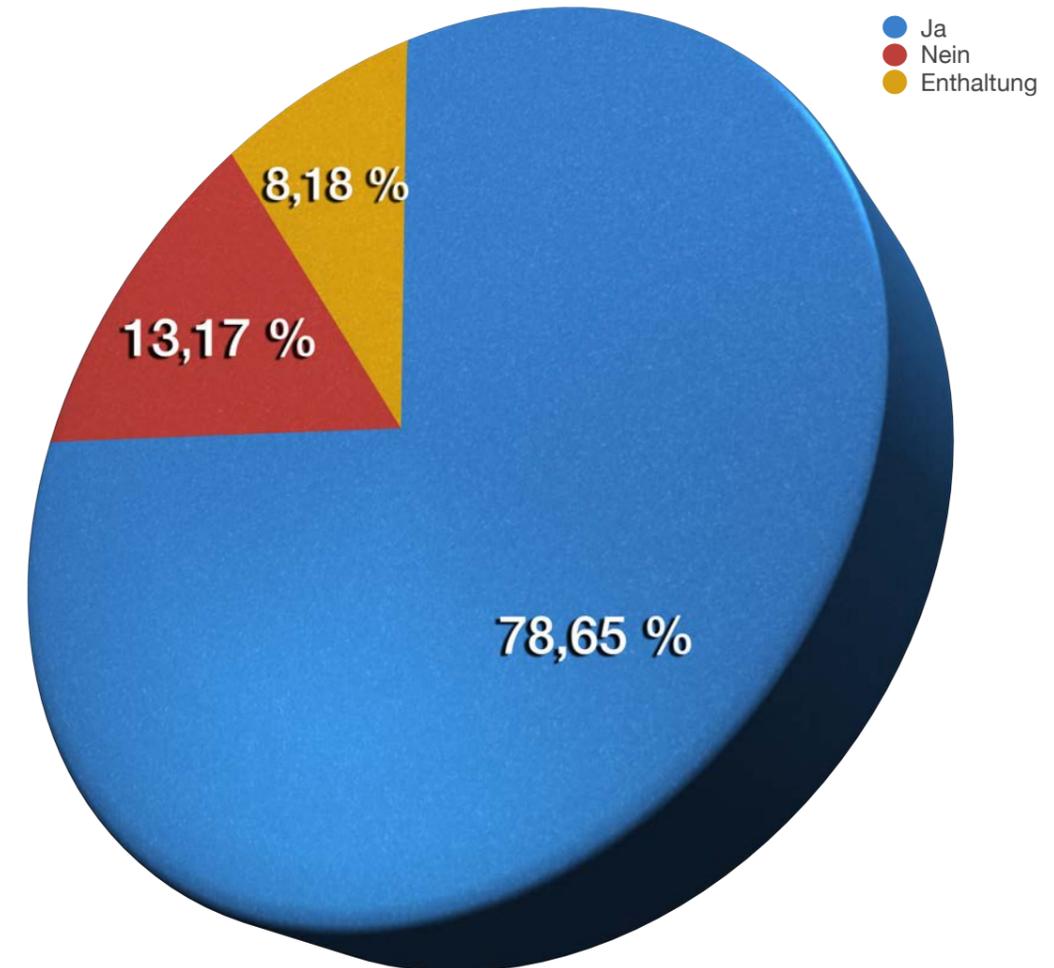
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.022	6.385
Nein	841	6.385
Enthaltung	522	6.385



13 Energie und Klima

13.5 Offenhaltung der Kernkraftoption für die Zukunft

Der Ausstieg aus der Kernenergie war sachlich unbegründet. Für eine Stromversorgung, die sicher, preisgünstig und umweltverträglich ist, werden planbare Energieerzeuger benötigt, die nahe den Verbrauchsregionen arbeiten. Die bestehenden Kernkraftwerke erfüllen diese Forderungen. Es ist falsch, sie vor Ende ihrer Nutzungsdauer abzuschalten.

Die Forschungsarbeiten zur Entwicklung effektiverer Reaktoren und zur ressourcenschonenden Verwertung der radioaktiven Reststoffe sind verstärkt wieder aufzunehmen.

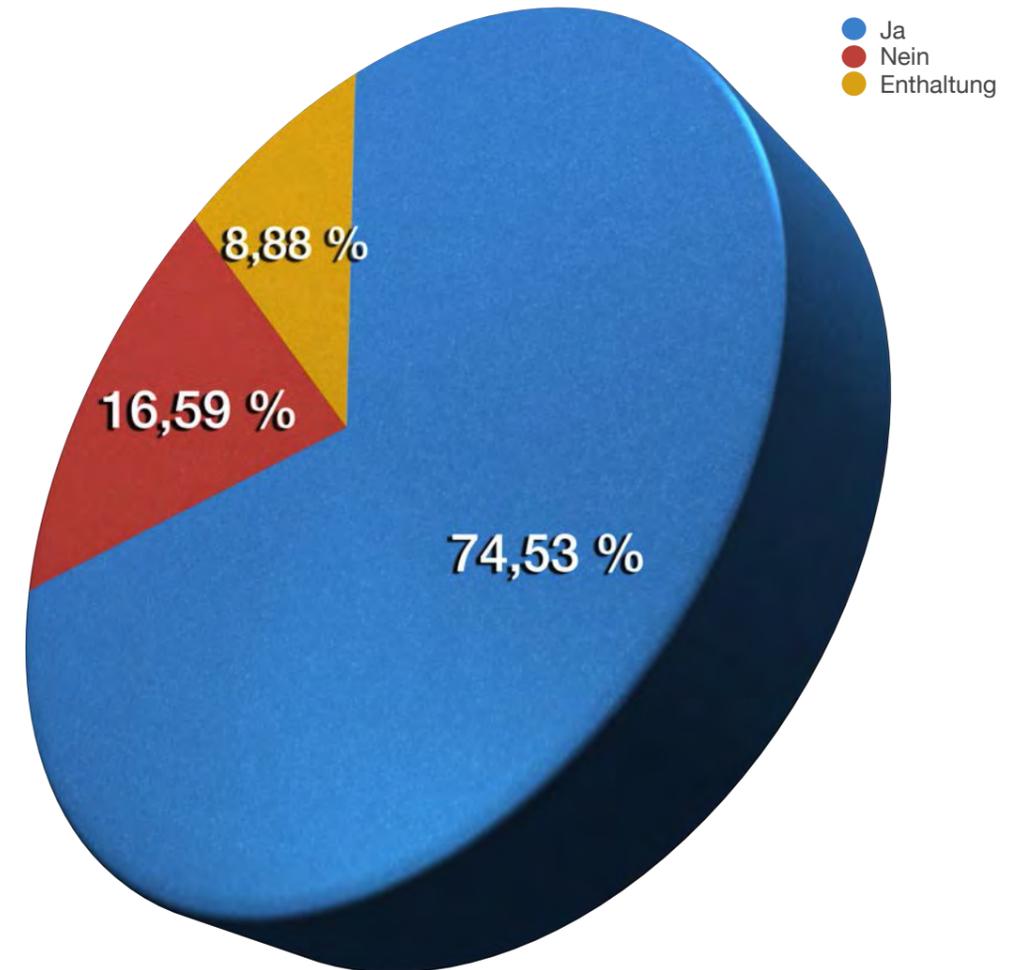
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.759	6.385
Nein	1.059	6.385
Enthaltung	567	6.385



14 Infrastruktur

14.1 Keine PKW-Maut

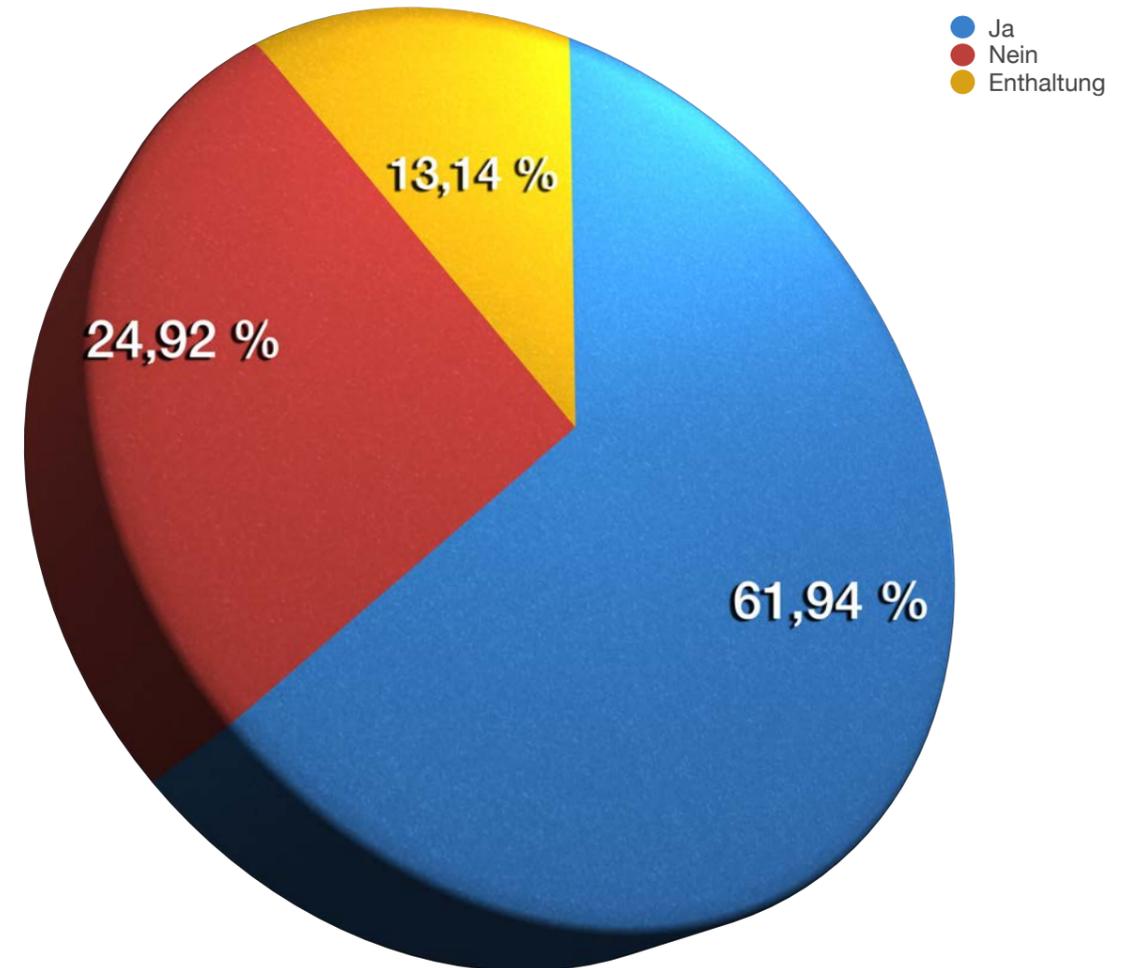
Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab.

Wir wenden uns gegen eine PKW-Maut auf deutschen Autobahnen und Fernverkehrsstraßen.

Ja
 Nein
 Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	3.955	6.385
Nein	1.591	6.385
Enthaltung	839	6.385



14 Infrastruktur

14.2 Mehr Wohnraum schaffen

Wohnraum ist in den deutschen Großstädten knapp und teuer. Die Neubautätigkeit kann unter den vorliegenden Rahmenbedingungen nicht mithalten.

Zur Eigentumsförderung sind Grundstücke von der Öffentlichen Hand im Erbbaurecht zur Verfügung zu stellen und genossenschaftliches Wohnen zu fördern.

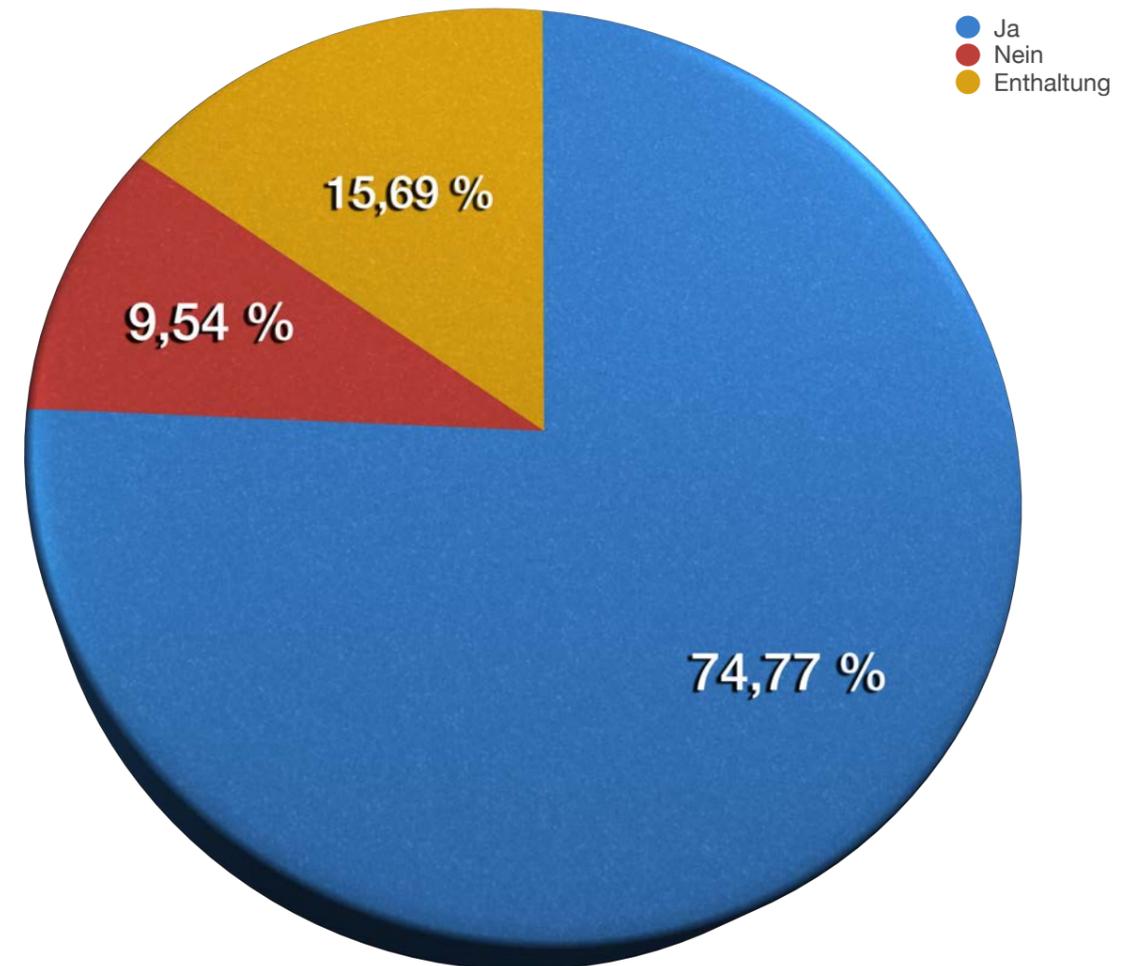
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.774	6.385
Nein	609	6.385
Enthaltung	1.002	6.385



14 Infrastruktur

14.3 Konjunkturprogramm Infrastruktur

Unsere Infrastruktur wurde jahrzehntelang vernachlässigt.

Die AfD will deshalb ein bundesweites „Konjunkturprogramm Infrastruktur“ (KPI) auflegen. Ziel des KPI ist die Sanierung und der Ausbau von Schienen, Straßen, Wasserwegen, Brücken und öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kindergärten, Theatern und Museen.

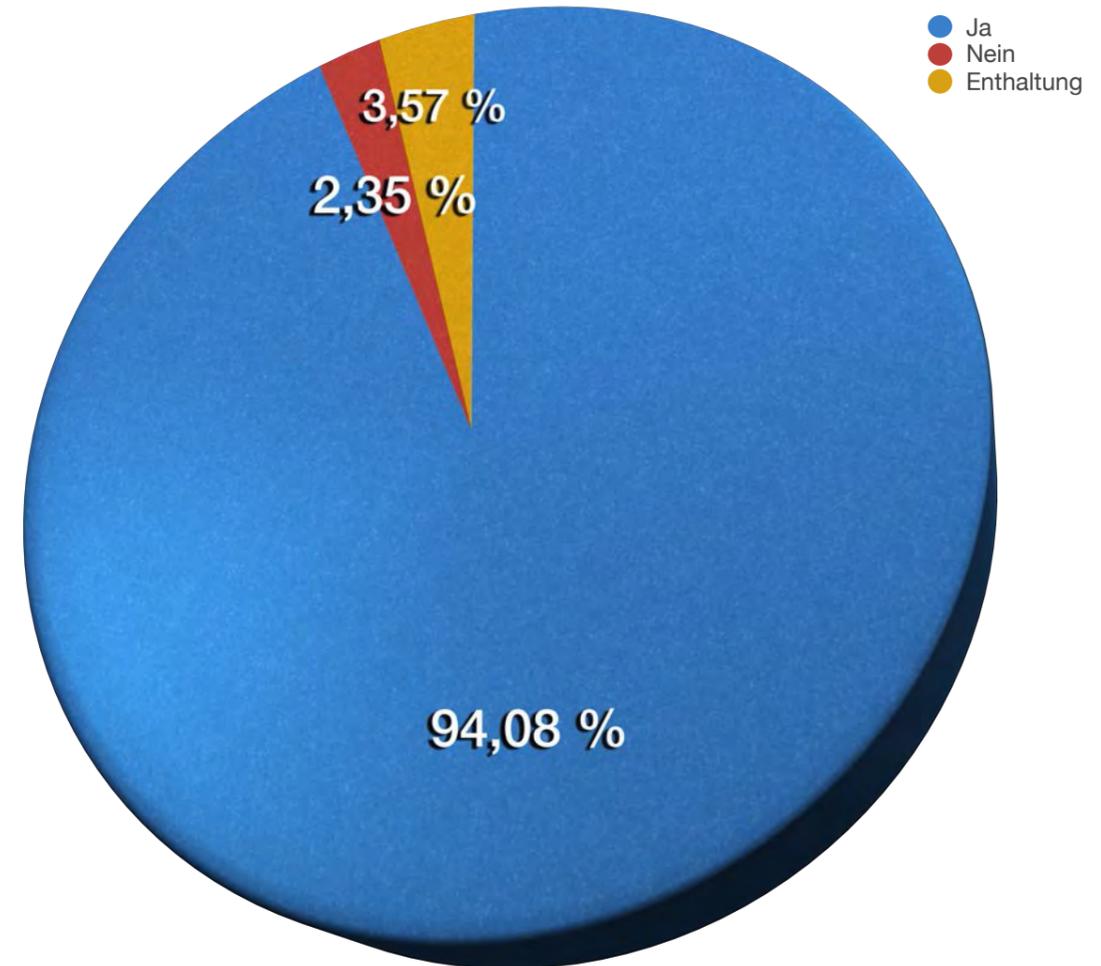
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.007	6.385
Nein	150	6.385
Enthaltung	228	6.385



14 Infrastruktur

14.4 Die "Mietpreisbremse" ist kontraproduktiv

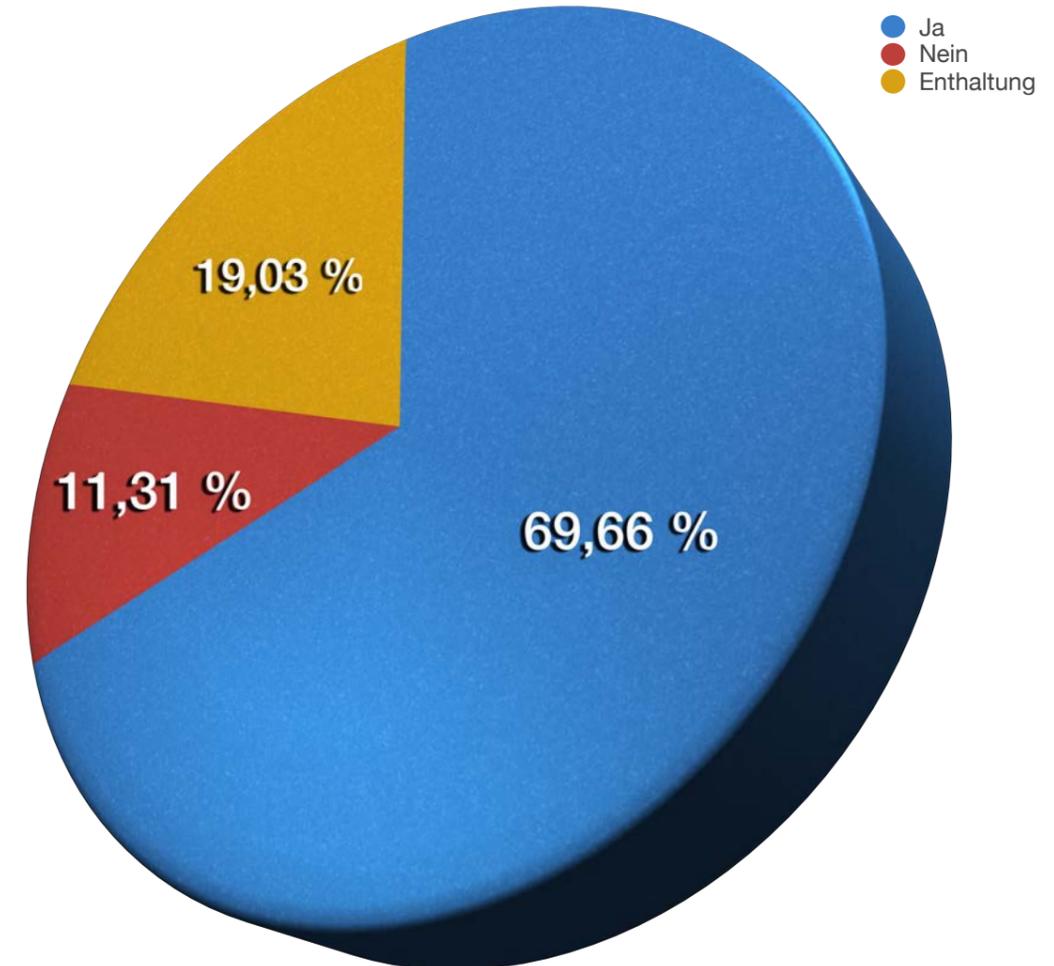
Langfristig verkehrt sich der gewünschte Effekt der Mietpreisbremse ins Gegenteil, weil sie private Investitionen in den Wohnungsbau weniger rentabel macht und so auch den dringend benötigten Neubau von Wohnungen ausbremst.

Planwirtschaftliche Eingriffe wie die "Mietpreisbremse" verschleppen das eigentliche Problem, anstatt es zu lösen.

Ja
 Nein
 Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.448	6.385
Nein	722	6.385
Enthaltung	1.215	6.385



15 Umwelt-, Natur- und Tierschutz

15.1 Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand

Die AfD befürwortet die kleinteilige Wasserversorgung durch Kommunen und Zweckverbände. Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Verteilnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den Händen der Bürger verbleiben.

Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassemarktes lehnt die AfD entschieden ab.

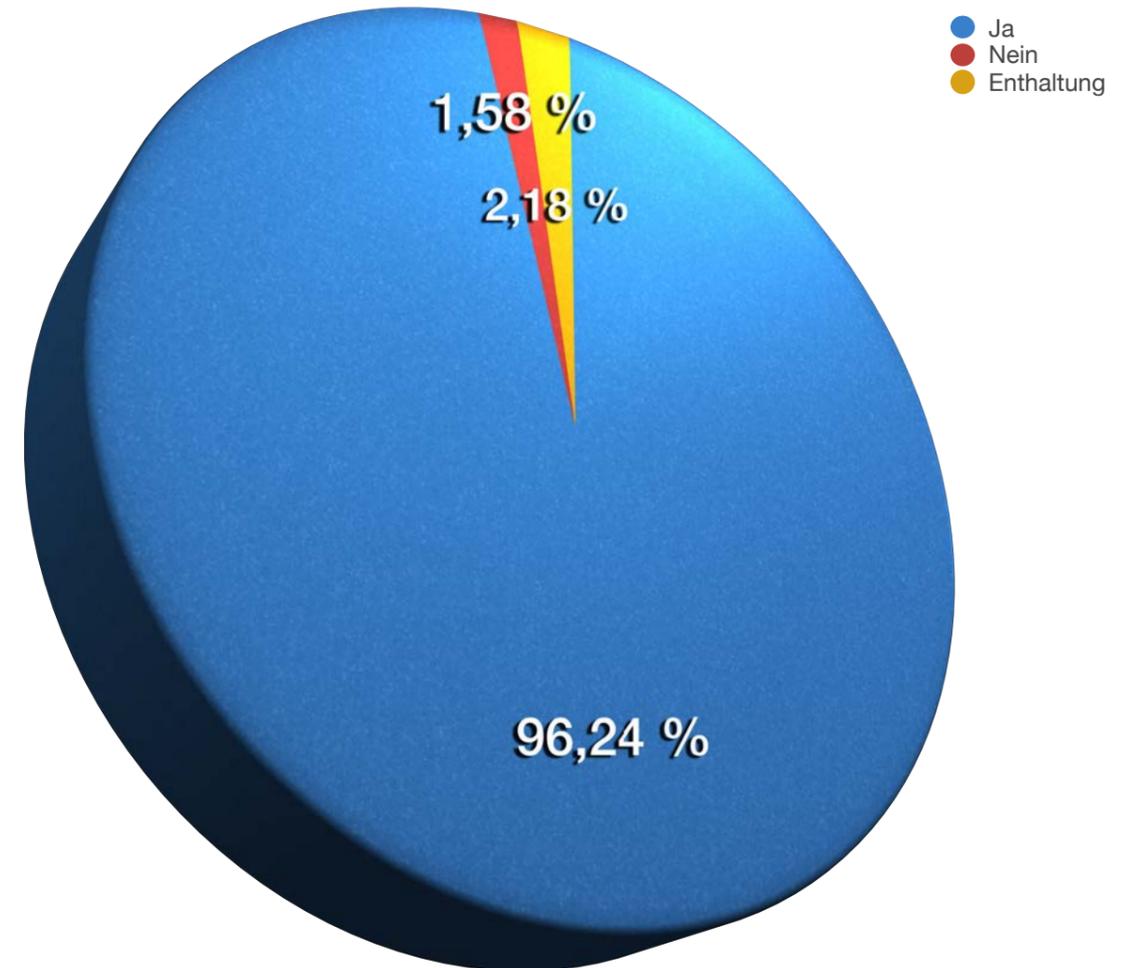
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.145	6.385
Nein	101	6.385
Enthaltung	139	6.385



15 Umwelt-, Natur- und Tierschutz

15.2 Ausbau der Windenergie stoppen

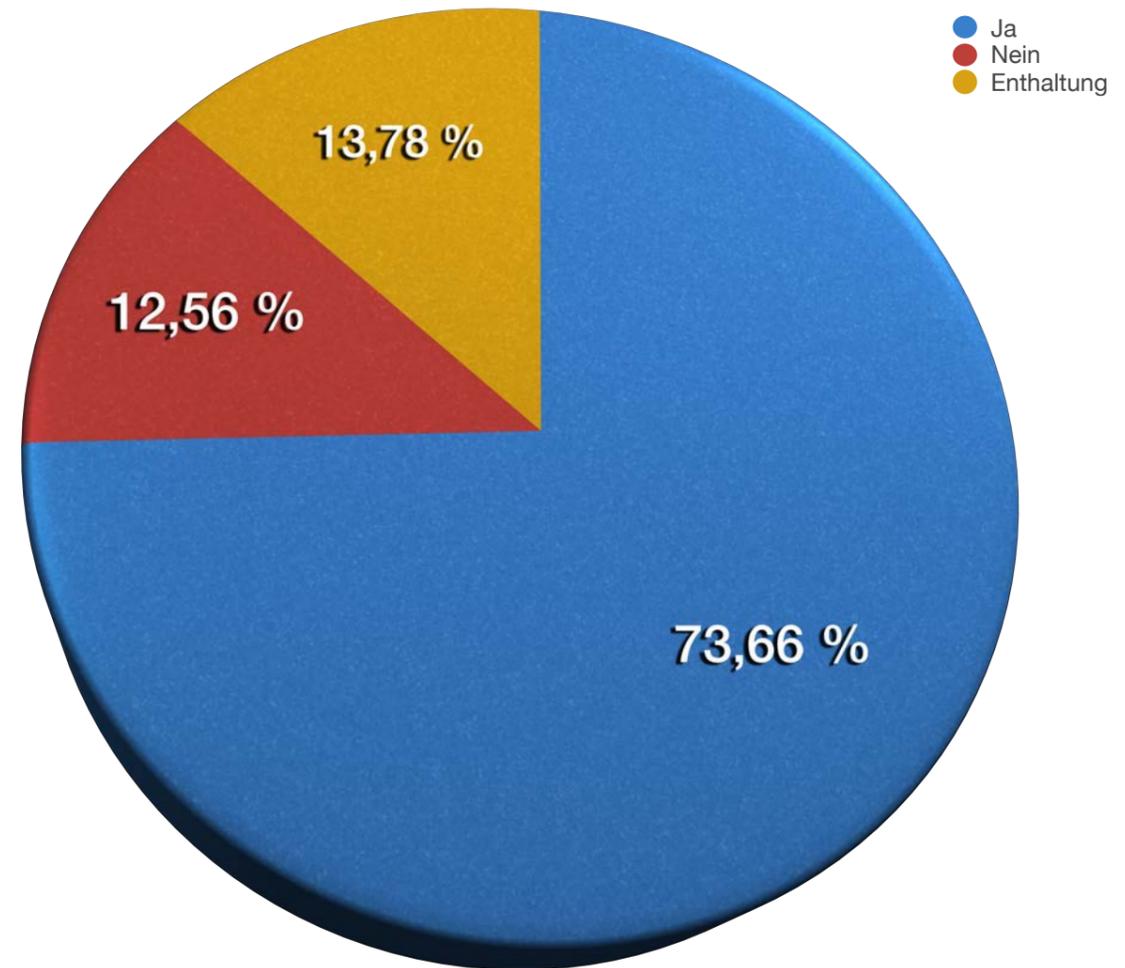
Die Windenergie ist ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv.

Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.

Ja
 Nein
 Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.703	6.385
Nein	802	6.385
Enthaltung	880	6.385



15 Umwelt-, Natur- und Tierschutz

15.3 Tierschutz

Die AfD setzt sich für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung aller Tiere ein. Dies bezieht sich auf die Haltung, den Transport und die Schlachtung. Tierschutzgesetze müssen gleichermaßen für alle gelten.

Den Handel, die Werbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung (Schächten) lehnt die AfD ab.

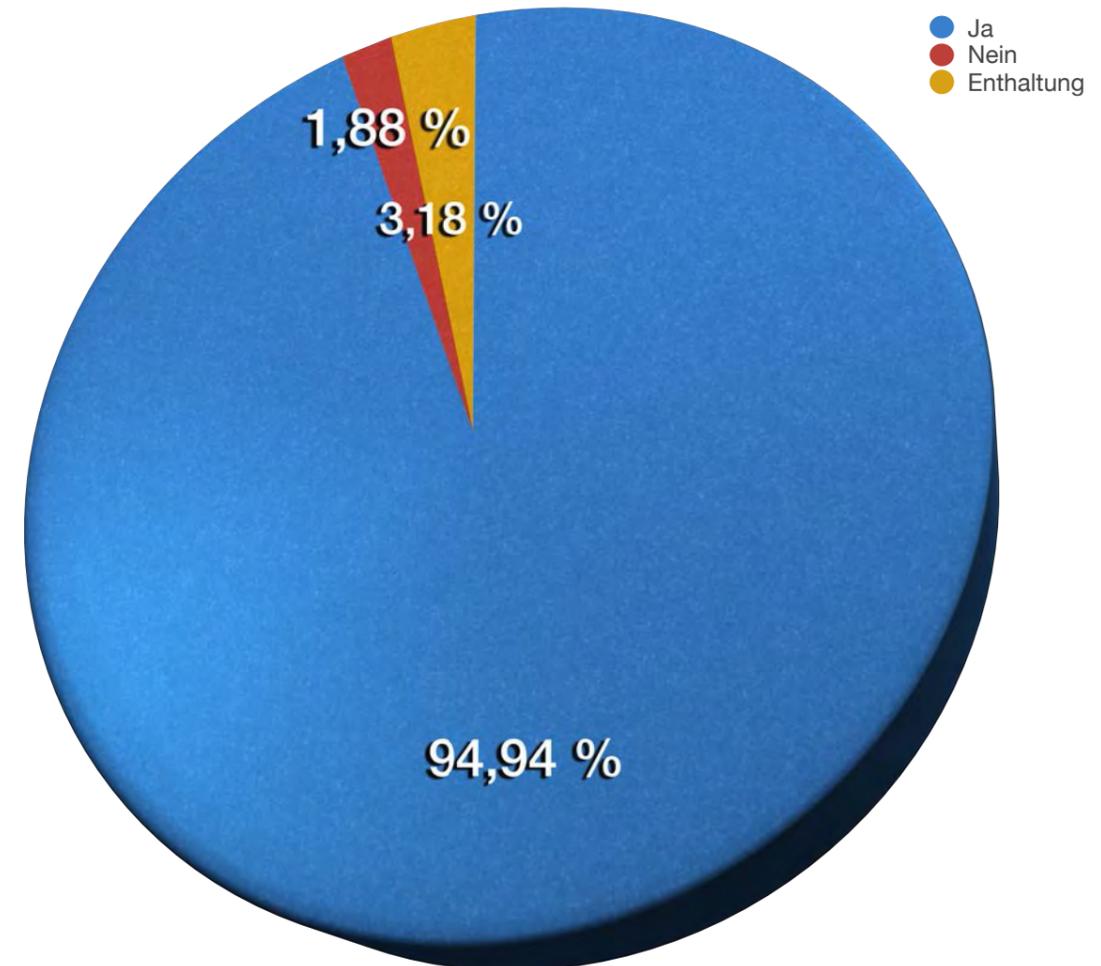
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.062	6.385
Nein	120	6.385
Enthaltung	203	6.385



15 Umwelt-, Natur- und Tierschutz

15.4 Gentechnik in der Landwirtschaft

Die Position der AfD zur Gentechnik in der Landwirtschaft ist noch nicht geklärt. Welcher der beiden Optionen stimmen Sie zu?

Option 1

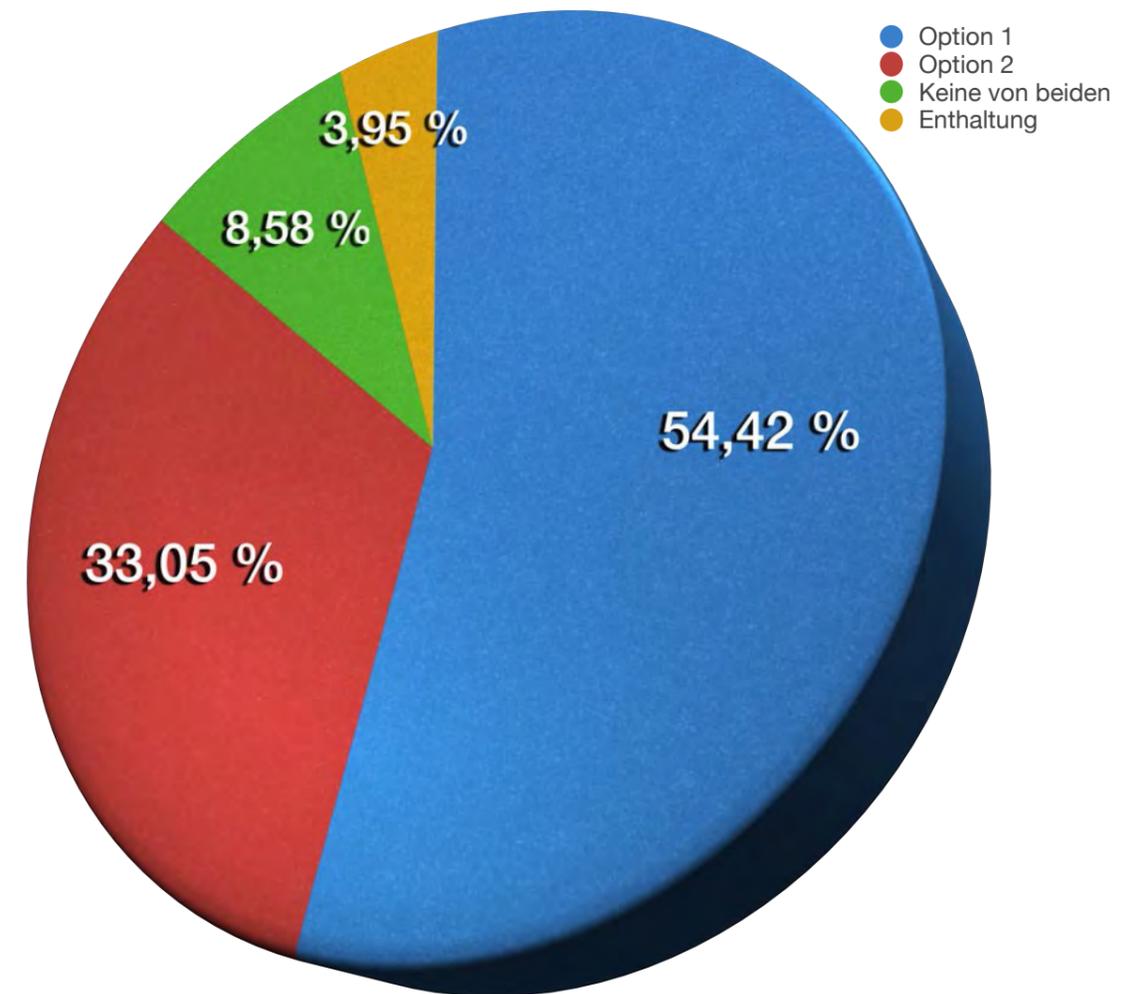
Die AfD setzt sich für gentechnikfrei erzeugte Lebensmittel aus der deutschen Landwirtschaft ein. Der streng kontrollierte Einsatz der Gentechnik in Forschung und Wissenschaft bleibt erlaubt.

Option 2

Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ist nur nach sorgfältigster Prüfung in klar definiertem Rahmen zu genehmigen. Gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel oder aus diesen gewonnene weiterführende Produkte sind zu kennzeichnen.

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	3.475	6.384
Option 2	2.110	6.384
Keine von beiden	548	6.384
Enthaltung	252	6.384



15 Umwelt-, Natur- und Tierschutz

15.5 Rahmenbedingungen für Kleingärten und Kleintierhaltungen verbessern

Wer Lebensmittel selbst erzeugt, weiß um ihren Wert. Nutzgartenbesitzer und Kleintierhalter gewinnen frische Lebensmittel, erhalten die genetische Vielfalt und leisten einen Beitrag für die Krisenvorsorge.

Um weiterhin breiten Bevölkerungsschichten diesen Zugang zu ermöglichen, will die AfD die Rechtssicherheit von Kleingärten und Kleintierhaltungen stärken und Regularien abbauen.

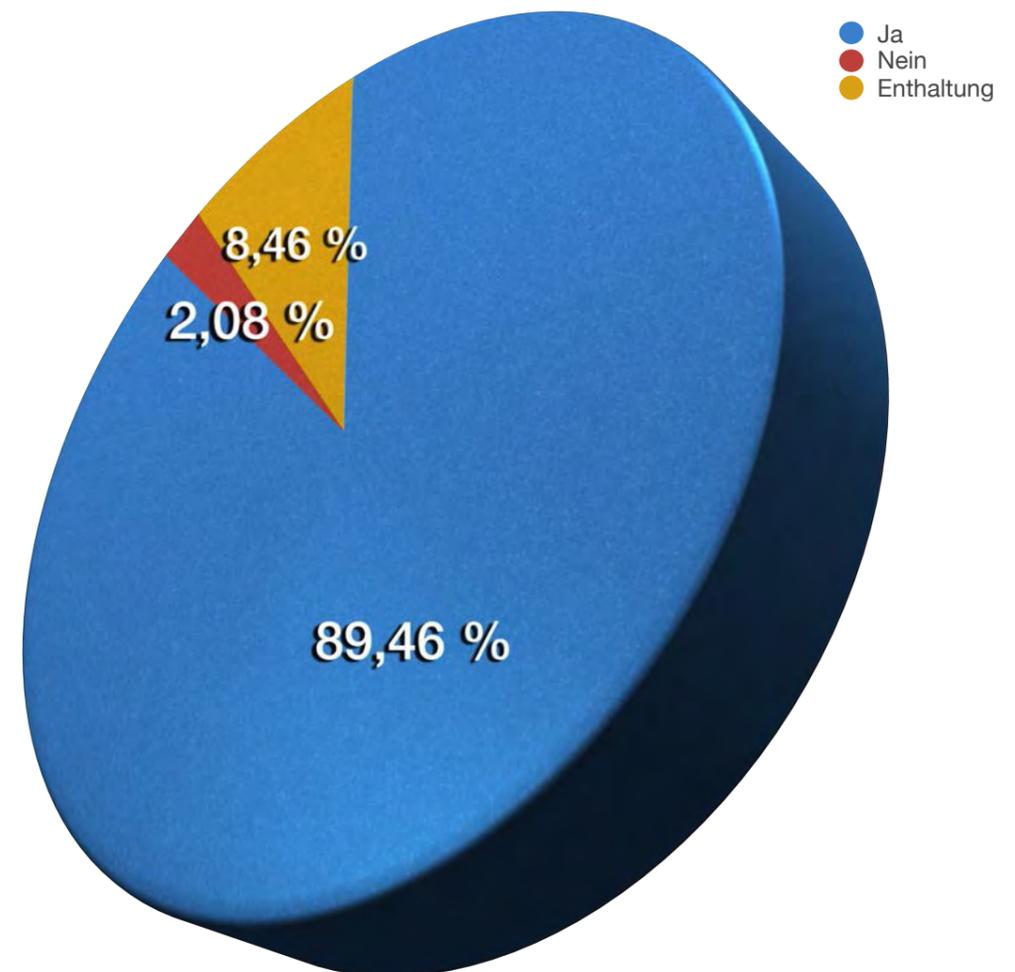
Ja

Nein

Enthaltung

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	5.712	6.385
Nein	133	6.385
Enthaltung	540	6.385

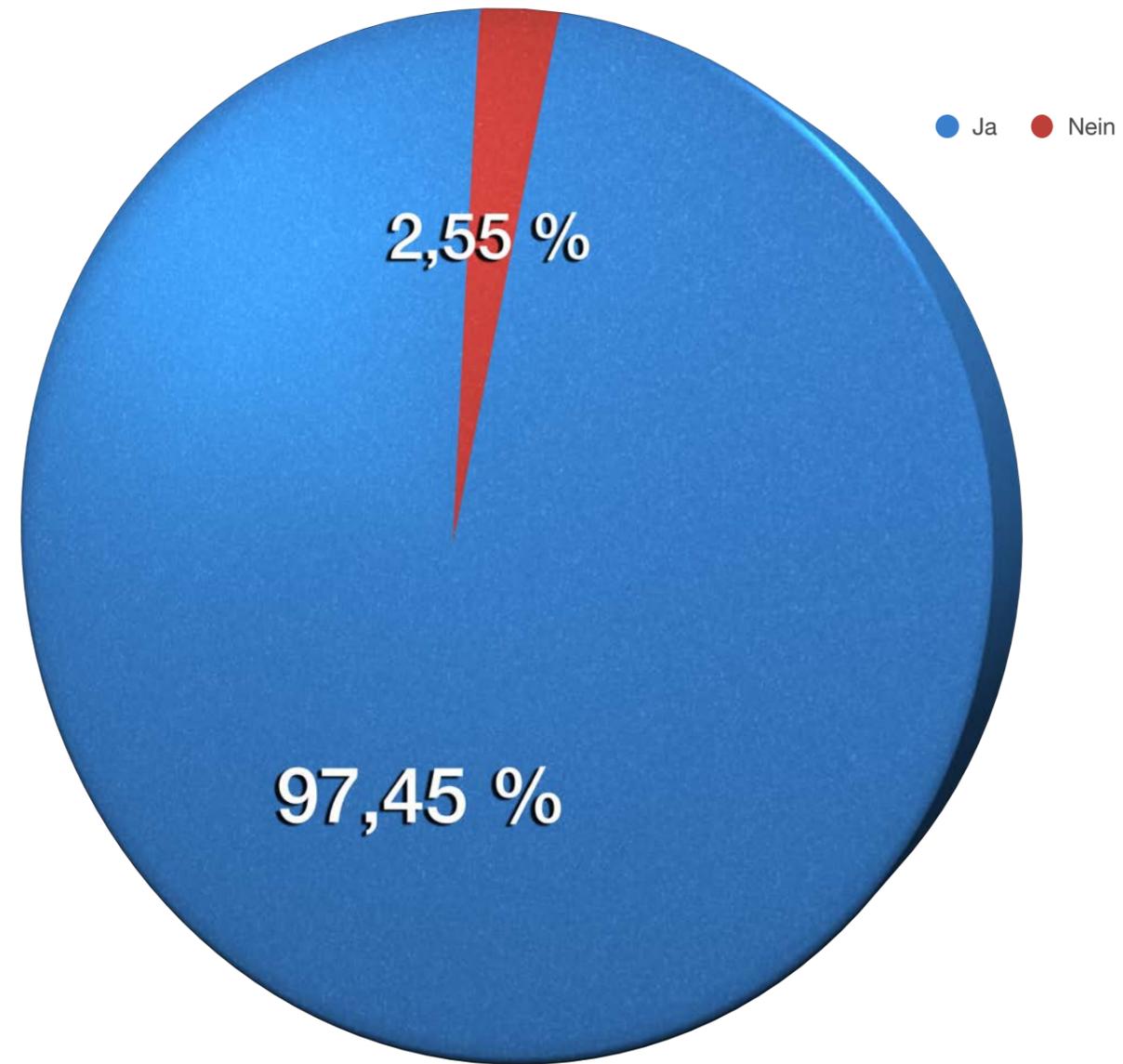


Frage:

Hat Ihnen die Art dieser Umfrage gefallen?
(freiwillige Angabe)

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	6.144	6.305
Nein	161	6.305



Ja

Nein

Echt alternativ. Für Deutschland.

Herausgegeben von:

Alternative für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Parteikommunikation
Schillstraße 9
10785 Berlin

E-Mail: bgs@alternativfuer.de



Alternative
für
Deutschland